

Biblioteka
U. M. K.
Toruń

010335/
II 1847

Das

568.

Westphälische Dampfboot.

Eine Monatschrift.

Redigirt

von

Dr. Otto Lüning.

Dritter Jahrgang.

März.



Preis für den Jahrgang 2 Thlr. 15 Sgr.

Paderborn.

Druck und Verlag von W. Crüwell.

1847.



010335





4. 2

Die Kölnische Zeitung und das Schutzsystem der Zukunft.

Politische Kannegießerei war von jeher die Leidenschaft der Deutschen; wenn auch nicht mit Thaten, bereicherten sie die Welt wenigstens mit salbungsvollen Urtheilen, und zogen Fürsten und Völker vor den Richterstuhl ihrer eigenen spießbürgerlichen Moral. Mehr als jedes andere Organ unserer Presse vertritt die Kölnische Zeitung diese Richtung, insbesondere können wir die leitenden Artikel, mit denen sie uns seit Neujahr fast täglich beglückt hat, als solche „Gestaltungen aus dem ureigenen Geiste der deutschen Nation“ begrüßen. Sie verbreiten sich über alle Ereignisse der Neuzeit, verschmähen selbst nicht, den „widerwärtigen und unwürdigen Revolutionen in der Schweiz“ ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden, und helfen sich da, wo Rücksichten nach oben und unten es gebieten, kein Urtheil abzugeben, und deutsche Gründlichkeit nicht zu schweigen erlaubt, mit nichts-sagenden, aber volltönenden Phrasen. Man lese in letzterer Beziehung nur, was im „Allgemeinen Rückblick“ über Polen gesagt wird.

„Der unglückliche Versuch einer gewaltsamen Herstellung Polens, der im letzten Jahre gemacht wurde, traf unsere edelsten Gefühle sofort mit den schmerzlichsten Widersprüchen. Das Recht der Nationalität und der Autonomie der Völker, das im Geiste der Gegenwart sich wachsender Anerkennung zu erfreuen hat, stieß in Deutschland viel unmittelbarer, als bei den anderen gestitteten und mitherrschenden Nationen Europa's, hart zusammen mit der Mahnung an die eigenthümlichen Schwierigkeiten seiner Verwirklichung, und solcher Zusammenstoß dient wohl dazu, ohne die Entschiedenheit der Rechtsanerkennung zu schwächen, vor zu leichtfertigem Urtheil zu bewahren, indem er zugleich ein ernstes und stilles Gesaßtsein auf weitaussehende Entwicklungen hervorbringt.“

Wahrlich, viel Worte, um Nichts oder eine Platitude zu sagen! Doch wollen wir in diesem Punkte nicht zu streng mit der armen Kölnerin rechten; ein ingrimmiger Feind verfolgt mit Argus Augen jeden ihrer Schritte, der „Rheinische Beobachter“ sucht jedem ihrer Worte eine staatsgefährliche Deutung unterzulegen, und trieb die unglückliche Duenna neu-

lich gar so weit in die Enge, daß sie sich, tief im Innersten ihres Rechtsgefühls getränkt, hülfesuchend an das Wohlthätliche Zeitungs-Bureau im Ministerium des Innern wenden mußte.

Wichtiger, als diese Umschreibungen, sind für uns die Partien, in denen sie wirkliche Ansichten zu Tage fördert, die Stellung der verschiedenen Klassen unsrer Gesellschaft zu einander und die Motive ihrer Handlungen beurtheilt, und zuletzt gar mit kühnen Pinselstreichen einen als neu und eigenthümlich zu erachtenden Plan für die Lösung unserer gesellschaftlichen Kalamitäten entwirft. Man sieht es diesen leitenden Artikeln auf den ersten Blick an, daß ihre Verfasser mit der Milch deutscher Philosophie genährt sind. Es spricht sich in allen dieselbe Anschauungsweise aus, „der zuletzt doch alles Neußerliche unwiderstehlich bestimmende und beherrschende öffentliche Geist“ tritt überall als das bewegende Element, die präexistirende, schaffende und zugende Kraft auf. Während in der Wirklichkeit dieser Geist vielmehr ein Resultat aller äußeren Verhältnisse ist, und von diesen bestimmt wird, statt sie zu beherrschen, erscheinen diese dem Verfasser nur als die Wirkungen jenes. Diesen Geist zu erfüllen, darauf ist nach ihm das Streben jedes Einzelnen gerichtet; nicht die Verschiedenheit der Interessen, nur die Verschiedenheit der Ansichten ruft den Kampf zwischen den verschiedenen Klassen unsrer Gesellschaft hervor, der eigentlich nur ein Kampf der verschiedenen Theorien gegen einander ist; während Alle vom besten Willen für das allgemeine Wohl besetzt sind, bedarf es nur der Belehrung, um sie Alle einen Weg zu führen. Es ist natürlich, daß diese Betrachtungsweise selbst wieder zu den wunderbarsten Resultaten führen muß, zu Resultaten, die den Boden rauher Wirklichkeit ganz verlassen haben, um im reinen Äther philosophischer Abstraktion ihr geistiges Leben fortzuführen. Am großartigsten erscheint in dieser Beziehung die Lobrede auf das englische Parlament in No. 29.

„England ist, hoffen wir, durch die Parlaments-Sitzung vom 22. Januar gewisser Maßen in eine neue Ära getreten. Das Parlament hat sich der Sache des Volkes in einer neuen Weise angenommen. Nachdem es demselben für den Augenblick Brod verschafft, wird es, durch furchtbare Erfahrungen gewarnt, dieses Volk dauerhaft zu versorgen sich veranlaßt fühlen, und zwar nicht bloß durch Armengesetze und Armenhäuser. Das ist das Große und Neue, daß man sich von diesen Polizeimaßregeln jetzt zu wirklichen gesellschaftlichen Reformen wenden zu müssen glaubt.“

Man sieht, die schönklingenden Redensarten der „Times,“ welche der großen Noth des Augenblicks gegenüber im Interesse der Bourgeoisie auf große Maaßregeln dringt, weil kleinliches Experimentiren die Gefahr nicht

beseitigen kann, hat der Verfasser für baare Münze genommen; und doch hätte er aus langer Erfahrung wissen können, daß die Bourgeoisie das Volkswohl stets im Munde führt, wenn sie für sich handelt, daß insbesondere die englische Bourgeoisie für das Volk nie mehr gethan hat, als ihr von der Noth abgedrungen wurde. Ist es denn so groß, daß sie jetzt von den Schätzen, welche der Schweiß des Volkes ihr erworben, einen kleinen Theil wieder herausgiebt, um Sicherheit für den größeren Rest und die eigene Person zu erkaufen? Ist das so gewaltig groß, um solche Hoffnungen darauf bauen zu dürfen? Eine Bourgeoisie, die bis dahin die Armuth als ein Verbrechen verfolgt, die an ihre Unterstützung Bedingungen geknüpft hat, welche Viele den Weg in die Gefängnisse dem in die Work-houses vorziehen ließen, soll sich jetzt plötzlich die dauerhafte Versorgung des Volkes zur Aufgabe gemacht haben? Hat der Verfasser auch wohl bedacht, welche „gesellschaftliche Reformen“ nöthig sind, um eine solche dauerhafte Versorgung nur einmal möglich zu machen, ob sie verträglich sind mit dem Bestehen der Bourgeoisie selbst, ob sie ausführbar sind, so lange das Eigenthum als der „Grund- und Eckstein aller Gestalt und aller persönlichen Freiheit“ angesehen wird? Freilich, wenn das Alles mit einem Dekrete abgethan wäre, wie er es für Irland genügend hält, „von dem die Regierung und das Parlament verlangen werden, daß es seine Armen selbst ernähre,“ würde ihm die Antwort nicht schwer fallen. Aber auch hier hat er sich nicht einmal die Frage vorgelegt, ob Irland in seinem jetzigen Zustande fähig ist, seine Armen selbst zu ernähren, von denen sogar in guten Jahren ein großer Theil nach England hinüberströmt, um dort den in der Heimath fehlenden Unterhalt zu suchen. Während es bei besserer Bewirthschaftung bequem eine weit größere Einwohnerzahl ernähren, und selbst England noch mit Korn versorgen könnte, fällt es jetzt diesem zur Last, nachdem es vorher gewaltsam von ihm unterdrückt und ausgezogen ist. Vergebliches Bemühen, Schuld und Last den irischen Lords allein aufbürden zu wollen. Diese ist ihnen zu schwer und an jener partizipirt ganz England. — „Nachdem in dieser Art für Irland gesorgt ist, wird auch die Reihe an die arbeitenden Klassen in England kommen, und diese Frage, erst einmal auf dem klassischen Boden der Arbeit beleuchtet, wird, zur Lösung geziehen, ganz Europa zwischen den Klippen des Proletariats als Leuchtturm dienen.“ — Nun, Muth und Hoffnung verlassen unsern Verfasser nicht; aber wahrlich, hat er keine besseren Mittel gegen das englische Proletariat, wie gegen die irische Armuth, so wird statt eines Leuchtturms bald die Brandfackel das Land erhellen, und „das stille Wirken friedlicher Götter“ wieder „dem Reiche der Titanen Platz machen“ müssen. Ob die englische Bourgeoisie dann

Trost suchen wird bei der deutschen Philosophie, weiß ich nicht; jedenfalls ist es aber wohl etwas voreilig, diese, wie unser Verfasser, jetzt schon in die Parlamentsverhandlungen zu versetzen, die nach ihm die „besonders erspriessliche Seite haben werden, die Aufmerksamkeit der Gesetzgebung auf das Individuum, auf den Menschen und seine Entwicklung als Mitglied der Gesellschaft zu richten. Bei dem Umsichwerfen mit Großmächten, Kabinetten, Diplomatie, europäischem Gleichgewichte gewöhnt man sich an eine massenartige Behandlung der Völker, welche nicht gerade dem Individuum zu Gute kommt!“ — Armes Individuum! Raum hat ein Stirner für deine „Rettung“ seine ritterliche Lanze gebrochen, und schon sollst du von der grausamen Kölnerin wieder den rauhen Händen englischer Fabrikanten überantwortet werden!

Von Frankreich erfahren wir gar, daß man dort bis jetzt „das Individuum einer sehr abstrakten und verworrenen Vorstellung, die man Staatswohl nannte, untergeordnet habe. Da soll aber eine Befreiung erfolgen!! [Wer dieselbe veranlassen wird, ob etwa die Kölnerin selbst, erfahren wir leider nicht.] Auch der Charlatanismus des bisherigen Konstitutionalismus, so weit er sein höchstes Gut in bloße Formen setzte, hat sich überlebt.“ Es ist wunderbar, was so ein deutscher Gelehrter nicht Alles aus der Welt heraus oder vielmehr in sie hineinsieht; da sollen sich nun auch gar schon die armen Franzosen von abstrakten philosophischen Kategorien beherrschen lassen. Aber so halten sie's nun einmal: statt die eigenen Hirngespinnste fahren zu lassen, verwandeln sie lieber die Wirklichkeit in ein Hirngespinnst, damit es ihnen für dieselbe nicht am nöthigen Maaß und Gewicht fehlt. Weil die wirklichen Konstitutionen, welche nur der Ausdruck für die Herrschaft einer Klasse der Staatsbürger sind, sich ihren Idealen von Theilung der Gewalten und Gleichheit vor dem Gesetze nicht anbequemen wollen, so dekretiren sie, daß dieselben den Begriff des Konstitutionalismus nicht erfüllen, oder verwandeln diesen einfachen Satz noch in den oben angeführten komplizirten und unverständlicheren. Es gehört der Scharfblick eines deutschen Philosophen dazu, um zu entdecken, daß die französische Bourgeoisie bis jetzt „ihr höchstes Gut in bloße Formen“ gesetzt habe, während sie in der That diese Formen geschaffen und benutzt hat, um durch sie ihre Herrschaft über die anderen Franzosen auszuüben.

In Bezug auf die Folgen der Korngesetzesaufhebung in England entwickelt die Kölnerin eine Unwissenheit, die solcher Antezedenzien würdig ist. Sie erzählt uns von den „neuen Rechten, welche das bürgerliche Proletariat dadurch gewonnen,“ meint, „die Aufhebung der Korngesetze habe der Ausbeutung der Arbeit durch den Müßiggang ein Ende gemacht,“ und

zuletzt faselt sie gar: „Wenn die Erfahrung gelehrt haben wird, daß das liberale System der freien Einfuhr seinem Ackerbau eine aufmunternde, anstatt eine zerstörende Konkurrenz zur Seite gestellt p. p., dann wahrlich wird der Augenblick für das Volk gekommen sein, einzusehen, daß das Prohibitivsystem wohl den Vortheil Einzelner, aber nicht die Interessen Aller befördern konnte.“ An diese Beurtheilung reiht sich würdig das an, was sie über die Agitation für die Zehnstundenbill sagt: „Man glaube nicht, Fielden sei mit großen Forderungen vor das Parlament getreten, er verlangte **blos** ein wenig menschliche Muße für seine armen Schützlinge; der Name seiner Bill sagt es schon, es war eine Zehnstundenbill!“ —

Mit Ausnahme der Kölnerin ist es Jedermann bekannt, daß die Antikorngesetz-Bewegung eine reine Bourgeoisbewegung war, daß aus der Abschaffung zunächst nur den Fabrikanten Vortheile erwachsen, indem das Sinken der Lebensmittelpreise sie in den Stand setzt, den Lohn herabzudrücken, und in Folge dessen wohlfeiler zu produziren. Nicht „nationalökonomische Systeme lagen hier in Krieg“ mit einander, sondern zwei ganz greifbare Parteien, die Boden- und Geldaristokratie, denen es nicht um die Vertheidigung der richtigsten Theorien, sondern ganz materieller Interessen zu thun war. Die Bodenaristokratie unterlag, ihre Macht ist gebrochen. Der englische Ackerbau hat fortan die Konkurrenz der fruchtbarsten Länder der ganzen Welt auszuhalten; wie ihm das förderlich sein soll, dafür dürfte uns die Kölnerin den Beweis wohl schuldig bleiben. — In einem abgeschlossenen Lande richtet sich der Umfang der bebauten Ländereien nach dem Bedürfnisse seiner Bewohner, d. h. so weit diese im Stande sind, für ihre Bedürfnisse die Äquivalente aufzubringen; der Preis der Lebensmittel aber bestimmt sich nach den Produktionskosten, welche der unfruchtbarste Theil des bebauten Bodens in Anspruch nimmt, und dem augenblicklichen Ausfall der Ernten. Durch Aufkäufe und Spekulationen kann dieser Preis wohl vorübergehend in die Höhe getrieben werden, sofern aber keine Verminderung der Lebensmittel dadurch hervorgebracht wird, können sie nicht den Einfluß üben, daß man zur Kultivirung noch sterileren Bodens übergangen; erst das größere Bedürfnis wird diesen Erfolg haben, und dadurch mittelbar die Preise steigern. Wo keine vollständige Absperrung stattfindet, die Einfuhr aber durch Zölle erschwert ist, treten natürlich auch fremde Länder mit in diese Konkurrenz ein, und im Inlande wird höchstens nur mehr der Boden bebaut werden, dessen Produktionskosten die Summe der Produktions-, Transport- und Verzollungskosten fremder Ländereien nicht übersteigen, da sonst die Bebauer ja zu ihrem eigenen Schaden arbeiten würden. Sobald die Preise der Lebens-

mittel sich über diesen Satz erheben, wird alsbald von außen eingeführt werden, und die Preise sinken nicht allein wieder bis auf dieses natürliche Maaß, sondern noch unter dasselbe, denn hier wie überall bei der freien Konkurrenz wird bald eine Ueberfüllung des Marktes eintreten, da nicht das Bedürfniß die wilde Jagd zügelt. Mehr als jede repressive Maaßregel wird daher auch die vollständige Befreiung der Einfuhr von allen Hindernissen im Stande sein, den sogenannten Kornwucher zu beschränken; je ausgehender die Konkurrenz ist, desto weniger ist eine künstliche Preissteigerung möglich. Der eigene Ackerbau wird aber nicht dadurch gefördert werden, er wird vielmehr überall da zu Grunde gehen, wo er durch die natürliche Fruchtbarkeit des Bodens nicht hinreichend unterstützt wird; denn da die ausländischen Produkte jetzt gegen die inländischen nur mehr um die Transportkosten im Nachtheil stehen, so muß noch ein größerer Theil der Ländereien, wie früher, außer Konkurrenz treten. England befindet sich in dieser Lage; der größte Theil seiner Ländereien kann sich mit denen Amerika's und Südrusslands nicht messen, und der Staat, der durch seine Industrie die ganze Welt beherrscht, wird in anderer Beziehung abhängig werden vom Auslande, weil er zu Hause nicht genug, wenigstens nicht wohlfeil genug Lebensmittel produziren kann.

Die Macht der Bodenaristokratie ist aber dadurch nicht allein gebrochen, daß durch die Aufhebung der Geseze ihre direkte Einnahme vermindert, ihr Vermögen beeinträchtigt, und eine Zersplitterung der großen Güter und größere Beweglichkeit des Grundeigenthums verbreitet wird; sie ist es nicht weniger dadurch, daß in Folge dieser großen Maaßregel die Pächter ihrem Einflusse mehr entzogen und künftig ihnen gegenüber eine selbstständigere Stellung einnehmen werden. Da der Pachtschilling, der von einem Grundstücke gezahlt werden kann, gleich der Differenz zwischen dem Preise der Lebensmittel und den für ihre Erzeugung nothwendigen Produktionskosten*) ist, so werden durch das Sinken der Lebensmittelpreise die Güter entweder ganz außer Stand gesetzt, eine Pacht aufzubringen, oder diese wird wenigstens bedeutend sinken, und zwar in gleichem Verhältniß mit den Lebensmittelpreisen. Konnten die Besitzer früher, wenn sie nicht die ganze möglicher Weise aufzubringende Pacht forderten, Kontrakte auf kurze Zeit abschließen, um freiere Disposition über ihre Güter und die Pächter, weil sie dieselben jeden Augenblick vertreiben konnten, immer in der Hand zu behalten; so werden sie sich jetzt, um einem allzu=

*) Anmerkung. Es sind hierzu sowohl die Arbeitskosten als die Zinsen für das von dem Pächter verwandte Kapital zu rechnen.

großen Sinken ihrer Einnahmen vorzubeugen, zu längeren Pachtkontrakten gezwungen sehen. Den Pächtern aber ist dadurch freie Hand gegeben, ihre eigenen Interessen, welche, da sie nichts mehr zu schützen haben, weit eher mit denen der Bourgeoisie als der Tories zusammenfallen, zu verfolgen.

Ohne Einfluß für das Proletariat ist die Aufhebung der Korn-gesetze freilich auch nicht geblieben, aber dieser Einfluß ist ein anderer, als ihn die gute Kölnerin träumt. Es ist dadurch weder zu „neuen Rechten“ gekommen, noch ist „der Ausbeutung der Arbeit durch den Müßiggang ein Ende gemacht“ — wer reich genug ist, kann nach wie vor die Hände in den Schooß legen, und Andere für sich arbeiten lassen, — auch haben die Fabrikanten es noch nicht einmal für angemessen erachtet, den Arbeitern während der jetzigen Krisis Arbeit und Lohn zu sichern; aber die Vernichtung des gemeinschaftlichen Feindes mußte der Entscheidung zwischen Bourgeoisie und Proletariat vorhergehen. So lange noch ein Dritter da ist, dem die Sünden der Welt aufgeladen werden können, kann Zerspaltung der Kräfte nie ganz vermieden werden, sein Verschwinden führt also zu einer noch schärferen Sonderung der Parteien. Da aber so wenig das Freihandels-, wie das Prohibitivsystem die Interessen Aller zu fördern im Stande ist, so werden die Proletarier ihre Agitation und ihre Angriffe auf die Bourgeoisie fortsetzen, bis sie eine Verfassung errungen haben, welche wirklich, und nicht bloß nach der Meinung der Kölnerin den Interessen Aller förderlich ist. Ein solcher Angriff ist auch die Agitation für die Zehnstundenbill, von der der Fildes'sche Antrag, welcher die Arbeitszeit vorerst nur für Weiber und junge Leute auf 10 Stunden herabsetzt, ein Ausfluß ist. Er verlangt freilich „bloß ein wenig menschliche Muße für seine Schüpflinge,“ aber nichts desto weniger würden schon durch die Bewilligung dieser kleinen Forderung, der größere auf dem Fuße nachfolgen, die Interessen der englischen Bourgeoisie sehr bedeutend beeinträchtigt werden. Mit einer Beschränkung der Arbeitszeit auf zehn Stunden würde die englische Industrie nicht mehr den Weltmarkt beherrschen können; was durch die Aufhebung der Korngesetze eben erst gewonnen wäre, würde hier doppelt verloren gehen, weil eine gewaltige Steigerung der Produktionskosten die unmittelbare Folge sein würde. Gewiß, Herr Hume hat nicht Unrecht, wenn er sagt: „Wenn das Haus die Ueberlegenheit der Fabriken Englands aufrecht erhalten wolle, so müsse es dem englischen Gewerbfleiß und Kapital freies Spiel lassen, und dürfte sich weder in das Eine noch in das Andere einmischen.“ Die Ueberlegenheit ist einmal auf die Sklavenarbeit gegründet, mit ihr muß das ganze jetzige System zusammenfallen. Das weiß der

englische Bourgeois gar zu gut, und wenn er dabei immer das Wohl der Arbeiter im Munde führt, scheinbar nur in ihrem Interesse die Verwerfung der Bill fordert, so sind das eben nur Redensarten, durch die man sich nicht täuschen lassen darf. Die Forderung, „den Fabrikanten und Arbeitern die Verständigung über Arbeitszeit und Lohn selbst zu überlassen,“ heißt weiter nichts, als die Arbeiter vollständig der Willkühr der Fabrikanten zu überantworten, ihrer Ausbeutung kein Hinderniß in den Weg zu legen. Der Lohn wird mit der Herabsetzung der Arbeitszeit nicht um ein Bedeutendes mehr sinken können, da die Konkurrenz ihn doch schon auf das Minimum herabdrückt; die Fabrikanten würden sich aber zur Anstellung von mehr Arbeitern genöthigt sehen, um eben so viel, wie früher, zu produziren. — Daß die Proletarier ihrer Seits zu der Forderung berechtigt sind, wird wohl Niemand bestreiten; eine zehnstündige angestrenzte Arbeit in einer Fabrik ist gewiß immer noch viel mehr, als einem Menschen in einer vernünftig geordneten Gesellschaft zugemuthet werden dürfte; aber es handelt sich hier nicht um Recht, sondern um Gewalt, und hier gilt es eine Lebensfrage der Bourgeoisie. Es ist kein Zweifel, die Fielden'sche Bill wird zurückgewiesen werden, wenn nicht Furcht und die Hoffnung, diese Bill später ebenso wie die andern zum Vortheil der Arbeiter erwirkten umgehen zu können, das Haus zum Nachgeben bewegt. Die Kölnische Zeitung mag sich dann wundern, daß man dort, wo nach ihrer Meinung „von jetzt an nur den Trägern volksthümlicher Wünsche und Bedürfnisse die Thüren geöffnet sind,“ nicht einmal so geringe Forderungen bewilligt. Wurde doch neulich sogar der Antrag Duncombe's auf Einsetzung eines Komitès zur Untersuchung der schlimmen Behandlung der Sträflinge an Bord der Hulls oder Gefangenschiffe zu Woolwich, deren Gesundheitszustand in Folge der äußerst strengen und grausamen Disziplin, der Brutalität der ärztlichen Beamten und des Gewaltmißbrauches der Schiffsbau-Aufseher, die nach Belieben die schwersten körperlichen Züchtigungen verhängen könnten, sehr kläglich sei, auf den bloßen Entwurf des Ministers des Innern, Sir G. Grey, daß es nicht rathsam sei, die öffentliche Stimmung in Bezug auf die Sträflingsdisziplin unnöthig aufzuregen, mit 121 gegen 44 Stimmen abgelehnt.

Englands Industrie ist der Konkurrenz der ganzen Welt gewachsen, deshalb konnte sie ohne Gefahr die Schutzmauern, mit denen sie umgeben war, niederreißen; aber sie bedarf auch der ganzen Welt, um für die Ueberfülle ihrer Fabrikation den nöthigen Absatz zu finden, ja diese reicht dafür noch nicht einmal aus, wie die immer von Neuem wieder eintretende Ueberproduktion und die dadurch erzeugten Krisen zur Genüge beweisen. Was Wunder also, daß der „Baumwollenlords“ eifrigstes Streben dahin-

gerichtet ist, auch in andern Ländern die Barrieren zu zerstören, daß sie ihre Apostel in alle Welt senden, um den Völkern das neue Evangelium der Handelsfreiheit zu predigen. Der Kölnerin erscheint die Handelsfreiheit gleich wieder im hehren Kleide einer „allgemeinen Wahrheit, deren Zumbewußtseinkommen, deren Streben nach Verwirklichung in den Nationen wir eben bewohnen,“ und während es den Lords um die ungehinderte Ausbeutung zu thun ist, glaubt sie, es handele sich nur um die „allgemeine Gegenseitigkeit der Nationen.“ Handelsfreiheit auf der Basis des Privateigenthums ist die von ihren letzten Schranken befreite freie Konkurrenz; wie diese die Unterdrückung und Verarmung der Masse innerhalb der verschiedenen Nationen, würde jene die Verarmung ganzer Nationen nach sich ziehen. Es läßt sich nicht erwarten, daß sich die Industriellen anderer Länder England mit gebundenen Händen überliefern werden; sie werden sich wenigstens den eigenen Markt zu erhalten, und jener „allgemeinen Wahrheit in ihrem Streben nach Verwirklichung“ hier eine Grenze zu setzen suchen. Nur täuschen sie sich darin, wenn sie glauben, dieser Schutz könne ein vorübergehender sein; den Vorsprung, den England einmal hat, werden sie nicht wiedergewinnen, ja auch fortan nicht einmal mit ihm gleichen Schritt halten können. Der beschränkte Absatzraum läßt keine großen Anlagen zu und gestattet die industrielle Ausbildung nur eines kleinen Theils der Bevölkerung, während für England gerade die industrielle Ausbildung der ganzen Nation eine unverstiegbare Quelle neuer Erfindungen ist, und ihm außerdem noch seine Marine und ausgedehnten Handelsverbindungen tausend Vortheile über andere Nationen gewähren. Statt die jetzt nöthigen Schutzzölle wieder abschaffen zu können, wird man sich vielmehr zu ihrer immerwährenden Erhöhung gezwungen sehen, bis Schutzzoll- und Freihandelsystem beide dem Urtheilsprüche der Völker erliegen werden, um einer auf anderen Grundlagen beruhenden Verkehrsweise zwischen Einzelnen und Nationen Platz zu machen.

Die kölnische Zeitung behandelt diese Frage in gewohnter „prinzipieller“ Weise, weshalb ich ein näheres Eingehen auf ihre Argumente gegen Schutzzölle für überflüssig halte. Lächerlich erscheint es aber, wenn sie, die eifrige Vertheidigerin des self-governement, die uns die englischen Bourgeois als Halbgötter vorführt, auch das den Schutzzöllen zum Nachtheil anrechnet, daß dieselben „in der Regel beitragen, die politische Gleichheit indirekt zu untergraben und eine Geldaristokratie zu gründen, die den Gemeinde- und Staatsbehörden bald durch Drohung, die Arbeiter zu entlassen, bald durch Beherrschung der Wahlstimmen ihren Willen aufzwingen könnte.“ Was ist denn ihr self-governement anders, als die Herrschaft einer bevorzugten Klasse? — für eine Demokratie hat

ste wenigstens noch nirgends geschwärmt, und wenn sie es vielleicht im Geheimen thäte, auf welchem andern Wege wollte sie dahin gelangen, als durch die Geldaristokratie? Wo in der Welt aber eine politische Gleichheit zu untergraben ist, wenn nicht etwa im Kopfe des Herrn Brüggemann, das wissen wir in der That nicht.

Wie gesagt, die Kölnische Zeitung ist nicht für Schußzölle, nichts desto weniger hat sie aber ein eigenes Schußsystem erfunden, welches sie in prophetischer Begeisterung als das „Schußsystem der Zukunft“ ausruft, und das wir seiner Neuheit und Eigenthümlichkeit wegen nicht unberücksichtigt lassen dürfen. Nicht auf den Fortschritt der Industrie, sondern auf das Wohl der ganzen Gesellschaft ist sein Zweck gerichtet: „Es soll dasselbe den Fortschritt nicht hindern, sondern nur das Monopol seiner Ausbeutung brechen, und den Gewinn möglichst bald und möglichst gleichmäßig unter die ganze Gesellschaft zu vertheilen streben.“ — Wäre nicht so eben noch das vererbliche Eigenthum für den „Grund- und Eckstein aller Besitzung und persönlichen Freiheit“ erklärt, so sollte man erwarten, die Kölnerin wolle geradezu auf seine Vernichtung losstürmen, und mit den Kommunisten gemeinschaftliche Sache machen. Doch so weit weicht sie nicht aus dem gewohnten Geleise der Unentschiedenheit und Vermittelungssucht; hinter dem glänzenden Aushängeschilder verstecken sich nur kleine Palliativmittelchen, mit denen man das vorgesteckte Ziel zwar nicht erreichen kann, die aber, wären sie überhaupt ausführbar, gerade genügten, die Industrie eines Landes vollständig zu vernichten, besonders, wenn dieselbe wie in Deutschland erst im Aufblühen begriffen ist. — Damit die durch Einführung neuer Maschinen überflüssig gewordenen Arbeitskräfte nicht aus Mangel einer anderen lohnenden Thätigkeit zu Grunde gehen, soll der Staat „dadurch Abhilfe suchen, daß er dieselben für Bedürfnisse in Thätigkeit setzt, die sonst unbefriedigt geblieben sein würden, und daß er hierzu eben den bei jener Ersparung von Arbeitskräften miterparten Arbeitsunterhalt (der im gewöhnlichen Leben nun zwar in den Beutel des Fabrikanten und Konsumenten, und nicht in den des Staats fließt), der ja ein vorhandenes Vermögen bildet, verwendet.“ „Da aber die Ueberführung der Arbeitskräfte aus einer Beschäftigung in die andere nicht so leicht sich bewerkstelligen läßt,“ so wird, um die Einführung der Ersparungen langsamer zu machen, (was für Deutschland wegen seiner gewaltigen Eile wohl besonders zu empfehlen wäre!), eine vorübergehende Steuer auf die neue Maschine oder ihr Produkt gerechtfertigt; eben so soll der Handel besteuert werden, und die durch die Zölle, welche aber nur reine Finanz-

zölle *) sein sollen, oder durch Besteuerung der Renten gewonnenen Mittel sollen „zur Beförderung besserer Ausbildung und Anstellung der Arbeitskräfte“ verwandt werden, da „der Verkehr mit industriell fortgeschrittenen Ländern und Provinzen ein industrielles Fortschreiten daheim fordere.“

Statt auf eine Verminderung der Arbeit ist es also auf eine Vermehrung derselben abgesehen, um die Ersparung an Arbeitskräften, welche durch die Maschinen herbeigeführt wird, wieder aufzuheben. Wir würden zwar auch dies noch immer für einen Gewinn ansehen können, wenn es ausführbar wäre, besonders in Deutschland, wo noch so viel nothwendige Arbeit zu thun ist, es würde dadurch wenigstens der kräftige Arbeiter vor Noth und Elend geschützt sein. Da aber die Arbeitersparung durch Maschinen immer zunimmt, ebenso eine konzentrirte und gutgenährte Arbeitsbevölkerung sich sehr rasch vermehrt, so würde man am Ende auch wohl gar hier um nützliche Beschäftigung verlegen sein, und da nun einmal gearbeitet sein muß, zu unnützer Arbeit seine Zuflucht nehmen müssen. Doch das nur nebenbei, indem die im Folgenden bezeichneten Verhältnisse uns wohl den Kampf mit dieser Sorge ersparen werden. — Für die Ausführung ihrer Maafregeln bezeichnet die Kölnerin einfach den Staat, der für sie „die Gesellschaft in ihrer Einheit und Solidarität“ ist. Mit solchen Begriffsstaaten haben wir es in der Wirklichkeit aber nirgends zu thun. In einem konstitutionellen Staate würden wir mit derartigen Vorschlägen ohne Zweifel verlacht werden; die Industrieherrn und Kaufleute werden ihr Geld da anlegen, wo es ihnen am vortheilhaftesten erscheint, und so viele Arbeiter anstellen, als es für ihre Zwecke gerade nöthig ist, für die übrigen aber höchstens durch Armenanstalten so weit sorgen, daß die Verzweiflung sie ihnen nicht auf den Pelz treibt. Sie werden nicht muthwilliger Weise der Entwicklung der Industrie Hemmschuhe anlegen, wie die Kölnerin in der Besteuerung neuer Maschinen oder ihrer Produkte fordert, welche die Produktion vertheuern und ihnen die Konkurrenz mit andern Nationen sehr erschweren, wenn nicht unmöglich machen würden; sie werden sich der Erhebung von Zöllen widersetzen, welche, nur ein finanzielles Interesse verfolgend, Handel und Industrie lähmen müssen, und sich am allerwenigsten dazu verstehen, den durch neue Anlagen erlangten Gewinn freiwillig für die Unterhaltung der entlassenen Arbeiter wieder abzugeben. In einem absoluten Staate fehlen der Regierung die Mittel zur

*) Anmerkung. Solche Zölle, die nicht zum Schutze irgend eines Handels- oder Industriezweiges, sondern nur wegen der daraus entspringenden Einnahmen auferlegt werden.

Anstellung aller beschäftigungslos gewordenen Arbeiter; wollte sie aber die oben vorgeschlagenen Steuern erheben, so würden Handel und Industrie ihnen ohne Frage erliegen, und höchstens diese unter dem Schutze eines jeder Kultur hinderlichen vollständigen Absperrungssystems einige schwächliche und kränkelnde Blüthen treiben können. Die freie Konkurrenz gestattet es nicht, daß von einem Lande einseitig dieser Ausbeutung der Masse zum Vortheile Einzelner ein Ende gemacht werde, ohne daß das Land selbst als Opfer falle. Eine Aenderung dieses Zustandes kann nur eine allgemeine sein, sie kann nur durch die Theilnahme der Völker an der Regierung herbeigeführt werden, und erfordert größere, durchgreifendere Maaßregeln, als solche kleine Mittelchen, welche wenig nutzen, aber viel schaden können.

J. Weydemeyer.

Brüssel, im Februar.

**Bericht des belgischen General-Konsuls Herrn
Droghet an den belgischen Minister des Aus-
wärtigen über den Zustand der Leinen-Industrie
in Irland und die Mittel zur Verbesserung
der nämlichen Industrie in Belgien.**

(Zugleich ein Weckruf an die deutschen Schlafmützen, ein Nüchternheitspulver für die deutschen Handgespinnst-Enthusiasten und ein unangenehmer, aber heilsamer Rippenstoß für deutsche Webervereine, Staatsmänner etc., der mehr wirken kann, als jene bekannte Erklärung: „Den Webern und Spinnern soll und muß geholfen werden!“). —

Belgien besitzt in seinen beiden Flandern und einem Theil des Hennegau eine Bevölkerung von ungefähr 600,000 Seelen, die bisher entweder ganz oder doch zum größten Theil vom Spinnen und Weben ihren Unterhalt zogen oder, richtiger gesagt, zu ziehen versuchten. Alle Versuche und Bemühungen haben sich indeß als völlig fruchtlos erwiesen. Die Maschinen und die industrielle Rührsamkeit der Engländer haben der alten belgischen Leinen-Industrie einen Genickstoß versetzt, von dem sie sich nicht wieder erholen kann. Natürlich giebt es auch hier einzelne Personen, die für Wiederbelebung der alten Spinnerei und Weberei schwärmen, eine schöne, ja goldene Zukunft in dieser Hinsicht prophezeien, und jenes Aufleben nicht nur für möglich, sondern für höchst wohlthätig, für

unendlich segensreich halten. Glücklicherweise ist die Zahl dieser Leute eben so beschränkt, wie ihr Geist. Die ganz kürzlich in der belgischen Repräsentanten-Kammer über die hiesige Leinen-Industrie vorgenommenen Erörterungen zeigen wenigstens die Eine erfreuliche Thatsache, daß sich nämlich die Mehrzahl der Belgier mit solchen Täuschungen nicht länger befassen will, daß sie das Schicksal der alten Industrie für besiegelt und unabänderlich erachtet.

Die nämlichen Ursachen, welche den Verfall der alten Leinen-Industrie in Belgien herbeiführten, haben auch in Deutschland die gleiche Wirkung ausgeübt. Aber in Deutschland steift man sich ganz anders, als hier, gegen die Wahrheit, daß die Zeit des Handgespinnstes und der alten Weberei unwiderbringlich zu Ende ist. Dem deutschen Gemüthe erscheint es zu schmerzlich, daß jene herrliche patriarchalische Wirthschaft dem sichern Tode verfallen sein, daß jenes gemüthliche Stillleben vernichtet werden soll, wo Hunderttausende in den ländlichen Spinnstuben unter Absingung von „Tschentscher-Liedeln,“ Erzählung von schaurigen Geistergeschichten, bei denen die „Neße“ (d. h. Aepfelspalten, gebackene Birnen, welche Rüben zc. zc. zur Beförderung des Speichels) noch einmal so gut schmeckte, ihre Spindeln und — o ungeheurer Fortschritt! — später sogar ihre Spinnrädchen drehen. Und dann kam der „Garnmann,“ holte das Gespinnst ab und zahlte einen hübschen Preis: oder man trug seine „Strähne“ zwei, drei Meilen weit nach der Stadt auf den nächsten Garnmarkt und brachte eine „Semmel“ und einige Häringe — wahre Lederbissen in dieser guten, alten Zeit — nach Hause zurück. Eben so gemüthlich, wie der Spinner hinter seinem Rocken, saß der Weber hinter seinem alten Stuhle, trat die „Trittliche“ auf und nieder, schlug die Weberlade lustig zusammen und schob sein „Schiffchen“ munter hin und her. Denn seine fast aus der Sündfluth herstammenden Geräthschaften, Werkzeuge und Arbeitsmethode brachten ihm so viel ein, daß er nicht verhungerte. Das Traumleben hätte wahrscheinlich auf einige Jahre über die Ewigkeit hinausgedauert, wenn ihm nicht die englischen Maschinen in höchst störender und ganz unhöflicher Art in den Weg gekommen wären. Das Possirliche oder auch das Traurige bei der Sache ist aber, daß man sich gegen das Erwachen, gegen die Wirklichkeit sträubt und wie toll um sich und auf das Maschinenspinnst losschlägt, als ob sich das um seine abgeschwächten, unmächtigen Gegner auch nur einen Deut zu kümmern hätte. Unter solchen Verhältnissen kann der Bericht des belgischen General-Konsuls Hrn. Morhet möglicherweise auch in Deutschland einiges Gute stiften. Wir lassen ihn darnum hier wörtlich folgen.



„Sr. Minister,“

„Ich bin seit einigen Tagen von der Reise zurück, die ich in Ihrem Auftrage nach dem vereinigten Königreich von Großbritannien und Irland unternahm, um Erkundigungen einzuziehen, die geeignet wären, unsere Handelsverbindungen mit den Vereinigten Staaten von Nordamerika in Betreff unserer Leinwand-Fabrikate zu erleichtern. Seitdem habe ich einige Hauptorte unserer Leinwand-Industrie durchwandert und habe nun die Ehre, Ihnen über diese Mission Bericht zu erstatten.“

„Die für die Verein. Staaten von Amerika bestimmten Leinwand-sorten werden ganz besonders in Irland fabrizirt. Ich habe in jenem Lande viel dahin bestimmte Leinwand gesehen. Die Verein. Staaten, welche jährlich für 18 bis 20 Millionen Franken Leinwand bei sich einführen, sind der Hauptmarkt für die irische Leinwand. Die irischen Linnen-fabrikate unterscheiden sich wesentlich von den unsrigen durch die leichtere Qualität und durch die Appretur. Auf meiner Wanderung durch Belgien habe ich mich überzeugt, daß wir für jetzt Nichts diesem Aehnliches liefern.“

„Als ich die irischen Fabrikate ansah, frug ich mich, ob es uns nicht möglich wäre, ihnen mit Vortheil Konkurrenz zu machen. Dieser Punkt umfaßt in kommerzieller Hinsicht für sich allein die ganze so schwierige und verwickelte Frage unserer Linnen-Industrie. Ich habe auf meiner Reise eine Menge Thatsachen gesammelt, die ich jetzt mittheilen will und die, wie ich glaube, zur Aufhellung derselben beitragen werden.“

„Mittelt der Maschinenspinnereien und einiger andern Verbesserungen hat die Linnen-Industrie Irlands seit den letzten Jahren einen Aufschwung genommen, von dem man in Belgien im Allgemeinen, wie ich glaube, sich wenig oder keine Vorstellung macht; und man muß sich sehr hüten, seine normale Lage nach den Berichten zu beurtheilen, welche seit einigen Wochen von den Journalen gegeben worden sind — Berichte, die sich nur auf die Lage des Augenblicks beziehen und bloß eine zufällige Verlegenheit anzeigen. Man wird sich aus folgenden Angaben ein Urtheil bilden können: im Jahre 1844 gab es in den Grafschaften Down und Antrim 25 vom Dampf getriebene und in Thätigkeit stehende Flachsspinnereien; heute giebt es deren 50, die meisten in Belfast und Umgegend, 3 in Derry, 2 in Armagh; 5 sind im Bau begriffen, ganz abgesehen von mehreren kleineren Spinnereien, welche vom Wasser getrieben werden. Jene Dampfspinnereien enthalten eine Gesamtzahl von etwa 280,000 Spindeln, zum Spinnen von Flachs und Werg. Ihr Anlagekapital berechnet man auf 50 Millionen und ihr Betriebs- oder zirkulirendes Kapital auf 15 Millionen Franken.“

„Sie beschäftigen direkt ungefähr 15,000 Arbeiter, verbrauchen jährlich über 100,000 Tonnen (à 20 Zentner) Steinkohlen, deren Transport aus England und Schottland circa 35 Schiffen Arbeit giebt, und verspinnen jährlich ungefähr 18,000 Tonnen Flachs.“

„Dggleich in diesen Graffschaften die Handarbeit sehr wohlfeil und Hände im Ueberfluß vorhanden sind, so hat man doch die Handspinnerei gänzlich aufgegeben, mit Ausnahme der ganz feinen Garne, von denen 15 bis 25 Strähne auf das Pfund gehen. In Irland ist das Handgespinnst kein Handelsartikel mehr, die Garne von jener Feinheit abgerechnet, die man größtentheils aus Westphalen einführt und die zur Bereitung der feinen, in der Graffschaft Armagh, in der Umgegend von Waringstown und Lurgan fabrizirten Batiſte (Cambrics) nothwendig sind. Für die Cambrics nimmt man Maschinengarn zur Kette und Handgespinnst zum Einschlag. Der Werth der jährlichen Einfuhr von westphälischem Handgespinnst läßt sich zu 1 Million Franken annehmen.“

„Vergleicht man diese Lage mit der der Linnen-Industrie Belgiens, so muß man von dem Kontrast und den ungeheuern Veränderungen, die in einem so kurzen Zeitraume — während der letzten 5 Jahre — bewirkt worden sind, lebhaft ergriffen werden. Mittelt des Maschinengarnes hat die Linnen-Industrie überall, in Frankreich, in Irland und allen Theilen Großbritanniens einen unendlichen Aufschwung genommen. Namentlich hat sich die Produktion in Irland mehr als verdoppelt; seine Produkte werden nach allen Märkten der Welt versandt, während die unsrigen ihre Absatzwege sich jährlich vermindern sehen und zwar trotz aller von der Regierung behufs ihrer Erhaltung und Erweiterung gemachten Anstrengungen. Sobald in 2 oder 3 Jahren die in Frankreich beabsichtigten neuen Spinnereien in Thätigkeit treten, dann, fürchte ich, wird unsere Ausfuhr gänzlich auf Null herabsinken. Solchen Thatsachen gegenüber ist es sehr schwer, von den zur Aufrechthaltung des Handgespinnstes im großen Maasstabe gemachten Anstrengungen günstige Resultate zu erwarten.“

„Und doch, Hr. Minister, giebt es kein Land, das, ich will nicht sagen besser, sondern so gut als Belgien für die Leinwand-Fabrikation begünstigt ist. Es ist noch nicht so lange her, als unsere, die flandrische, Leinwand im allgemeinen Rufe stand und auf allen Märkten den Vorzug hatte. Unser Boden bringt den Rohstoff in überreichlicher Menge und von bester Qualität hervor. Unser Flachsbaum erregt die Bewunderung aller Fremden und besonders der Irländer; in diesem Bezuge will ich einen besonders interessanten Umstand anführen.“

„Seit 1840 — und dieses Datum ist wohl zu beachten — hat sich zu Belfast, unter dem Vorsitze des Marquis von Downshire, eine Ge-

gesellschaft gebildet, welche die Vervollkommnung des Flachsbauers in Irland zum Zweck hat. Diese Gesellschaft hat auf ihre Kosten mehrere junge Leute nach Belgien geschickt, damit sie unser Verfahren beim Anbau studiren sollten. Es sind ihrer bis jetzt, wie ich glaube, 28, die auf solche Weise ihre Lehrjahre durchgemacht haben und jetzt in Irland damit beschäftigt sind, die Flachsanbauer, besonders auf den Gütern großer Grundbesitzer, mit ihrem Rath zu unterstützen. Ich habe ihren Bericht über ihre Nachforschungen in unserem Lande eingesehen; sie sprechen von unserem Verfahren bei der Flachskultur mit einer Bewunderung, die an Enthusiasmus gränzt; sie hatten, sagen Einige, von dem Landbau und der Flachskultur, bevor sie nach Belgien kamen, keine Idee. Und mit solchen Vortheilen, Hr. Minister, geht unsere Linnen-Industrie gleichwohl täglich mehr ihrem Untergange entgegen.“

„Jene Gesellschaft hat den Irländern durch die Fortschritte, welche sie in der Flachskultur sowohl in Bezug auf Menge als Güte bewirkt hat, bereits große Dienste geleistet. Die Ernte des Jahres 1845 kann man auf 28,000 Tonnen Flachschätzen, die von 1846 war noch um ein Drittel beträchtlicher gewesen. Der geringere Ertrag von 1845 läßt sich herleiten 1, daraus, daß die wenig bemittelten Landbauern bei dem hohen Preise des Leinsamens den letzteren nicht kaufen konnten und ihren Acker zu anderen Dingen verwandten, und 2, daraus, daß ein Theil des Samens verfälscht und auf betrügliche Weise verkauft worden war.“

„Die irischen Spinnereien verwenden indeß noch immer viel fremden und einige Quantitäten von belgischem Flach. Die vom Handelsamt (Board of trade) zu London veröffentlichten statistischen Nachweise machen für Irland keine besondere Rubrik; sie geben die Gesamtziffern für das Vereinigte Königreich. Danach betrug die Einfuhr seit 1840:

1840	62,649	Tonnen	Flachs
1842	67,368	=	=
1842	55,113	=	=
1843	71,857	=	=
1844	79,424	=	=
1845 bis zum 10. Oktbr.	52,456	=	=

„Der größte Theil dieses Flachses kommt aus Rußland. Der belgische Flach hat an vorstehenden Ziffern vergleichsweise nur einen wenig bedeutenden Antheil.“

„Dies ist, Hr. Minister, die Entwicklung, welche die Linnen-Industrie in dem Vereinigten Königreiche und namentlich in Irland seit den letzten

Jahren mit Hülfe der Maschinen genommen hat. Und diese Entwicklung beweist meiner Ansicht nach zur Genüge, daß die Zeit des Handgespinnstes vorüber ist. Man hört oft von dem in Irland herrschenden Elende sprechen. In dieser Hinsicht ist zu bemerken, daß jenes Elend hauptsächlich in den ausschließlich ackerbauenden Grafschaften des Südens und des Centrums vorhanden ist. Das verhungerte, das von D'Connell agitirte Irland — man findet es in diesen ausschließlich ackerbauenden Grafschaften, wo man sich noch mit dem Handspinnen für den häuslichen Gebrauch beschäftigt; man findet es aber nicht im Norden, wo die in großen Manufakturen betriebene Linnen-Industrie für die Bevölkerung eine werthvolle Quelle des Lebensunterhalts ist. Belfast, der Hauptmittelpunkt dieser Industrie, gewinnt unbestreitbar täglich einen größeren Wohlstand. Die Bedeutung dieses Hafens hat seit 4 oder 5 Jahren in höchst auffallender Weise zugenommen, und derselbe kann sich in Bezug auf Verbesserung und Wohlstand jedem andern europäischen Hafen getrost zur Seite stellen.“

„Die irische Linnen-Industrie hat allerdings in der letzten Zeit, wie von den Journalen hervorgehoben worden, ebenfalls die Folgen der Krisis empfunden, welche die Industrie fast aller europäischen Länder betroffen hat, und noch auf ihr lastet. Diese Krisis, deren allgemeiner Grund auf den hohen Preisen der Lebensmittel beruht, ist in Irland noch durch die hohen Flachpreise des vorigen Jahres (1845) verstärkt worden. Drum leiden dabei auch am meisten die Inhaber der Spinnfabriken. Sie müssen jetzt ihre Garne zu Preisen verkaufen, die ihnen ihrer Angabe zufolge keinen Profit übrig lassen. Allein dies ist nur eine vorübergehende Klemme und die diesjährige allem Anschein nach gute Flachsernte wird Alles in seinen normalen Zustand zurückversetzen. Ich lasse hier einen Preis=Courant folgen, der mir vorigen Mai von einem Spinnereibesitzer zu Belfast, dessen Etablissement 18,000 Spindeln enthält, übergeben worden ist. Es ist nöthig, daran zu erinnern, daß die Preise in Folge der augenblicklichen Verhältnisse außerordentlich niedrig sind, daß sie aber noch vor 9—10 Monaten viel höher waren.“

Preis

Preis - Courant

der Belfaster flächseuen und wergenen Garne im Mai 1846.

Preis per Bündel von 60,000 Yards.

Flächseue Garne.

Wergene Garne.

Zur leichten Kette.		Zur starken Kette.		Zum Einschlag.	
No 1.		No 2.			
No 16	_____	_____	_____	_____	7 sh. *)
18	_____	_____	_____	_____	6 sh. 6 den. **)
20	_____	_____	_____	_____	6 sh. 3 den.
22	_____	_____	_____	_____	6 sh.
25	_____	_____	_____	_____	5 sh. 9 den.
28	_____	_____	_____	_____	5 sh. 6 den.
30	6 sh. 9 den.	8 sh,	_____	_____	5 sh. 3 den.
35	6 sh.	7 sh. 6 den.	_____	_____	5 sh.
40	5 sh. 6 den.	7 sh. 3 den.	_____	_____	4 sh. 9 den.
45	5 sh. 6 den.	6 sh. 3 den.	_____	_____	4 sh. 9 den.
50	5 sh.	6 sh. 3 den.	_____	_____	4 sh. 6 den.
55	} 4 sh. 9 den.	6 sh.	_____	_____	
60			_____	_____	
65			_____	_____	
70			_____	_____	
75			_____	_____	
80	5 sh. 3 den.	6 sh. 6 den.	_____	_____	
85	5 sh. 4½ den.	6 sh. 7½ den.	_____	_____	
90	5 sh. 6 den.	6 sh. 9 den.	5 sh.	_____	
95				_____	
100	6 sh.	7 sh. 3 den.	5 sh. 6 den.	_____	
105				_____	
110			6 sh.	_____	
115				_____	
120			6 sh. 6 den.	_____	
125				_____	
130			7 sh. 3 den.	_____	
135				_____	
140			8 sh. 3 den.	_____	
145				_____	
150			9 sh. 3 den.	_____	
160			10 sh. 6 den.	_____	

*) 1 sh. beträgt 10 Ögr. Preuß. Cour.
 **) 1 den. = 10 Pfennig Preuß. Cour.

„In derselben Spinnerei werden Garne von einer höheren Qualität für extra-stärke Kette fabrizirt, wo dann das Bündel 1 sh. 3 den. mehr kostet, als bei No. 1.“

„Bei Gelegenheit dieser Preis=Courants ist eine wichtige Bemerkung zu machen, nämlich: die irischen Spinnereien verkaufen, von den Verhältnissen des Augenblicks abgesehen, ihre Garne zu niedrigeren Preisen, als die belgischen Spinnereien ihre Garne bis jetzt jemals verkauft haben. Was nun unsern Verbrauch im Innern oder unsere Ausfuhr nach Frankreich betrifft, wo wir eines Differentialzollens genießen, so begreift man, daß dieß bis zu einem gewissen Punkte und noch für einige Monate so fort-dauern kann. Wollen wir aber unsere Ausfuhr nach andern Ländern hinführen, wo wir mit unsern Rivalen unter gleichen Bedingungen zu konkurriren haben — und meiner Ueberzeugung ist das zur Rettung unserer Linnen-Industrie unbedingt nothwendig — so müßten vor allen Dingen unsere Spinnereien den Fabrikanten das Gespinnst zu demselben Preise liefern, wie die fremden Spinnereien. Gegenwärtig thun sie es nicht, und das kann aus 3 verschiedenen Ursachen herrühren: 1, daß sie zu viel gewinnen und in einer zu kurzen Zeit ihr Anlagekapital gedeckt haben wollen; 2, daß sie ihre Flachsankäufe weniger vortheilhaft machen, als die irischen Spinnereien, deren Betriebskapital sehr bedeutend ist und die in jedem Lande, namentlich in Rußland, ihren Rohstoff unter den bestmöglichen Bedingungen sich verschaffen; 3, daß unsere Maschinen weniger vervollkommenet sind, als die der irischen Spinnereien.“

„Ich für meinen Theil bin überzeugt, daß unsere Maschinen ganz eben so gut sind, als die in den irischen Spinnereien, und daß unsere Produktionskosten nicht beträchtlicher, im Gegentheil geringer sind, da bei uns das Brennmaterial nicht über See herzugeführt zu werden braucht. Außerdem kann ich mir es sehr gut erklären, daß ein industrielles Etablissement mit Benutzung aller Umstände den größtmöglichen Gewinn beim Verkauf seiner Produkte zu realisiren sucht. Aber ich bin andererseits sehr zu dem Glauben geneigt, daß unsere Spinnfabriken ihren Vorrath an Rohstoffen wegen verschiedener Ursachen nicht so vortheilhaft einkaufen, als die großen irischen Spinnereien. Wie dem auch sein mag, der zwischen den beiderseitigen Garnpreisen bestehende Unterschied ist ein Uebelstand, dem, wollen wir ernstlich an Ausfuhrgeschäfte denken, abzuhelfen und entgegenzutreten unerläßlich wird. Ich werde auf diesen Gegenstand zurückkommen; für jetzt beschränke ich mich auf Darlegung der allgemeinen Verhältnisse.“

„Als ich auf meiner eben beendigten Wanderung durch Belgien den Leinwandfabrikanten Proben von irischen Leinen vorlegte, die nach den

Bereinigten Staaten ausgeführt werden, da erklärte man mir: wenn die belgischen Fabrikanten die Maschinengarne zu demselben Preise haben könnten, wie die irländischen, so würde ihnen die Konkurrenz in der Fabrikation leicht fallen; daß aber eben hierin für den Augenblick die eigentliche Schwierigkeit liege. Weiterhin werde ich untersuchen, ob die Wegräumung derselben, wie ich es glaube, möglich ist, ohne irgend einem Interesse zu nahe zu treten und in dem zugleich der große Zweck erfüllt würde, den sich die belgische Regierung bei jeder auf die Linnen-Industrie bezüglichen Maafregel vorgenommen hat, nämlich das Elend des Webers zu erleichtern. Dieß Elend ist groß, und die Politik wie die Menschlichkeit erheischen, daß ihm durch alle mit dem allgemeinen Interesse verträglichen Mittel Abhülfe geleistet werde.“

„Unter den irlischen Spinnereibesitzern giebt es welche, die je nach den Umständen des Marktes für ihre eigene Rechnung weben und gleich bleichen lassen; sie sind die wichtigsten unter Allen. Ihr erstes Geschäft ist, ihre Garne zu verkaufen. Wenn sie indeß einen großen Vorrath haben und sehen, daß die Nachfrage nicht sehr lebhaft ist, so lassen sie eine gewisse Masse für eigene Rechnung weben. Zeigt sich beim Zurückbringen der Gewebe Nachfrage nach roher Leinwand, so verkaufen sie dieselbe in diesem Zustande. Andernfalls lassen sie dieselbe bleichen, und schicken sie gleichfalls auf eigene Rechnung nach den verschiedenen Märkten. Auf diese Weise giebt es in Irland selbst unter den Spinnereibesitzern solche, die den Webern Beschäftigung geben und die zu gleicher Zeit Spinner, Leinwandfabrikanten und Leinwandkaufleute sind.“

„Der größte Theil der Garne wird jedoch von den Spinnereibesitzern an die Fabrikanten verkauft, welche sie den Webern gegen einen vorausbestimmten Arbeitslohn zum Verarbeiten geben. Unter diesen Fabrikanten, welche das Garn kaufen und für ihre Rechnung weben lassen, giebt es solche, die ihre Linnen im rohen Zustande den Bleichern verkaufen, und Andere, die sie für ihre Rechnung bleichen lassen und dann expediren. Der erste Fall ist der gewöhnlichste. Die irlischen Bleicher sind zu gleicher Zeit meist auch Kaufleute erster Klasse. Sie haben auf allen Märkten der Welt feste Handelsverbindungen und der größte Theil der jährlichen Ausfuhr wird von ihnen und auf ihre Rechnung bewirkt.“

„Aus dieser industriellen und kommerziellen Organisation ergiebt sich, daß der irlische Weber von zwei verschiedenen Klassen von Industriellen Arbeit bekommt: von den Spinnereibesitzern und von den Fabrikanten. Er arbeitet auf's Stück und nicht für eigene Rechnung; d. h. er empfängt die zu verarbeitenden Garne. Er weiß im voraus, wieviel ihm seine Arbeit einbringen wird. Die von den Webern noch für eigene Rechnung ge-

fertigte Leinwand beläuft sich auf eine nicht in Anschlag kommende Quantität; ebenso unbedeutend ist der sogenannte Leinwandmarkt. Uebrigens wird die Weberei in Irland wie in Belgien im Allgemeinen auf dem platten Lande von kleinen Pächtern und Landarbeitern während ihrer Mußestunden betrieben. Drum erhalten auch die Fabrikanten im Frühjahr und zur Erntezeit, wo die Bevölkerung mit ländlichen Arbeiten beschäftigt ist, weniger Leinwand als sonst. Die Leinwand, welche von Arbeitern, die in großen Sälen vereinigt sind, gewebt wird, läßt sich nur als einen wenig bedeutenden Bruch der Gesamtproduktion betrachten.“

„Die Weber bedienen sich im Allgemeinen des Webstuhls mit dem „fliegenden Schiffchen“ (à la navette volante). Der Gebrauch der mechanischen Webstühle, der Power looms, hat sich seit 1840 nicht ausgebreitet; im Gegentheil hat er so sehr abgenommen, daß man sagen kann, jene Stühle sind in Irland aufgegeben. Man findet bei ihrer Anwendung keinen Vortheil in einem Lande, wo Arbeiter im Ueberfluß und zu wohlfeilem Preise zu haben sind.“

„Vergleicht man nun die Lage der belgischen mit der der irischen Weber, so ist es klar, daß sich der Vortheil in Folge der Anwendung des Maschinenspinnstoffs und der hierdurch in den Arbeitsverhältnissen herbeigeführten Veränderungen auf Seiten der Irländer befindet, und zwar: 1, weil sie jetzt mehr Leinwand zu weben haben als früher; und 2, weil sie im voraus wissen, was ihnen ihre Arbeit eintragen wird. Dagegen haben die belgischen Weber, welche sich erst den Rohstoff anschaffen müssen, nicht immer die dazu erforderlichen Geldmittel und sind darum gezwungen, sich lästigen Bedingungen zu unterwerfen oder können nur eine geringere Qualität des Rohstoffs erlangen. Daraus folgt, daß sie die gefertigte Leinwand auf dem Markt nur mit Schwierigkeit und zu einem Preise los werden, bei dem sie finden, daß sie rein umsonst gearbeitet haben. In solcher Lage befindet sich im Allgemeinen der belgische Weber, der seine Waare auf den Markt trägt. Und dann klagt man noch, daß die belgische Leinwand an ihrer Qualität verliert, und doch ist dieß eine natürliche, unvermeidliche Folge des jetzigen Zustandes der Dinge. Da die Nachfrage nach Handgespinnstleinen durch die Konkurrenz der Maschinenspinnstleinen bedeutend abgenommen hat, so haben unsere Leinwandkaufleute ihre Geschäfte und Gewinne sich stufenweise vermindern und sich genöthigt gesehen, mit Benutzung aller Umstände zu dem möglichst niedrigen Preise auf dem Markt einzukaufen. Die Weber ihrerseits sind von Tage zu Tage ärmer geworden. Da die Preise, zu welchen sie verkaufen, ihre Arbeit nicht hinreichend belohnt, so sind sie gezwungen, bei Allem sowohl am Rohstoff, als bei ihrer Webearbeit, Ersparungen zu machen.“

„Einige Personen sind der Meinung, man würde den Verfall unserer Leinen-Industrie aufhalten, wenn man auf die Ausfuhr des Flachses, den die Engländer jährlich in größerer oder geringerer Menge bei uns kaufen, einen Zoll lege. Hindert man auf diese Weise den Landbauer, indem man die Ausfuhr erschwert, zu einem möglichst hohen Preise zu verkaufen, so wird man ohne Zweifel für einige Zeit in Belgien eine größere Auswahl des Rohstoffes, vielleicht sogar zu wohlfeilerem Preise und mit der Zeit sogar bessere Leinen erzielen. Aber ist es Recht, auf diese Weise den Landbauer die Mittelmäßigkeit unserer Fabrikationsweise entgelten zu lassen?“

„Ist es nicht gerechter und weiser, diese Fabrikation selbst zu verbessern und sie in Stand zu setzen, daß sie mit der auswärtigen Fabrikation im Einkauf des rohen Materials unter gleichen Bedingungen konkurriren könne, zumal wir den natürlichen Vortheil besitzen, uns am Orte der Produktion (des Flachses) zu befinden? Die Anwendung eines Rohstoffes von besserer Qualität begünstigen und erzwingen, um ein Fabrikat von vergleichsweise geringerer oder weniger geschätzten Qualität zu erhalten: dies wäre eine mit den wahren Grundsätzen der Staatswirthschaftslehre im graden Widerspruch stehende Maaßregel. Auch bin ich überzeugt, wenn die Flachsbauer nicht mehr die ungehinderte Ausfuhr benutzen könnten, so würden sie eine allmählig an sich schon unsichere Kultur bald aufgeben, da sie ihnen selbst bei dem jetzigen Zustand der Dinge nicht allzuviel einbringt. Eine solche Maaßregel würde nach Verlauf einiger Zeit zur Folge haben, daß sich dem Verfall unserer Leinen-Industrie die Abnahme und vielleicht der Ruin unserer Flachskultur, die heute alle Fremden in Bewunderung versetzt und für eine große Zahl unserer Landbauer ein kostbarer Erwerbszweig ist, unvermeidlich zugesellte.“

„Uebrigens würden die Engländer und Irländer mittelst der Ausdehnung und Vervollkommnung, welche sie ihrer Flachskultur und ihren Maschinen geben, hinreichend im Stande sein, den belgischen Flachs, den sie gegenwärtig in nur unbedeutender Menge verbrauchen, zu entbehren. Für sie ist die Nothwendigkeit die Mutter der Industrie und eine fruchtbare Mutter. Obendrein würden unsere Weber aus der Annahme einer solchen Maaßregel wenig Nutzen ziehen. Denn die zwischen ihnen bezüglich der Nachfrage auf allen Märkten vorhandene ungeheure Konkurrenz würde sie sofort zwingen, ihre Preise im Verhältniß des verminderten Preises des Rohmaterials zu ermäßigen; sie würden fortwährend Angesichts der Konkurrenz von Seiten der Maschinenge-spinnst-Leinen ganz mit den nämlichen Käufern wie bisher zu thun haben.“

„Um die Lage unserer Weber zu verbessern, dazu bedarf es solcher

Industrieunternehmer, Spinnereibesitzer und Leinensfabrikanten wie in Irland, die ihnen Maschinengarn nach dem Stück und zu vorausbedungenem Preise zum Weben geben. Wenn diese Industrie-Unternehmer die nöthigen Kapitalien haben, werden sie ohne Furcht vor den englischen Käufern sich mit dem Rohstoff zu den bestmöglichen Bedingungen versorgen können. Als dann wird unsere Linnensfabrikation die ihr jetzt mangelnde Regelmäßigkeit und Verbesserung zu gewinnen im Stande sein. Sie wird alsdann, weiß man sie angemessen dazu anzutreiben, sich an Ausfuhrartikel machen und auf den fremden Märkten ihren so lange genossenen Ruf wieder erobern können. In dieser Richtung ist von den Fabrikanten zu Alost und besonders denen zu Roulers bereits ein Fortschritt gemacht worden, dessen ich mit Vergnügen erwähne. Die Fabrikanten der letztern Stadt beschäftigen gegenwärtig 1500 Weber, die in den Dörfern der Umgegend nach dem Stücke arbeiten. Sie sind, so weit es die Natur der Sache ihnen gestatten mag, bereit, sich mit jedem Zweige der Linnensfabrikation zu befassen. Das ist ein gutes Beispiel und zu wünschen, daß es in den übrigen Weberdistrikten bald im Großen nachgeahmt werde.“

„Der ehrenwerthe Vicomte A. de Biolley, dessen kürzliches Hinscheiden das ganze Land betrauert, hat wiederholt die Ähnlichkeit der gegenwärtigen Lage der Leinen-Industrie mit derjenigen der Tuchfabrikation zur Zeit der Einführung der Maschinen hervorgehoben. Die Vorherfagungen dieses großen Industriellen, der zur Vervollkommnung der belgischen Tuchfabrikation und zur Verbreitung ihres Rufes im Auslande so mächtig beigetragen hat, sind ohne Unterlaß durch die Thatfachen bestätigt worden. Was würde heut aus dieser Industrie geworden sein, wenn man bei ihr dasselbe System, wie bei der Linnen-Industrie befolgt, wenn man nicht allgemein die Maschinen in Anwendung gebracht hätte? Man kann dreist antworten: die Tuchfabrikation, die jetzt dem Lande ohne Zweifel zur meisten Ehre gereicht, würde nicht mehr existiren. Nun, und ein solches Loos steht der Leinwand-Industrie Belgiens in einer sehr nahen Zukunft bevor, wofern man ihr nicht aus dem Gleise des alten Schlendrians, in dem sie noch festsetzt, heraushilft.“

„Durch allgemeine Anwendung des Maschinengarnes, durch Organisation der Weberei nach dem Muster Irlands und dessen, was man in Roulers begonnen hat, werden die Weber auf dem Lande, selbst wenn ihnen das Handgespinnst nichts mehr eintrüge — was übrigens schon wirklich oder nahe zu der Fall ist — sich besser stehen, als gegenwärtig.“

„Ehe das Maschinengarn in großem Maaßstabe zur Anwendung kam, arbeiteten die irischen Weber, wie es die belgischen noch thun, für eigene Rechnung und kamen mit ihrer rohen Leinwand auf den Markt, um sie

den Bleichern zu verkaufen. Jetzt ist die Menge der auf den öffentlichen Markt gebrachten Leinen, wie ich schon weiter oben sagte, höchst unbedeutend; sie verschwindet, so sehr gering ist sie. Diese Veränderung ist während der letzten 5 Jahre eingetreten, und der Linnenhandel hat sich in Belfast und Umgegend konzentriert. Dublin, das sonst einen wichtigen Markt hatte, ist heutzutage für den Linnenhandel ein völlig bedeutungsloser Platz.“

„Doch wir haben uns nicht bloß in Bezug auf das Spinnen und die Organisation der Weberei überholen lassen. Die Linnenfrage ist meiner Ansicht viel verwickelter als man gewöhnlich glaubt. Um sie zu lösen, muß man sie unumwunden hinstellen und keine Schwierigkeit verheimlichen. Nun wohl, ich glaube, daß unsere Bleichereien mit den nämlichen Etablissements in den fremden Ländern, namentlich in Irland, auf dem Wege des industriellen Fortschritts nicht gleichen Schritt gehalten haben. Man würde bei uns, glaub' ich, die Weiße, die Appretur und die besondern Arrangements, was Alles in gewissen fremden Ländern unbedingt erfordert wird, schwerlich in größerer Menge und zu angemessenen Preisen aufreiben. Dieß ist, wie ich hinzusetze, die Ansicht vieler Fabrikanten und höchst kompetenter Personen, mit denen ich über die Sache gesprochen habe.“

„Wir haben zwar in der Nähe von Antwerpen die Bleiche von William Wood; ich habe sie gesehen und sie steht, wie ich glaube, den irischen Bleichen in Nichts nach. Es ist ein vollkommen eingerichtetes, gut gehaltenes Etablissement; allein man beschäftigt sich fast ausschließlich mit dem Bleichen von baumwollenen Geweben. Eines solchen Etablissements bedürfte es für die Leinen-Garne und Gewebe, wo man im großen Maasstabe arbeiten und folglich mit aller wünschenswerthen Dekonomie verfahren und die möglichste Vollkommenheit erzielen könnte.“

„Dadurch, daß unsere Linnenausfuhr seit einer Reihe von Jahren fast ausschließlich nach Frankreich bewirkt worden ist und hauptsächlich in roher Leinwand bestand, entbehrten unsere Bleichen des nöthigen Antriebes, der sie auf gleicher Linie mit dem Fortschritt und der Entwicklung dieses wichtigen Industriezweiges erhalten hätte. Ja selbst die Zahl unserer Bleichen hat sich beträchtlich vermindert. In Irland aber hat jene Industrie eine wahrhaft hohe Stufe der Ausdehnung und Vervollkommnung erreicht. Hier bilden die Bleicher eine Klasse von Industriellen, die ich für eben so wichtig halte, als die der Spinnereibesitzer. Man findet dort eine Menge nach dem größten Maasstabe eingerichteter Etablissements, wo man alle Arten der Appretur anwendet. Ich habe eines derselben besucht, in welchem alle Operationen mittelst Dampf bewirkt und 1 Million Püden

zu gleicher Zeit gebleicht werden können. Niemals sah ich auf meinen Reisen ein schöneres und besser gehaltenes Etablissement. Es bleicht nur für eigene Rechnung. Auf den irischen Bleichen wendet man das chemische Verfahren in Verbindung mit dem Ausbreiten auf dem Rasenplatze an. Man hat dieses Verfahren in Belgien versucht; allein, da es spezielle Kenntnisse verlangt, so ist es nicht immer gelungen und man hat noch jetzt Vorurtheile gegen dasselbe. Beurtheilt man es nach seinen Wirkungen im Handel, so ist sein Vorzug vor der alten Methode unbestreitbar. Die irischen Leinen finden auf allen Märkten der Welt Absatz und man schätzt sie insbesondere wegen ihrer Reinheit und glänzenden Weiße.“

„In Belfast sah ich große Mengen dieser für die Vereinigten Staaten Nordamerika's bestimmten Leinen; kürzlich sind davon dem Ministerium Proben zugekommen, die ich unsern Fabrikanten zur Ansicht vorgelegt habe. Die Ueberlegenheit hinsichtlich der Weiße und Appretur erkannte man an; wir liefern nichts Aehnliches. Andererseits habe ich einen Brief eines New-Yorker Hauses, das sich mit dem Linnenhandel beschäftigt, vor mir. Es wäre vollkommen geneigt, mit Belgien Geschäfte anzuknüpfen; es würde selbst einen seiner Agenten zur Bewirkung der Einkäufe gern hieher schicken. Allein dem Vertriebe unserer Linnenfabrikate in den Vereinigten Staaten steht seiner Meinung nach die Art der Bleiche und Appretur als großes Hinderniß entgegen, da die Ueberlegenheit der irischen Linnen in dieser Beziehung anerkannt ist.“

„Nach Allem, was ich, Herr Minister, gesehen und gehört habe, bin ich überzeugt, daß die Frage wegen des Bleichens und Appretirens von größerer Wichtigkeit ist, als man ihr bis jetzt zugestehen will; sie verdient die ernstlichste Aufmerksamkeit Aller, die sich mit der Zukunft unserer Linnen-Industrie beschäftigen. So lange den von den fremden Konsumenten in dieser Hinsicht gemachten Ansprüchen nicht genügt wird, so lange werden alle im Interesse unserer Linnenfabrikation und unseres Linnenhandels ergriffenen Maaßregeln nur zu unvollständigen oder gar keinen Resultaten führen.“

„So würde denn auch meiner Meinung nach die Exportations-Gesellschaft, die für die Produkte unserer Linnen-Industrie gebildet werden soll, den beabsichtigten Zweck verfehlen, wenn sie nicht ein Bleich- und Appretur-Etablissement nach dem Muster der irischen damit verbände. Uebrigens theilen alle in dieser Sache kompetenten Männer die eben ausgesprochene Ansicht. Es wäre vielleicht ebenfalls gut, wenn eine Gesellschaft dieser Art eine Spinnerei errichtete. Sie befände sich alsdann in der Lage der großen irischen Spinnereibesitzer, die ihre Garne verkaufen, für ihre Rechnung weben und bleichen lassen, und ihre Fabrikate ausführen.“

„Der irische Ausfuhrhandel wird größtentheils für Rechnung der Bleicher betrieben. Einige derselben bleichen für's Publikum, Andere nur für sich. Sie kaufen den Fabrikanten die rohe Leinwand ab, bleichen und appetiren sie je nach dem Geschmack der Märkte, auf die sie versandt werden soll. Sie haben ihre Agenten auf allen Hauptplätzen der Erde, namentlich in den Vereinigten Staaten, in Mexiko, Chile u. c. Diese Klasse von Industriellen ist sehr wichtig und gebietet über große Kapitalien. In Belgien ist eine solche nicht vorhanden. Man klagt hier oft über den Mangel an Handelshäusern, welche sich mit Exportation befassen; in der That aber bedürften wir vielmehr Bleicher, die, mit den nöthigen Kapitalien versehen, zugleich exportirten. Diesem Mangel müßte eine Exportations-Gesellschaft auf den von mir eben angedeuteten Grundlagen abzuhelpfen streben.“

„Ich hoffe, Hr. Minister, daß die vorstehenden Nachweise nicht ohne Nutzen sein, und auf die Mittel, welche anzuwenden sind, um die Linnen-Industrie aus ihrer gegenwärtigen Ohnmacht zu erwecken, einiges Licht werfen werden. Nach Allem, was ich gesehen und gehört, bin ich von der Dringlichkeit irgend einer praktischen und energischen in ihrem Interesse zu ergreifenden Maßregel tief überzeugt.“ *)

„Ich bin mit tiefer Hochachtung u.“

Berviers, 3. Juni 1846.

(gez.) Aug. Moghet.

Korrespondenzen.

(Münster, den 22. Februar.) Der Kommunismus in Münster. Aus früheren Mittheilungen ist den Lesern dieses Blattes vielleicht noch bekannt, daß diejenigen Mitglieder des hier bestehenden biergemüthlichen Klubbs „Certe,“ welche ihre Stimmen für die Aufnahme des aus dem Dienste entlassenen Lieutenants Anneke abgegeben hatten, aber in der Minorität blieben, aus jener Gesellschaft auschieden und eine neue gründeten, in welcher Anneke sogleich als Mitglied aufgenommen wurde. Als Zweck dieser Gesellschaft wurde offen Geselligkeit und freiere Unterhaltung auch über Fragen, welche die Zeit bewegen, aufgestellt; sie sollte den Mitgliedern Gelegenheit bieten, das Angenehme mit dem Nützlichen, Heiterkeit mit gegenseitiger wissenschaftlicher Fortbildung zu verbinden. Das langweilige und nach der Weise des Pfahlbürgerthums „gemüthliche“ Ancyenleben ekelte die Meisten an; die Gründung einer Ge-

*) Wir verweisen auf unsere Besprechung des Berichts der Belgischen Kommission im Januarheft. D. Red.

fellschaft, in der Jeder sich geistig frei bewegen konnte, war für diese Männer ein Bedürfnis geworden. Die Gesellschaft zählte bald nahe an 30 Mitglieder, die zum größten Theile nicht Münsteraner waren. Aber wie Alles, was sich von dem herkömmlichen philiströsen Schlandrian hier zu befreien sucht, namentlich das Neue und Fremde dem Münsteraner, der bekanntlich wenig geistige Regsamkeit, aber desto mehr spießbürgerliches Phlegma besitzt und in allen Dingen es so treibt, wie seine Urgroßväter es getrieben haben, wie alles Neue diesem autochthonisch gegen Alles, was die Welt da draußen bewegt, systematisch sich abschließenden münsterschen Bürger ein Dorn im Auge ist, so war es auch die neue Gesellschaft dieses Mal, welcher er in Ermangelung besserer Beschäftigung und zur Vertreibung seiner überflüssigen Langeweile eine besondere Aufmerksamkeit schenkte. Obgleich der neuen Gesellschaft von den betreffenden Behörden anfangs keine Hindernisse in den Weg gelegt wurden, weil sie keinen Grund hatten, vorauszusetzen, daß sie die Werkstätte „staatsgefährlicher,“ demagogischer oder gar kommunistischer Ideen und Umtriebe werden würde, so beschäftigte sich doch bald die s. g. „öffentliche Meinung,“ welche aus Mäuden, wie man zu sagen pflegt, Elefanten macht und aus weiter nichts, als aus Gerüchten, Verdacht und leisen Andeutungen vollendete Thatsachen zusammenphantasirt, ausschließlich mit ihr. Was sie auf offenem Wege gegen die Gesellschaft nicht bewerkstelligen konnten, suchten die Gegner auf Schleichwegen der Verläumdung, der Intrigue und Denunziation zu erreichen. Weil in Münster Alles, was sich von den Altbierbegriffen von Staat und Kirche überhaupt unterscheidet, nach der aberwärtigen Journalistik des Westphälischen Merkur, aus dem der Münsterländer seine unschädliche und harmlose Weisheit schöpft, unter dem Schreckwort „Kommunismus“ zusammengefaßt wird, so wurde die neue Gesellschaft auch bald allgemein nur die „Kommunisten-Gesellschaft“ genannt. Die abentheuerlichsten Gerüchte, welche im Publikum immer wechselnd umherirrten, konnten nur dazu dienen, den Humor der Mitglieder zu steigern. Diejenigen von diesen Mitgliedern, welche in Münster in ihrer Familie leben, hatten freilich vielfache Anfechtungen von dieser Seite zu bestehen; die Uebrigen dachten kaum daran, daß ihnen Unannehmlichkeiten irgend einer Art oder gar Gefahren aus dieser öffentlichen Meinung erwachsen könnten, da die Behörden nichts gegen die Gründung der Gesellschaft einzuwenden gehabt hatten. Während die Gesellschaft keineswegs äußerlich diesem Verdacht der „Staatsgefährlichkeit“ Vorschub leistete und es nicht der Mühe werth hielt, öffentlich sich zu rechtfertigen, so glaubte das furchtsame Münster in dem Umstande, daß einige Mitglieder der Gesellschaft graue Hüte trugen, den vollständigen Beweis geliefert, daß die Gesellschaft voll Kommunisten stecke. In der That, die grauen Hüte haben der Gesellschaft den Todesstoß versetzt, was wieder den Beweis liefert, daß kleine Ursachen oft große Wirkungen hervorbringen. Die grauen Hüte waren die Lösung des Tages, die grauen Hüte droheten durch die gespenstergeängstigte Stadt, wie die Boten des nahen Unglückes. Die Gesellschaft blieb indessen noch immer unangefochten. Doch mit des Gesellichses Mächten, ist kein ew'ger Bund zu schließen u. s. w. Schon einige Male waren am Abende in der Nähe des Gesellschaftslokales Gensdarmen

bemerkelt worden; auch war der Wirth schon durch Drohungen eingeschüch- tert, und weil er befürchtete, daß die s. g. Kommunistenwirthschaft ihm die andern friedlichen Gäste aus dem Hause jagen und ihn zum gänzlichen Sturze bringen würde, so kündigte er der Gesellschaft das Lokal auf. Das war der erste Akt des tragischen Dramas. Die Gesellschaft sah sich plötzlich in Blokadezustand erklärt und ihre humoristische Stimmung sollte sich bald in eine ernstere verwandeln; es schien, als wenn sich alle Mächte verbunden hätten, ihr den Krieg zu erklären. Die Angriffe gegen sie wurden offener und entschiedener. Die Behörden, welche bis dahin die Gesellschaft ruhig hatten gewähren lassen, sahen sich endlich veranlaßt, in- direkt gegen sie einzuschreiten. Einige Vorfälle in den letzten Tagen ga- ben diesen Angriffen einen Schein von Rechtfertigung. In einer karneva- listischen Theatervorstellung bestrebten sich einige geistreiche Jünglinge der Stadt, Komödie zu spielen und mühsam einige Witze über die „Kommuni- sten“ zu produziren, die keinen Anklang beim Publikum fanden. An dem- selben Abende besuchten einige Männer, die hier vorzugsweise als „Kom- munisten“ genannt werden, den Gerbaulet'schen Gasthof, wo sie einen Theil der münsterschen Jugend zusammen fanden. Diese glaubte eine pas- sende Gelegenheit gefunden zu haben, ihren Ingrimm gegen die verhassten „Kommunisten,“ den sie schon lange nährte, ohne zu wissen, welche Bedeu- tung dieses Wort hat, endlich einmal loszulassen, zunächst gegen einen jungen mit diesen Männern an einem Tische sitzenden Münsteraner. Frei- lich war, wie nicht anders zu erwarten, die größte Zahl dieser Jünglinge betrunken, daher sie denn auch so unverschämt waren, sich einzubilden, das Erscheinen jener Männer bezwecke eine Demonstration, weil sie sich durch die Theaterwitze getroffen fühlten. Die „Kommunisten“ hielten es indessen nicht der Mühe werth, sich für ihr Erscheinen zu rechtfertigen und befundeten durch ihre Haltung und Ruhe hinlänglich, daß sie solche An- griffe nur verachteten. Obgleich man auf alle Weise, durch Herandrängen und Belästigungen mit ihnen handgemein zu werden suchte, so war es nur ihrem ruhigen und besonnenen Verhalten zuzuschreiben, daß es nicht zu einem Kampfe mit Schmelbeinen mit den kriegslustigen Jünglingen kam. Im Kapenzimmer kam Einem derselben, der sich vorzugsweise in seinem Gelddünnkel einbildete, das Recht zu haben, großmüthig zu sein, andern Morgens die Reue und Furcht, daß sein karnevalistischer Heldenmuth ihm nur Unannehmlichkeiten bringen würde; zugleich beeilt man sich wenigstens öffentlich, das Benehmen jener „Kommunisten“ lobend hervorzuheben. Von jetzt an war von Nichts anderm mehr, als vom Kommunismus die Rede und von der „kommunistischen Gesellschaft,“ der jene Männer als Mit- glieder angehörten. Die Gerüchte, daß die Behörden damit umgingen, eine Untersuchung gegen sie einzuleiten oder sie aufzuheben, erhielten nur zu bald Bestätigung. Ein großer Theil der Mitglieder der Gesellschaft be- stand aus jungen Juristen. Einem derselben theilte ein Rath des hiesigen Obergerichts bei einem freundschaftlichen Besuche im Vertrauen mit, daß sie (die Juristen) wohl daran thäten, aus der Gesellschaft auszutreten; längeres Verharren in derselben könne für sie nur Unannehmlichkeiten, ja Entlassung aus dem Dienste zur Folge haben! Der Präsident des Oberlandesgerichts ließ den Präsidenten der Gesellschaft, den Referendar M.

zu sich bescheiden und forderte ihn aus denselben Gründen auf, die Gesellschaft aufzulösen; es seien Denunziationen, ob von Seiten der Polizei oder des Oberbürgermeisters, weiß ich nicht recht mehr, eingelaufen, des Inhalts, daß in der genannten Gesellschaft der „Geist des Kommunismus“ herrsche, weil — der Lieutenant Rinneke in dieselbe aufgenommen sei und einige andere Mitglieder als bekannte Kommunisten das Haus einer hier sehr bekannten Dame v. L. besuchten, die allgemein im Publikum die „Kommunistenmutter“ genannt werde. Diese Dame lebt hier abgeschlossen von der übrigen Gesellschaft, mit literarischen Arbeiten beschäftigt. Daß die angeführten Gründe unmöglich wichtig genug waren, um darauf die Forderung der Auflösung der Gesellschaft zu begründen, sahen die Vernünftigeren bald ein. Was hatten in der That die Privatbeziehungen und Bekanntschaften einzelner Mitglieder der Gesellschaft mit der Gesellschaft selbst zu schaffen? Wie konnte die ganze Gesellschaft dafür verantwortlich gemacht werden, wenn wirklich einzelne Mitglieder den sozialistischen Ideen huldigten? Alle Vorstellungen aber, daß die Behörde vielleicht auf diesem Wege nur versuchen wolle, die Wahrheit zu ergründen und die Gesellschaft aufzulösen, weil ihr ohne Zweifel die vollgültigen Beweise zu einer Untersuchung mangelten, fruchteten bei der größeren Zahl der Mitglieder nichts; die Spaltung der Gesellschaft, wohin jene offiziellen Maßregeln wahrscheinlich zielten, war bewerkstelligt; die größere Zahl der jungen Juristen, statt gemeinsam zu handeln und den Beweis der Richtigkeit jener Denunziationen zu führen, dann aber das Weitere ruhig zu erwarten, zog es vor, rasch ihren Austritt aus der Gesellschaft zu bewerkstelligen; sie sahen sich schon im Geiste entlassen, brodblos und wollten der administrativen Strafgewalt, welche eine Entlassung aus dem Dienste bei den Referendarien auch ohne weitere Untersuchung versügen kann, keine Waffe in die Hände geben. Um diesen Austritt, der wenigstens sehr übereilt war, weil die Denunziation ohnehin vorläufig nur auf die unhaltbarsten und unbestimmtesten Gerüchte sich gründete, zu motivieren, sungen sogar einige Mitglieder an, Sophismen zu Hülfe zu rufen und erklärten, daß sie, da der Kommunismus als Generalverbrechen der gesammten Gesellschaft ohne Unterscheidung zur Last gelegt sei, keinesweges „Ideen,“ denen sie nicht huldigten, als Opfer zu fallen gesonnen seien. So hatte auch hier die Furcht, die bisher nur außerhalb der Gesellschaft dem Publikum den Kopf verwirrt hatte, in die Gesellschaft selbst jetzt ihren Einzug gehalten. Auf gegründete Einwendungen, daß es sich hier überhaupt weniger um Sozialismus oder Kommunismus handele, als um das Recht der Mitglieder, in einer Gesellschaft auch ferner zu bleiben, die von den Behörden gebuldet wurde und gegen welche keine Ursache zum gesetzlichen Einschreiten vorlag, ließen sich diese Mitglieder nicht weiter ein. Unerklärlich ist ihr Benehmen um so mehr, als gerade Einzelne derselben bei dem Austritt aus dem „Cerkle“ offen und muthig ihre Mißbilligung ausgesprochen hatten, daß man einem Manne, dem von seinen Vorgesetzten selbst wegen seines untadelhaften Betragens das lobendste Zeugniß ausgestellt war, nur seiner Ansichten wegen die Aufnahme verweigere; von diesen konnte man erwarten, daß sie auch die aus der Gründung der Gesellschaft entstehenden Konsequenzen vertreten

würden. Keinesweges, das dürfen wir ruhig annehmen, konnte es in der Absicht der Behörden liegen, die ganze Gesellschaft für die Ansichten einiger ihr angehörenden Mitglieder verantwortlich zu machen und die ganze Gesellschaft im Allgemeinen als aus „Kommunisten“ bestehend zu bezeichnen; ohne Zweifel war der Kommunismus nur das Aushängeschild, um die mißliebigen Elemente aus der Gesellschaft zu vertreiben.

Nach dem Austritte jener Mitglieder (ungefähr 8—10) blieben nur noch einige junge Juristen in der Gesellschaft. Nach vielem Hin- und Herdebattiren wurde endlich durch Stimmenmehrheit der Beschluß gefaßt, daß die Gesellschaft nicht sich förmlich und offiziell auflösen, wie das von Einzelnen vorgeschlagen wurde, sondern bestehen bleiben solle. Zur Rechtfertigung über die ihnen gemachten Vorwürfe hielten jedoch die zurückbleibenden Juristen es für nothwendig, sich in einer Adresse an den Präsidenten des Oberlandesgerichts zu wenden, worin die gegen sie vorgebrachten Beschuldigungen a) wegen Aufnahme des Lieutenants Anneke b) wegen Umgangs mehrerer Mitglieder in dem Hause der genannten Frau v. L. einer näheren Kritik unterworfen werden sollten. Die Abfassung dieser Adresse wurde beschloffen. Ueber die zu diesem Zwecke von einem Mitgliede der Gesellschaft verfaßte Adresse erhob sich in der nächsten Versammlung eine heftige Debatte. Einige Mitglieder fühlten sich durch dieselbe verletzt und verwarfen mit Recht einige in der Adresse vorkommende Wendungen und Redensarten als ganz überflüssig, weil sie Unrichtigkeiten enthielten. Statt der einfachen und genügenden Angabe, daß der „Kommunismus und Sozialismus allerdings auch zu den Thema's gehört habe, welche in der Gesellschaft besprochen wurden, daß diese Lehre theilweise vertheidigt, aber auch bekämpft sei,“ hatte es der Verfasser der Adresse für nöthig gehalten, sich — für seine Person — gegen den Verdacht zu rechtfertigen, daß er Kommunist sei, und zu diesem Zwecke Aeußerungen hineingebracht, die nicht in eine Adresse gehörten. Bei den krassesten Wendungen überzeugte sich bald die betheiligte Gesellschaft, daß sie unpassend seien; die andern aber blieben stehen und durch Abstimmung wurde die Adresse in der vorgeschlagenen Fassung trotz der Protestation einiger Mitglieder angenommen. Diese letzteren aber erklärten sogleich, daß sie die Adresse, weil sie noch immer unpassende Ausdrücke enthalte, so nicht unterschreiben würden. Es lag zu deutlich der Beweis vor, daß die Unterzeichner der Adresse an einigen Mitgliedern, besonders aber an den „grauen Hüten,“ als mißliebigen Elementen Anstoß nahmen, wie sie auch schon einige Male diesen allein die Schuld beigemessen hatten, daß das Unglück über die Gesellschaft hereingebrochen sei. Um diesen Anstoß hinwegzuräumen, vielleicht auch damit die Ursache der Feindseligkeit der Behörden, zugleich auch um der Gesellschaft die Verlegenheit zu ersparen, sich durch offene Erklärung jener mißliebigen Mitglieder zu entledigen, beschloffen diese, aus der Gesellschaft auszutreten, in der sie für die Zukunft sich wenig Freude versprechen durften. Zugleich glaubten sie durch ihren Austritt das loyale Bestehen der Gesellschaft zu sichern, und den schon früher ausgetretenen Mitgliedern vielleicht Gelegenheit zum Wiedereintritt in dieselbe zu bieten.

Das war der zweite Akt des tragischen Dramas in Münster. Die

Absicht der Behörden ist auf friedliche Weise erreicht und wir befürchten deshalb nicht, daß für die betreffenden Mitglieder der Gesellschaft noch weitere unangenehme Folgen aus dieser Angelegenheit entstehen könnten. Wer es vielleicht bedauern sollte, daß in dem Auftreten der Gesellschaft so wenig Einmüthigkeit und Entschiedenheit, welche immer die ihr klare und offene Recht vertretende Ueberzeugung charakterisirt, zu finden ist, tröste sich mit dem Gedanken, daß wir nur in einer Zeit der Phrasen und nicht der That mehr leben, und möge wenigstens jenen einzelnen zuletzt ausgetretenen Mitgliedern das Resultat nicht zur Last legen. Münster ist indessen wieder beruhigt und der Frieden wieder in die so lange geängstigten Gemüther eingeführt; der Bürger fürchtet sich nicht mehr vor dem Schreckgespenste des Kommunismus und den grauen Hüten, trinkt gemüthlich sein Altbier, spielt Karten, ißt Sauerkraut und Schinken, und ließt zur Verdauung sein Hausjournal, den göttlichen Merkur. —

In viele Blätter sind namentlich aus dem Rhein. Beobachter falsche und entstehende Berichte über die Scene im Gasthose aufgenommen worden; der vorstehende Bericht weicht aber in keinem Punkte von der Wahrheit ab.

F. S.

(Aus Bielefeld.) In dieser Zeit der Theurung und Noth, wo eine große Zahl unserer Mitmenschen bei dem gänzlichen oder theilweisen Mangel an Arbeit nicht im Stande ist, die dringendsten, durch einen strengen Winter noch gesteigerten Lebensbedürfnisse zu befriedigen, sucht man bei uns, wie überall, durch die Wohlthätigkeit, durch Almosen, durch Beschäftigung bei Gemeindearbeiten, durch Suppenanstalten und dgl. den arbeitenden Klassen unter die Arme zu greifen. Wir wollen diese „Wohlthätigkeit“ nicht schmälern; wir wollen nicht untersuchen, ob diese Ersehnungen dem reinen Drange zu helfen ihr Dasein verdanken, oder ob die Furcht vor dem, was da kommen könnte, erheblichen Antheil an ihnen hat. Wir wollen nur einfach hervorheben, daß nach unseren Gesetzen die Armen und Nothleidenden ein Recht haben, von der Gemeinde Arbeit oder, wenn sie arbeitsunfähig sind, Unterhaltung zu fordern. Daß übrigens alle diese Wohlthätigkeitsanstalten nur das äußerste Elend, die furchtbarsten Symptome der Noth zu lindern, keinesweges aber ihr dauernd abzuhelpfen vermögen, brauchen wir wohl nicht hinzuzufügen. —

Ich rede hier nicht von den Fabrikarbeitern mancher Gegend, deren geringe Löhne im immerwährenden Sinken begriffen sind, während die Preise der Lebensmittel von Tage zu Tage steigen; nicht von den armen Spinnern und Webern, die, am meisten leidend bei der wachsenden Konkurrenz, wenn nicht ganz brodlos, doch selbst unter der anhaltendsten übermenschlichen Anstrengung nicht im Stande sind, von dem unerhört herabgedrückten Verdienste den nothdürftigsten Unterhalt für ihre Familie zu beschaffen, — die Noth dieser Handarbeiter ist genügend bekannt. Man beklagt sie und beruhigt sich damit: das liegt in den Verhältnissen; freilich werden die Leute davon nicht satt. — Ich rede von einem Stande, auf dem, gleich wie auf dem Stande der Handarbeiter der Fluch der Armuth zu ruhen scheint, der gleich diesem verdammt zu sein scheint, im Schweisse

des Angesichts sein Brod zu essen, (wenn er's nur immer hätte! D. Red.) der viel geplagt und wenig geachtet ein kümmerliches Dasein genießt. Der Stand, von dem ich rede, ist der Volksschullehrerstand.

Man sagt, in neuerer Zeit sei sehr viel zur Verbesserung der Lage der Lehrer geschehen; man sagt, in den letzten drei Decennien sei mehr gethan für die Bildung des Volkes, für die Hebung des Lehrerstandes nach innen und außen, als in drei Jahrhunderten vorher. — Es ist wahr, Friedrich Wilhelm III. und IV. haben Manches in dieser Beziehung gethan, manche Uebelstände sind gehoben, manche bessere Einrichtungen sind an ihre Stelle getreten; — aber es fehlt auch noch Vieles! Diese Verbesserungen sind unzureichend, da sie sich nur auf einzelne Theile beschränkt haben und nicht im Verhältniß geblieben sind zu den Fortschritten der Zeit. Man hat nicht berücksichtigt, daß die Entwicklung des Volks in den letzten drei Jahrzehnten einen rascheren Gang genommen, die Anforderungen der Zeit sich auf einen höheren Grad gesteigert haben, als in drei Jahrhunderten vorher.

Noch immer giebt es in unserm deutschen Vaterlande und namentlich in Preußen eine Menge Lehrer, deren äußere Lage schlechter ist, als die des geringsten Tagelöhners. Wir finden noch Lehrerstellen mit einem jährlichen Einkommen von 100 Thlr. und darunter, einem Gehalte, das zur Zeit, wo der Lehrer noch ein bürgerliches Gewerbe als Hauptgeschäft und den Schuldienst als Nebensache betrieb, allenfalls als angemessen erscheinen konnte, in unserer Zeit aber, wo sich der Lehrerstand einer gründlichern, umfassendern Berufsbildung erfreut, wo in der Regel nur gehörig vorbereitete, gebildete Männer das Amt der Jugendbildung verwalten, als eine höchst unzureichende, kärgliche Besoldung bezeichnet werden muß.

Zwar mag es mancher armen Dorfgemeinde schwer werden, neben den vielen Staats- und Gemeinde-Abgaben noch ein angemessenes Gehalt für den Lehrer aufzubringen, zwar giebt es Ortschaften, wo bei einem wenig ergiebigen Boden und andern ungünstigen Verhältnissen der Landmann selbst nur kümmerlich sein Dasein fristet, wo er oft am Zahltag der Steuern noch nicht weiß, woher er die Groschen nehmen soll, die mit unerbittlicher Strenge von ihm gefordert werden; — aber warum soll unter diesen ungünstigen Umständen gerade nur der Lehrer leiden, dem die Gemeinde so Vieles verdankt, der, wenn er auf dem richtigen Standpunkte steht, durch Beseitigung von Vorurtheilen, durch Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse und überhaupt durch eine zeitgemäße Aufklärung sehr viel dazu beitragen kann, daß es besser werde in seiner Umgebung, daß in Folge einer richtigern Anschauung und einer vernünftigeren Wirthschaft der Wohlstand und das Glück des Landmanns sich mehren? Wäre es nicht billiger, wenn auf der andern Seite den Leuten das Joch erleichtert würde? daß man Gemeinde- und Staatsabgaben ermäßigte, da doch nächst den Eltern dem Staate die Bildung und Erziehung der Kinder obliegt und dieser also auch zur Besoldung der Lehrer verpflichtet ist — ?

Mit einem Gehalte von 100 Thlr. nun soll ein Lehrer mit Weib und Kind ein ganzes Jahr lang alle seine Bedürfnisse bestreiten, er soll dabei einen bessern Noth tragen, als der gewöhnliche Bauer, er soll davon zur Wittwenkasse steuern, seine Beiträge zum Leseverein berichtigen, sich die

Mittel zu seiner Fortbildung beschaffen und seinen Kindern eine angemessene Erziehung geben. —

Ein Tagelöhner auf dem Lande verdient täglich 10 bis 12 Sgr. und ein Bauer mit Fahren und Pflügen für Lohn nach Abzug der Kosten über 1 Thlr.; — 100 Thlr. im Jahr aber machen 8 Sgr. 4 Pf. auf den Tag! Wenn wir nun Krankheiten und andere Unglücksfälle, welche das Elend sicher hervorrufen, auch gar nicht in Anschlag bringen wollen, so kann der Lehrer für dieses Geld kaum bei jetzigen Preisen das Brod für seine Familie beschaffen.

Die Kinder wachsen heran, die Knaben verlassen das elterliche Haus, um sich zu irgend einem bürgerlichen Berufe vorzubereiten. Sie sind nach wie vor der Unterstützung der Eltern bedürftig; — aber die Gesundheit des Vaters ist untergraben, übermäßige Anstrengung, Sorge und Kummer haben seine Kräfte vor der Zeit verzehrt, „er ist unfähig, sein Amt mit Nutzen für die Gemeinde zu verwalten“ — er wird seines Dienstes entlassen und erhält als Pension jährlich — $33\frac{1}{3}$ Thlr., sage: Dreiunddreißig Thaler und Zehn Silbergroschen! — Das ist der Lohn für treue Pflichterfüllung, für Mühe und Arbeit, für Aufopferung seiner Kräfte im Dienste der Gemeinde, zum Wohle der Gesellschaft! — Er stirbt im Elende, an seinem Grabe weinen — eine trostlose Wittwe, verlassene hilflose Waisen.

Man beschuldige mich nicht der Uebertreibung; ich rede aus Erfahrung und rede die Wahrheit. Man schaue um sich und man wird für das Gesagte Belege genug finden. Wenige kennen indeß die Lage eines armen Dorfschulmeisters; Manche, die seinen Druck gesehen, die Zeuge seines Elends gewesen sind, zucken die Achseln, schweigen und bleiben gleichgültig, wo Beruf und Pflicht es erheischen, zu reden und thätig zu wirken zur Abhülfe der Noth.

Doch nicht bloß die Lehrer auf dem Lande leben in so mißlichen Verhältnissen, seufzen unter dem Drucke herber Noth — nicht minder laut ertönen die Klagen mancher Lehrer in der Stadt, selbst in einer Stadt, wie Bielefeld, wo Industrie und Handel den Bürgern eine Wohlhabenheit verliehen, die man in ähnlichen, mehr auf Ackerbau und Viehzucht hingewiesenen Orten vergebens sucht; selbst in Bielefeld, der reichen Linnestadt, die ihre Fabrikate in die entferntesten Länder versendet und Handel treibt mit allen civilisirten Völkern der Erde — in Bielefeld selbst giebt es noch Lehrerstellen mit einem Gehalte von nur 120 bis 150 Thlr. und eine sogar, welche erst vor wenigen Jahren von 80 auf 120 Thlr. verbessert worden ist.

Zwar beziehen die Lehrer der erstern Klassen meistens ein besseres, den örtlichen Verhältnissen ziemlich angemessenes Einkommen und die weniger einträglichen Stellen werden in der Regel von jungen, unverheiratheten Männern verwaltet. Wer will aber einem jungen Manne, der doch gezwungen ist, sich einigermaßen anständig einzurichten, in nobler Kleidung zu erscheinen und mit gebildeten Ständen zu verkehren, zumuthen, mit einem Gehalte von 100 bis 150 Thlr. zu leben, wenn er nicht Hüfsquellen hat; — und diese sind bei dem Lehrer durch die nicht unbedeutenden Kosten seiner Bildung in der Regel erschöpft — mit 120 Thlr. in Biele-

feld, wo ein anständiges Logis mit Beköstigung mindestens 10 Thlr. und incl. Heizung, Licht und Wäsche 12 bis 14 Thlr. monatlich kostet!

Muß ein so gestellter Mann nicht gänzlich auf alle Annehmlichkeiten des Lebens verzichten, da ihm nicht einmal die Mittel gewährt werden, die dringendsten Bedürfnisse zu bestreiten? Wird er, der in seinen Mußestunden in die Einsamkeit des Zimmers verbannt, oder ewig auf den Umgang mit ebenso gedrückten Standesgenossen hingewiesen ist, im Stande sein, die Erbitterung zu bekämpfen, die beim Anblicke des behaglichern Looses fast aller übrigen Stände seine Seele erfüllen muß? Wird der Schmerz über das ihm von der Gesellschaft zugefügte Unrecht nicht seine Lebenskraft zerstören, ihn zu allem lebendigen, thatkräftigen Denken und Handeln unfähig machen und ihm die Lust benehmen, an seiner Fortbildung zu arbeiten, wozu ihm außerdem noch die Mittel fehlen! —

Und in welchem Verhältnisse steht die Einnahme eines Lehrers zu dem Verdienste anderer Stände! — Ein Polizeidiener in Bielefeld verdient jährlich 150 bis 200 Thlr.; die Stelle des jüngsten Magistratschreibers, die ein 16jähriger Knabe ohne alle Vorbildung versehen kann, trägt 144 Thlr. ein; ein Zigarrenwickler verdient monatlich 25 bis 32 Thlr., also 300 bis 400 Thlr im Jahr; ein Kutscher Kost, Livre und 40 bis 50 Thlr.; eine Küchenmagd außer freiem Unterhalt 20 bis 30 Thlr. und ein Lehrer in Bielefeld — nicht das liebe Brod! —

Sage Niemand, daß es zur ausreichenden Besoldung des Lehrers an Mitteln fehle. — Habt Ihr doch Geld zu Concerten und Bällen, um Lakaien und Bedienten zu halten! — Wo aber eine Gemeinde zu arm ist, — und deren giebt es wenige — um die gerechten Ansprüche des Lehrers zu befriedigen, da ist der Staat verpflichtet, in's Mittel zu treten, denn die Erziehung der Jugend, die Heranbildung derselben zu würdigen Mitgliedern der Gesellschaft, zu braven Staatsbürgern, liegt namentlich in seinem Interesse!

Und Ihr Geistliche, die Ihr durch Euern überwiegenden Einfluß in Euern Gemeinden so viel vermöget und, wo Ihr wolltet, bisher so Viel ausgerichtet habt, warum nehmt Ihr Euch der Lehrer nicht an? — Ihr beweiset das geschichtliche Recht der Bevormundung von Schule und Lehrer; — bedingt dieses Recht nicht auch die Verpflichtung, für Eure Mündel zu sorgen, sie zu schützen und ihr Interesse wahrzunehmen? Oder glaubt Ihr, daß ein Gedeihen der Volksbildung möglich sei, so lange der Lehrer noch von den Fesseln äußern Drucks belastet, so lange er noch von der Armuth geknechtet ist und der Kummer an seiner Lebenskraft zehrt? — Tausende wißt Ihr zusammen zu bringen für die Befehrung der Heiden in fernem, fernem Ländern, Tausende für Stiftungen und Vereine aller Art — aber für das Unglück in der Nähe habt Ihr kein Auge, die Noth der Lehrer des Landes läßt Euch gleichgültig. Ihr sehet das Elend der Armen und erbarmt Euch nicht ihrer; Ihr fühlt Euch behaglich bei Euerm reichlichen Einkommen und haltet die Hand auf die Tasche, damit der Mammon nicht entschlüpfe.

M.

(Aus dem Lippischen, im Februar.) Wie sich doch die Zeiten ändern können! Als vor zwei Jahren auf Veranlassung des Superintendenten Volkhausen und des Assessors Meyer in Derlinghausen ein Verein für das Wohl der arbeitenden Klassen gestiftet wurde, hielt die Regierung dieses Unternehmen für ganz überflüssig und verweigerte ihre Bestätigung, obgleich die Noth auch damals schon drückend genug war. Und siehe da, kaum sind 2 Jahre in's Land gegangen, so ist die Noth so hoch gestiegen, daß die Regierung selbst zu dem Werke ermuntern muß, welches sie früher so weit von sich abwies. In einem Cirkular vom 2. Febr. fordert sie selbst zur Bildung von Vereinen zur Abhülfe der gegenwärtigen Noth auf. „Die durch Theuerung und den harten Winter herbeigeführten Bedrängnisse der handarbeitenden Klasse fordern zu erster Berücksichtigung auf und die Regierung hat es zu einem Gegenstande ihrer angelegentlichsten Sorge gemacht, den dadurch herbeigeführten Leiden entgegen zu arbeiten.“ Die Regierung hat sich hier nicht ganz präcis ausgedrückt. Herbeigeführt ist die Noth dieser Klasse nicht durch den harten Winter und die Theuerung, sie besteht immer auch ohne diese zufälligen Umstände, weil der Verdienst dieser Besitzlosen ihren Bedürfnissen nicht entspricht. Nur ist dieses Mißverhältniß dann nicht so schreiend und wird eher verdeckt, als jetzt bei den hohen Preisen, dem allgemeinen Mißwachs und der strengen Kälte. Die Theuerung und der harte Winter haben also die Noth nur gesteigert, nur mehr an den Tag gebracht, namentlich da viele Arbeiter ganz arbeitslos geworden sind und also ihr Leben auch nicht mehr auf die gewohnte kümmerliche Weise fristen können. Die Regierung erkennt es deßhalb auch als eine der ersten Nothwendigkeiten, dem Arbeiter Gelegenheit zum Erwerbe zu geben. „Die Verabfolgung wohlfeilen Brodkorns von den Kornböden fürstlicher Rentkammern ist bereits beschlossen (hätte wohl schon eher geschehen können!) und auch theilweise (warum?) ausgeführt; auch ist von fürstlicher Kammer die Anordnung sehr ausgedehnter Forstkultur=Arbeiten und von der Regierung die Einleitung getroffen, daß durch eine umfassende Ausführung von Wegebauten den handarbeitenden „Untertanen“ möglichst viele Gelegenheit zum Erwerbe gegeben wird; so wie denn auch die Regierung durch eine von den jetzt versammelten Landständen außerordentlich bewilligte Summe von 6000 Thlr. in Stand gesetzt ist, da wo ihre eigenen Mittel nicht hinreichen, helfend einzutreten.“ Sechstausend Thaler! Wir wollen hoffen, daß die Mittel der Regierung bedeutender sind, als die, welche löbliche, hier äußerst sparsame Stände zu bewilligen sich bemüht fanden. Das lippische Land zählt nach offiziellen Angaben 9000 Einlieger d. h. Landbewohner ohne Grundbesitz, welche eine Bevölkerung von ungefähr 45,000 Köpfen repräsentiren. Als Bundeskontingent hat Lippe, wenn ich nicht irre, 800 Mann zu stellen und dafür werden jährlich 40—50,000 Thlr. verausgabt, während jenen 45,000 Köpfen bei außerordentlicher Noth und Theuerung mit 6000 Thlrn. beigeprungen werden soll. Freilich werden die Stände ohne erhebliche Ermäßigungen im Ausgabe=Budget der Regierung keine größeren Summen bewilligen können und wollen. Die Regierung sieht auch wohl ein, daß mit den von ihr zu verwendenden

Mitteln, so wie mit den von den Ständen bewilligten 6000 Thlrn. nicht allen Hilfsbedürftigen Gelegenheit zum Erwerb geboten werden kann, daß dieser Erwerb noch immer in bedeutendem Mißverhältniß zu den Lebensmittelpreisen stehen wird, daß endlich noch viele Arbeitsunfähige der Noth preisgegeben sind. Sie betrachtet daher die Verwendung ihrer Mittel nur als Aushülfe und wälzt die Hauptlast für die Linderung der Noth auf die Unterthanen. „Aber nur aushelfend kann sie eintreten, fährt das Cirkular fort, da den wohlhabenden Unterthanen zunächst die Sorge für die Aushülfe der Noth ihrer nächsten Umgebungen Pflicht ist, eine Pflicht, deren Erfüllung man von dem anerkannten Wohlthätigkeitsinn der Lipper erwarten kann.“

Es läßt sich viel darüber sagen, ob bei außerordentlichen Kalamitäten die „Regierung“ oder die „Unterthanen“ die nächste Pflicht zur Aushülfe der Noth haben. Wir nehmen die Regierung zunächst dafür in Anspruch, sofern der Staat die Pflicht hat, mindestens für die Existenz seiner Glieder zu sorgen, wie das auch schon im Januarheft d. Bl. bei der Besprechung der Bekanntmachung des Oberpräsidenten von Westphalen ausgeführt wurde. Um nun dem „Wohlthätigkeitsinn der Lipper“ Gelegenheit zu geben, sich thätig zu äußern, fordert das Cirkular sämtliche Obergkeiten auf, in Verbindung mit den Predigern Vereine zu bilden und durch deren Mitthülfe „den Umfang des Unterstützungs-Bedürfnisses zu ermitteln und die zu dessen Aushülfe nach Maßgabe der Dertlichkeit anzuwendenden Mittel zu bestimmen.“ Man hätte „Obergkeit und Prediger“ nicht von vornherein als Leiter an die Spitze dieser Vereine stellen sollen; das ist ein großer Mißgriff. Der Bürger strebt überall, sich der übergreifenden büreaokratischen und geistlichen Bevormundung zu entziehen; deshalb würde ein selbstständig von den Bürgern gebildeter freier Verein viel lebendiger sich entfalten und umfassender wirken, als diese, die unter „Direktion der Obergkeit und Prediger“ gebildet werden sollen. Die Regierung hätte nicht vergessen sollen, mit welcher Begeisterung man vor 2 Jahren bei uns und namentlich in Preußen überall an die Bildung von solchen selbstständigen Vereinen ging, wie die Begeisterung erlahmte, als man die Selbstthätigkeit beschränkte. Zudem werden Viele durch die, gleichviel ob begründete oder unbegründete, Furcht, die Vereine dem überwiegenden Einfluß büreaokratischer und pietistischer Elemente preisgegeben zu sehen, sich von ihnen fern halten. Wir wünschen ihnen indessen den besten Erfolg. Wir stimmen der Regierung im Allgemeinen ganz bei, wenn sie den Vereinen empfiehlt, ihr Augenmerk besonders auf die „Beförderung von Wegebauten, auf Verabreichen von Flachs zum Spinnen (der Verdienst der Spinner ist nur so gar gering!), auf die Beschaffung billigen Brodkornes, auf Gründung gemeinschaftlicher billiger Speisung“ zu richten. Wenn sie aber sagt: „Verabreichung von baarem Almosen muß von den zu treffenden Maßregeln ganz ausgeschlossen bleiben und ist diese da, wo sie nöthig werden sollte, den bestehenden Orts- und Gemeinde-Armenkassen zu überlassen,“ so können wir uns damit nicht ganz einverstanden erklären. Aus den Gemeinde-Armenkassen werden gewöhnlich nur die Arbeitsunfähigen unterstützt und diese Unterstützung reicht nur in gewöhnlichen Zeitläufen zur nothdürft-

tigsten Triftung des Lebens aus. Bei außergewöhnlicher Noth muß also auch diesen Armen weitere Unterstützung gewährt werden, da die Armentassen selten mehr zu verwenden haben, als sie schon in gewöhnlichen Jahren verausgaben. —

Lassen Sie mich Ihnen zum Schluß noch eine anscheinend unbedeutende Angelegenheit mittheilen, welche gleichwohl zu unseren gegenwärtigen Verhältnissen einen erläuternden Kommentar liefert.

Die Tagelöhner in Detmold wandten sich in einer Bittschrift an die Einwohner dieser Stadt, in der sie dieselbe um Ertheilung von Arbeit bitten; diese Bittschrift lautet wie folgt: „An alle Gutdenkende, die uns Tagelöhnern bei den jetzigen schweren Zeiten helfen wollen. Lassen Sie sich eine Bitte vortragen. Wir wollen gern das liebe Brod mit den eigenen Händen verdienen in dieser theuren Zeit, und nicht unsern Mitbürgern zur Last fallen — weil das durch Arbeit verdiente Brod am besten schmeckt — so weit wir es können. Wir wollen also hiermit gehorsamst bitten, daß Sie, geehrte Einwohner von Detmold, uns den Tagelohn gönnen möchten, für Holz, Sägen und Klauen, für Mistfschieben, Futterschneiden und sonst vorkommende Arbeiten, im Akkord oder im Tagelohn. Wenn der Lohn aber zu hoch sein sollte bei diesen theuren Zeiten und die Arbeit würde noch wohlfeiler begehrt, so wollen wir thun, was wir können, damit **wir nur Arbeit** bekommen; aber wir müssen auch davon leben können. Nun sind wir aber übereingekommen, mehre zusammen zu arbeiten, damit Alles geschwind gehe, besonders bei dem Holze. Das soll immer in einem Tage ganz fertig und an Ort und Stelle sein. Auch wollen wir Unterschriebene besonders Sorge tragen, daß die Arbeit immer schnell und gut und ordentlich geschieht; und wenn wir, nämlich einer von den Unterschriebenen, oder einer der Andern, bestellt werden, so sorgen wir gleich für Helfer bei der Arbeit, so weit es nöthig ist, kommen sogleich, wie es verlangt wird, und werden immer zur rechten Zeit fertig sein. So bitten wir denn freundlich, und fragen an, ob wir hoffen dürfen, daß Sie uns Ihre Arbeit werden zukommen lassen, damit wir in dieser theuern Zeit und bei der großen Wintertälte uns und Frau und Kinder vor Hunger und Frost schützen möchten. Der liebe „Gott“ wird Sie dafür segnen! Detmold, den 25. Januar 47. Im Namen aller Tagelöhner.“ — Diese Bittschrift ist nicht ohne Erfolg geblieben: die Tagelöhner wurden auf entsprechende Weise beschäftigt und sind doch hierdurch in den Stand gesetzt, wenigstens nicht hungern zu brauchen. Aber den gesellschaftlichen Zustand, in dem der Mensch um Arbeit bitten und betteln muß, können wir nicht loben, indem wir einmal glauben, daß jeder Mensch ein Recht auf Arbeit habe und die Gesellschaft dieses Recht und die Möglichkeit, darauf seine Existenz zu gründen, garantiren müsse. —

X.

(Sprockhövel, im Februar.) Zu den trüben Erscheinungen der Gegenwart kann auch unsere Gegend ihren Beitrag liefern. Armuth und Elend, mit dem Verbrechen im Gefolge, sind hier alltägliche Erschei-

nungen. Wir wollen die Thatsachen sprechen lassen. Im Gerichtsbezirk Hattingen mit circa 10,000 Seelen werden durchschnittlich ein Drittheil aller Diebstähle verübt, die im Regierungsbezirk Arnberg zur Anzeige kommen. Ueber 140 Personen sollen in dem genannten Gerichtsbezirk unter polizeilicher Aufsicht stehen, und dieß sind meistens Familienväter. Es giebt hier ganze Gemeinden, welche dem Elende preisgegeben sind. Die Gegenden, welche vor einigen Jahrzehnten noch mit Waldungen bedeckt waren, sind jetzt in so viele kleine Ansiedelungen getheilt, daß es für die Bewohner eine reine Unmöglichkeit ist, sich darauf zu ernähren. Die Schwierigkeit, anderswo ihren Unterhalt zu erwerben, da schon der bloße Ruf, aus jenen Distrikten zu stammen, hinreicht, sie bei ihren Mitmenschen verdächtig zu machen, hindert ihre Auswanderung in andere Gemeinden, und so werden hier ganze Generationen durch unglückliche Verhältnisse der Armuth und dem Verbrechen überliefert! — In harten Wintern und bei Theuerungen nehmen diese Menschen für die umliegenden Derter eine drohende Haltung an. Vor einigen Jahren wurde zum Schutze gegen dieselben Militär hierher verlegt, und seit vorigem Herbst liegen hier abermals Jäger von Düsseldorf. Die Diebereien werden dadurch größtentheils verhindert, nicht aber die Armuth. Schaaren von Bettlern beweisen dieß. Es ist durchaus nichts Seltenes, daß sich täglich 20 bis 30 dieser Unglücklichen an den Thüren zeigen. Die hohlen blassen Gesichter deuten nur allzu klar den nagenden Hunger an. Durch die ungeheuren Unterstützungen werden auch die übrigen Gemeinden dem Ruine entgegen geführt. Der Unterstützten werden täglich weniger, die Zahl der Dürstigen mehrt sich dagegen mit reißender Schnelligkeit. — Auch den Verlust eines Menschenlebens haben wir zu beklagen. Die Jäger haben einen Menschen, der sich, nach Aussage derselben, seiner Verhaftung widersetzte, erstochen. Einzelne mörderische Angriffe auf die Jäger, die vielleicht auch nicht sehr human verfahren, zeugen von der unter jener Klasse von Menschen gegen sie herrschenden Erbitterung. — Im verfloffenen Jahre nahmen die Diebereien eine andere Gestalt an. Haufen von 10 bis 15 Menschen durchzogen des Nachts die Gegend, und forderten auf den einzelnen Gehöften ein gewisses Quantum an Lebensmitteln oder Geld. Die meisten Bewohner gaben das Verlangte, nur auf einigen Stellen wurden sie durch Flintenschüsse vertrieben. Es war freilich von der Bitte zur Gewalt nur ein Schritt, und daß die „Brodkerle,“ wie man sie nannte, auch hierzu wohl den Muth gehabt hätten, lassen die ausgestoßenen Drohungen vermuthen. Der gelinde Winter und öffentliche Arbeiten, welche den Leuten Beschäftigung gaben, verhinderten weiteres Unglück. — Es ist nicht abzusehen, wohin diese Zustände führen werden. Ihre Lösung wird leider von Tage zu Tage schwieriger, weil die Hülfquellen mehr und mehr versiegen. —

(Leipzig, im Februar.) Bei der Verschiedenheit menschlicher Charaktere muß ein Prinzip in der mannichfaltigsten Weise den Sinn zu beschäftigen und den Verstand zu überzeugen suchen. Vermöge der Gewohnheit oder des Bildungsgrades lassen sich die Einen mehr von dieser Darstellung, die Andern mehr von jener gewinnen; während Diesen die

Poesie mehr anzieht, reizt Jenen mehr die nüchterne Anschauung der Dinge. Freilich ist die ausschließliche Annahme des Einen nur eine krankhafte Stimmung, welche die einseitige Erziehung der heutigen Welt hervorgerufen; denn für harmonisch Gebildete macht die Schale, in welcher die Wahrheit verborgen liegt, keinen Unterschied. Das schließt indeß noch nicht aus, daß man der einen Darstellungsweise vor der andern einen Vorzug gewährt. Sie wundern sich vielleicht über diese Einleitung: ich möchte auf ein Journal die Aufmerksamkeit Ihrer Lehrer wenden. Mit Neujahr hat die seit einem Jahre in Breslau (bei Trewendt) erscheinende Monatschrift „Volkspiegel“ eine freiere Meinung, eine frischere Farbe angenommen. Die neue Redaktion (Dr. Pinoff) fühlt „eine besondere Neigung für das menschliche Leben und für die menschliche Gesellschaft,“ deren Interessen von ihr mit Aufopferung ihrer selbst wahrhaft beschützt werden sollen. Leitende Artikel setzen uns „über die mannichfaltigsten Erscheinungen des Lebens, sowohl auf dem Gebiete der Natur im Allgemeinen, als auf dem der menschlichen Gesellschaft im Besondern“ in Kenntniß, erweitern unsern „Ideengang über das Bestehende“ und erwecken und kräftigen unser „Urtheil über die in unserer Zeit so häufig auftauchenden Vorfälle der verschiedensten Art.“ Der „Volkspiegel“ wird ferner die Leser auf die guten literarischen Produktionen hinweisen und von den schlechten abführen, zugleich aber auch Aufschluß geben „über den Standpunkt eines oft verkannten, oft überschätzten oder zu wenig gewürdigten Schriftstellers,“ ohne Schonung. Er zeigt den ernststen Willen dazu schon in dem 1. Hefte durch eine treffende Kritik des Auerbach'schen „Schrift und Volk,“ welche die Phrasenhaftigkeit dieses „Volkschriftstellers“ in das hellste Licht stellt. Der „Volkspiegel“ wird durch eine geordnete Mittheilung die Geschichte des Tages seinen Lesern vorführen und „sich somit an dem öffentlichen Leben direkt betheiligen.“ Korrespondenzen sollen „das bis jetzt vereinzelte Interesse der Zeitbestrebungen zu einem allgemeineren“ machen, leichtere kleinere Arbeiten die ernste Seite des Lebens mit der heitern verbinden und so das Gemüth nach beiden Richtungen hin versöhnen. Erzählungen und Novellen sollen in einem besondern „Volksaschenbuche,“ welches vierteljährlich gratis beigelegt wird, ihre Stelle finden. Sehen wir, was der „Volkspiegel“ über die Politik, Verfassung, Geschworne, freie Presse, Preßgesetz und dgl. sagt: „Wir sind überzeugt, daß in den Staaten, in welchen diese freien Institutionen bereits vorhanden sind, die Freiheit des Menschen noch immer nicht zur Geltung gebracht worden, daß in diesen Staaten durch das Streben nach politischer Freiheit noch nicht die wahre Freiheit errungen ist.“ Die Aufsätze des 1. Hefstes lassen sehr viel erwarten, ich nenne hier nur die einzelnen Titel: „Das Verbrechen, die Strafe und das Gefängniß.“ — „Ein Zeichen unserer Zeit (religiöser Wahnsinn).“ — „Das Urtheil der Geschwornen in dem Kasettenprozeß.“ — „Frankreich, die äußere Lage der arbeitenden Klassen.“ — „Ueber Wettererscheinungen.“ — „Freipresse. Monolog des scheidenden Jahres 1846. Prophezeiungen auf das Jahr 1847. Wie Cäsar Bombastus Neunauge aus einem flotten Burschen ein ehrsammer Philister wird. Beitrag zur Charakteristik der Gymnasialdisziplin,“ u. s. w. Die obenerwähnte Kritik, der Monolog und die Prophezeiungen gehören zu dem Besten, was ich seit

elniger Zeit in der periodischen Presse gelesen. Glück auf dem neuen Mitkämpfer!

Am 14. Februar wurde im Schützenhause eine von 1200 Personen besuchte Versammlung abgehalten, und eine Adresse mit fast 800 Unterschriften an die Stände erlassen, welche die Kompetenz des außerordentlichen Landtages geradezu leugnet und die Zusammenberufung eines ordentlichen fordert. Nachdem der Landtag schon vier Wochen herumdebatirt, verlieren die hiesigen Radikalen, Blum an der Spitze, durch eine so natürlich ganz wirkungslose Demonstration ihre Zeit. Anstatt dessen sollten sie sich lieber um die noch immer steigende Noth ihrer Mitbrüder bekümmern, denen der konstitutionelle Landtag so oder so ohne Nutzen bleibt. In vier Wochen haben nun die Herrn Vertreter so viel Worte gemacht, daß die Mittelbürger und der „gemeine“ Mann mit Recht die drei Thaler täglichen Salairs als rein zum Fenster hinausgeworfen ansieht. Die steigende Noth hat selbst der Minister, Herr von Falkenstein, anerkannt; doch mit bloßen Worten läßt sich kein Elend abpeifen, keine Thräne trocknen. Daß das „Volk“ einen Anspruch auf Theilnahme, auf Besserung seiner Lage hat, scheint den deutschen wie französischen Geldaristokraten nie in den Sinn gekommen zu sein.

(Zürich, den 10. Febr.) Obgleich ich, geehrtester Hr. Redaktor, mir kaum schmeicheln darf, im gegenwärtigen Augenblick, in dem der erste Rausch des Entzückens über die so lang, so sehnlich erwartete, und endlich so großmüthig verliehene Verfassung noch nicht verflogen sein wird, ein geneigtes Ohr bei Ihnen und Ihrem werthen Publikum zu finden, wenn ich Sie von unsern Händeln, von unserm belebten, wenn schon vielfach zerrissenem Treiben zu unterhalten mich bemühe, — wenn ich Ihnen davon rede, wie wir auf einer Pulvermine stehen, welche der kleinste Funken plötzlich in die Luft sprengen kann, während Sie in stiller Seligkeit über den zu vereinigenden vereinigten Landtag nachsinnen, während Ihre Brust in patriotischem Selbstgefühl höher schwillt, daß auch Preußen endlich die Bahn des Konstitutionalismus betreten, — so wage ich es doch, einen Miston in diese reine Harmonie zu bringen, und Ihrer Nachsicht vertrauend Ihnen von einem regsamen und braven Völklein zu berichten, welches herzlose Egoisten und ehrfurchtige Parteimänner an den Rand des Bürgerkriegs gedrängt haben. Das ist — man verhehlt es sich nicht mehr — das ist die gegenwärtige Lage der Schweiz, wogegen man über die möglichen Folgen eines solchen Bürgerkrieges — Intervention, „Vertrauerung“ — gern noch hie und da ein Auge zudrückt, und das oft citirte Beispiel des Vogels Strauß repetirt.

Bekanntlich schlossen vor einiger Zeit die 7 katholischen Kantone Schwyz, Uri, Unterwalden, Zug, Luzern, Freyburg und Wallis den s. g. Sonderbund, ein bundeswidriges Schuß- und Truchbündniß, angeblich zur Wahrung der kantonalen Unabhängigkeit und zum Schutze der katholischen Religion, — in Wahrheit aber ein meuterisches Bündniß in der Absicht, sich Beschlüssen der Tagsezung nöthigenfalls mit Waffengewalt zu widersetzen, um so lieber eine Intervention des Auslandes, lieber den Un-

tergang der Eidgenossenschaft herbeizuführen, als ihre auf Unwissenheit und Fanatismus gegründete Herrschaft über das biedere, aber misleitete Volk auf's Spiel zu setzen. So erklärten einzelne Gesandte von sonderbündischen Kantonen offen an der letztjährigen in Zürich versammelten Tagsatzung, ihre betreffenden Stände würden sich einem Zwölferbeschlusse (Die Mehrheit der Kantone = 12) der Tagsatzung über Ausweisung der Jesuiten nicht fügen. Sie gingen noch weiter: sie erklärten, sich allen den (mit Mehrheit gefassten) Beschlüssen der Tagsatzung, die ihrer Ansicht nach gegen den Wortlaut oder Geist des Bundesvertrages gingen, offen und mit Gewalt widersetzen zu wollen; — also offenbare Bundesanarchie! Eine Minderheit nimmt es sich heraus, der authentische Interpret des bindenden Vertrages zu werden, welche Unmaßung! Was würde die erlauchte Bundesversammlung zu Frankfurt a/M. etwa dazu sagen, wenn eines oder mehrere ihrer Mitglieder einem in aller Form gefassten, rechtsgültigen Beschlusse nicht nachzukommen gedächten? z. B. gewisse muthwillig dem Nachbar vor die Thür geworfene Steine nicht wieder wegzuräumen? Sie würde ohne Zweifel einfach Exekution anordnen, — und das ist eben auch die Ansicht der entschiedenen Liberalen der Schweiz. Nach ihrem Dafürhalten soll man den Sonderbund trotz seiner militairischen Rüstungen und Prahlereien unangefochten lassen, so lange er auf dem Papiere besteht; sobald aber eine Mehrheit von 12 Stimmen auf der Tagsatzung die Auflösung desselben erklärt hat, und sobald dann der Sonderbund sich Beschlüssen der Tagsatzung zu widersetzen die Miene macht, oder überhaupt nur durch Handlungen seine Existenz beurfundet, alsdann soll unverzüglich von der Tagsatzung militairische Exekution angeordnet werden, um die Widerspenstigen zu ihrer Pflicht zurückzuführen.

Wir wollen nun sehen, welche Chancen eine solche Exekution für sich hätte mit Rücksicht auf die Mittel, welche dem Sonderbund, und auf die, welche der übrigen Schweiz zu Gebote stehen; vorher nur noch wollen wir kurz den Irrthum berichtigen, der häufig vorgebracht wird, als habe der Sonderbund sich in Folge der Freischaaren, um sich gegen erneute Angriffe derselben zu vertheidigen, gebildet. Der Sonderbund wurde schon im Herbst 1844, als noch Niemand an Freischaaren dachte, und zwar in einer geheimen Zusammenkunft im Bade Rothen Kt. Luzern gestiftet, wie die vom Prof. Herzog publizirten, nicht widersprochenen Statuten desselben klar erweisen. — Werfen wir nun einen Blick auf die Karte: 5 der Sonderbundkantone liegen wohl arrondirt im Herzen der Schweiz (Schwyz, Uri, Unterwalden, Zug und Luzern), daran schließt sich, durch den Furkapass mit Uri zusammenhängend, nach Südwesten bis zum Genfersee sich erstreckend, das Wallis; gesondert von diesem Komplex liegt, von Bern und Waadt umfaßt, Freiburg im Westen, zusammen eine Bevölkerung von 400,000 Einwohnern, etwas weniger als der einzige Kt. Bern enthält. Diese Bevölkerung ist zum Theil stark fanatisirt, die ganze waffenfähige Mannschaft ist militairisch organisirt, ihre Führer sind einig, thätig und geschickt, ein gemeinsamer Kriegsrath, an dessen Spitze als General der eidg. Oberst*) Emanuel von Salis-Soglio steht, bringt Plan und Ein-

*) er soll dem Vorort seine Demission als eidg. Oberst eingereicht haben.

heit in das Ganze, die 3 Urkantone und Wallis sind mit einer Schutzwehr von mächtigen Bergen gegürtet, — in der That eine nicht unansehnliche Macht, trotz ihrer geringer Kopfzahl. Ihre schwache Seite wäre die offene Lage von Zug, Luzern und Freiburg, die liberalen Elemente in diesen drei Kantonen wie in Schwyz und Unterwallis, und endlich — die Uebermacht und das gute Recht der Gegner. In weitem Kranze schlingen sich die liberalen Kantone rings um die sonderbündischen zusammen, bis auf das etwa 2 Meilen breite oberste Rhonethal, welches Wallis mit Uri verbindet, Bern und Tessin von einander trennt. Diese Kantone — Genf, Waadt, Bern, Baselland, Solothurn, Aargau, Zürich, Schaffhausen, Thurgau, Appenzell-Außerrhoden, Glarus, Graubünden und Tessin — haben zusammen eine Bevölkerung von 1,580,000 E., deren ungeheure Mehrheit entschieden dafür ist, dem sonderbündischen Treiben ein Ende zu machen, die mit Begeisterung gegen die jetzige Regierung von Luzern namentlich in's Feld rückte, falls die Tagsatzung es geböte. Neben diesen beiden Hauptparteien, die jeden Augenblick bereit sind, auf einander zu stoßen, finden wir noch 2 ganze und 2 halbe Kantone, welche durch die Macht der Umstände gezwungen sind, sich neutral zu halten; es sind die: das preussische Fürstenthum Neuenburg, das durch vollständige Gleichheit der Parteien in sich paralytirte St. Gallen, das kleine, katholische Appenzell-Innerrhoden (kaum 10,000 E.) und der in seine Verfassungsrevision verwickelte Halbkanton Baselstadt, zusammen mit 250,000 E., eine zwar nicht bedeutende Zahl; allein dennoch sind Aller Augen auf St. Gallen und Baselstadt gerichtet; denn durch den Beitritt auch nur eines von diesen beiden Ständen wäre für die nächste Tagsatzung ein Mehrheitsbeschluß von 12 Stimmen gegen den Sonderbund und gegen die Jesuiten zu erwarten! Ob Baselstadt, welches den ersten oppositionellen Sturm durch die Verfassungsrevision klug abzuleiten verstand, es auf einen zweiten Sturm ankommen lassen wolle, bleibt dahingestellt; dergleichen, ob bei den nächsten Wahlen in St. Gallen die Liberalen oder die Ultramontanen siegen werden, oder ob sich dort eine Mittelpartei, zu der jedoch nicht viel Elemente vorhanden sind, bildet, welche bald mit der einen, bald mit der andern Partei stimmt, um die Herrschaft der Extreme zu vermeiden. Im Ganzen läßt sich nur sagen, daß die Liberalen hier vor der Hand nicht viel Terrain erobern werden.

Aber, werden Sie fragen, sehen denn die Führer des Sonderbundes dieses offenbare Mißverhältniß, diese Ueberlegenheit der Gegner nicht ein? Sind sie etwa nur deshalb so zuversichtlichen Tones, weil sie fremder Hilfe gewärtig sind? Allerdings! das ist es, was diese Partei als Partei des Auslandes brandmarkt; das ist aber auch der Punkt, der zuletzt die Redlichen aller Parteien um das eidgenössische Banner scharren wird. Die Führer der Sonderbunds suchen — wir wollen es offen sagen — sie suchen den Bürgerkrieg anzufachen, durch diesen die Intervention des Auslandes herbeizuführen, um so die schweizerische Freiheit in den Trümmern der Eidgenossenschaft zu begraben; die Sonderbundskantone könnte man dreist als abschreckendes Exempel bestehen lassen, es würde sich gewiß kein Volk verleiten lassen, ihrem lockenden Beispiele zu folgen. Indessen so weit sind wir noch nicht, die liberale Schweiz ist kein wehrloses Krakau;

sie hat ihre Berge, ihre zahlreiche, wohlgeübte, waffenfähige Mannschaft, welche den Ruhm altschweizerischer Tapferkeit aufrecht zu erhalten wissen wird, wenn's sich um Vertheidigung des väterlichen Heerdes handelt, — sie hat ferner für sich die Eifersucht der großen Mächte unter einander, und — sollen wir nicht auch die Sympathie der Völker und das Bewußtsein einer guten Sache mit in Anschlag bringen? Wie dem auch sei: ist einmal ein Zwölferbeschluß gegen Sonderbund und Jesuiten zu Stande gekommen, so sorge die Tagsatzung nur für prompte Exekution, und weder Siegwart's Auslandspolitik, noch B. Meyer's verbissener Ingrim, noch Don Quixote-Myberg's und Fährnich Pistol-Courten's Maulheldenthum werden es verhindern, Beschlüsse zur Ausführung zu bringen, welche drei Vierteltheile der schweizerischen Bevölkerung für sich haben. Sieht dann das Ausland, daß die Tagsatzung sich kurz und bündig, wie anno 1833, Gehorsam zu verschaffen weiß, so wird es sich wohl vor einer Intervention hüten, kennt man doch nicht die Tragweite des ersten Kanonenschusses, der in Europa wiederhallt! Würde hingegen die Tagsatzung nicht die nöthige Energie besitzen, einmal mit Mehrheit gefasste Beschlüsse auch durchzuführen, so wäre damit die Trennung der Schweiz in zwei einander feindliche Theile besiegelt, und das lose Band, welches jetzt noch die Kontone an einander knüpft, würde den allgemeinen Zerfall nicht aufhalten. Hoffen wir im Interesse der Freiheit, daß ihre Hochburg im Centrum Europa's nicht schmäählich Preis gegeben werde, und daß Einheit und Kraft in den Beschlüssen der nächsten Tagsatzung zu finden sei!

Ein zweiter Punkt, der die ganze Schweiz betrifft, der Alle mit Besorgniß erfüllt, ja der sogar für den Augenblick vor den politischen Wirren in den Vordergrund tritt, ist die herrschende Theuerung. Wir hätten ohnehin Mühe genug gehabt, uns bis zur nächsten Ernte durchzuwinden, und nun kommen noch unsere lieben Nachbarn von allen Seiten mit Zöllen und Ausfuhrverboten von Lebensmitteln, so daß wir unsre liebe Noth haben werden. In den meisten Kantonen haben jedoch Regierungen, Korporationen und Privaten bei Zeiten für den Ankauf von ziemlichen Quantitäten Korn, Weizen, Reis und Mais gesorgt, die jetzt namentlich dem bedürftigen Publikum zu billigen Preisen wieder abgelassen werden: auch ist ein sehr reger Wohlthätigkeitsinn fast durchweg in den begüterten Klassen lebendig, am Meisten — zum Ruhme sei es ihnen gesagt — in den alten wohlhabenden städtischen Familien (ich rede hier nur vom Kt. Zürich), am Wenigsten — wie überall — bei den Glückspilzen der Industrie; ferner besitzt die Schweiz, mit nur wenigen Ausnahmen — eine ausgezeichnete Gemeindeordnung, so daß für die Gemeindeangehörigen immer nach Kräften gesorgt wird, und endlich ist fast überall hinreichender Verdienst, theils in der Industrie, theils bei Eisenbahnen u. s. w. Nur einzelne Gegenden, wie einige Dörfer im östlichen Theile des Kt. Zürich, besonders Fischenthal und Sternenberg, machen hiervon eine Ausnahme. Die Leute dort haben sich von der bei ihnen eingeführten Baumwollhandweberei leider noch nicht los machen können; ob wirklich durch ihre Trägheit und Unbeholfenheit, wie die Fabrikanten behaupten, muß ich dahin gestellt sein lassen; wahr ist es, daß einige Versuche, die in den andern Theilen des Kantons blühende Seidenweberei, und aus dem benachbarten

gewerbfleißigen Toggenburg (Kt. St. Gallen) herüber die Mouffeline- und Battistfabrikation dort einzuführen, an der Indolenz der Bewohner gescheltert sind. Doch das kann für den Augenblick natürlich nicht in Berücksichtigung kommen; genug die Gemeinden sind in Noth und müssen unterstützt werden, weil ihre eigenen Mittel nicht mehr hinreichen. Die Regierung von Zürich hat deswegen auch in diesen Tagen eine Abordnung aus ihrer Mitte nach jenen Gegenden geschickt, um genauere Berichte einzuziehen. Wahrscheinlich wird der am 15ten dieses zusammentretende Gr. Rath eine außerordentliche Vermögenssteuer beschließen, um die durch die Umstände gebotene Unterstützung einzelner Landestheile bestreiten zu können.

Vor einiger Zeit machte die Ausweisung Heinzen's aus Zürich viel von sich reden. Die Sache verhielt sich folgendermaßen: als die wegen Unterhandlung über den neuen Getreidezoll nach Süddeutschland abgeschickten Herren Näf und Gonzenbach in München dem Hrn. v. Abel ihre Aufwartung machten, soll dieser sich sehr über den von Heinzen verfaßten „Tribun“ beschwert und darüber geklagt haben, daß man dergleichen in der Schweiz dulde. Was würde wohl ein englischer Delegirter erwiedert haben? Indessen wir wollen billig sein, die Schweiz ist kein England, und hat Rücksichten zu nehmen; aber wie! wenn die Ehre mit letzteren in Konflikt geräth? Genug die Herren Kommissarien, in der Hoffnung, durch größte Willfährigkeit alle Schwierigkeiten zu ebnen, berichteten rasch nach Zürich, der dortige Polizeirath war so glücklich, ein Exemplar des „Tribuns“ aufgabeln zu können, und wie die Neue Z. Ztg. insinuirte, standen so schauderhafte Sachen darin von Revolution und Fürstenmord, daß die Regierung von Zürich Heinzen ohne Weiteres das Asyl aufkündigte. Heinzen wandte sich nach Baselland und Bern, um dort bleiben zu dürfen — umsonst, ein Kreis Schreiben Zürichs hatte so gegen ihn eingenommen, daß er selbst in diesen demokratischen Kantonen keinen Aufenthalt fand; doch gestattete man ihm in Bern zu bleiben, bis seine Familie angelangt sei. In einem dort bei Jenni erschienenen Schriftchen — „meine Ausweisung aus Zürich“ — beleuchtete Heinzen die ihm in den Zeitungen gemachten Vorwürfe; er bekennt sich offen als Republikaner und Revolutionair, weist aber die Idee des Fürstenmords mit Laune und Indignation zurück; nebenbei geißelt er scharf die Indiskretionen des Hans Marr (der sich selbst Marr nennt), und sagt, er wolle nicht in denselben Fehler verfallen; wirklich ist sein Ton auch ganz gehalten, wenn er von der Zürcher Regierung spricht; er giebt zu, daß sie unter den gegebenen Umständen ihn nicht wohl habe länger dulden können; nur beklagt er sich darüber, daß man ihm vorher keinen Wink gegeben hätte, damit er ohne Aufsehen hätte abreisen können. Ref. kennt Jemanden, den gerade die obigen Marr'schen Indiskretionen davon abgehalten haben, Heinzen diesen Wink zu ertheilen, weil er sich nicht für sicher hielt, von Heinzen, den er persönlich nicht so genau kannte, Aehnliches zu befahren.

Einen großen Verlust hat die deutsche Emigration in Zürich durch den am 29. Januar erfolgten Tod der Frau Karoline Schulz daselbst, Wittin des politischen Schriftstellers Dr. W. Schulz, erlitten; durch ihren sinnigen, gemüthlichen Geist hat sie oft widerstrebende Elemente zusammen-

gehalten, bis die trennenden Gewalten auch ihr zu mächtig wurden; für Ihre Leser bemerke ich, daß sie die Karoline S. ist, der Herwegh seine Gedichte gewidmet hat. — Ihrer Leiche folgten die meisten Deutschen in Zürich und die angesehensten Zürcher, beide Bürgermeister und mehrere Regierungsräthe an der Spitze. Es war da wieder wenig von dem famosen „Fremdenhaß“ der Schweizer zu erblicken, mit dem es überhaupt gar nicht so gefährlich ist, wie einige besonders dünngehäutete Landsleute vermeinen. Es wird sich gewiß überall, in allen Ländern die Erscheinung wiederholen, daß da, wo fremde Einwanderer durch Anzahl, Stellung, Kenntnisse u. s. w. sich Einfluß erwerben, sich eine feindliche Partei bilden wird, die ihnen diesen Einfluß beneidet, oder sie haßt, weil sie die gegnerische Partei unterstützen. So in der Schweiz, in Amerika und überall. Man läßt sich die Dienste der Fremden gefallen, und greift die auf der gegenüberstehenden Seite befindlichen Ausländer mit allen möglichen Mitteln an, gerade wie die Landsleute der gegnerischen Partei. Von wirklichem Fremdenhaß könnte man doch nur dann reden, wenn Fremde in dieser ihrer Eigenschaft als Fremde gehaßt würden; davon ist mir aber — ich lebe nun über 12 Jahre im St. Zürich — kein Beispiel bekannt. Zum Belege dafür, daß auch Fremde Schutz bei der schweizerischen Presse finden, will ich das Organ des Zürich. Schullehrerstandes, den „liberalen Schulboten,“ reden lassen. Die Bülkli-Zeitung in Zürich, eine Kloake des gemeinsten Zopfthums, hatte bei Anlaß des zwischen der Berner Regierung und dem Prof. W. Snell obschwebenden Vertrages geäußert: „die fremden Vögel haben die Schweiz schon vieles Geld gekostet, und werden sie, wenn nicht Alles trägt, noch mehr kosten.“ Der Schulbote führte der Bülkli-Zeitung zu Gemüth, daß das Schweizervolk es ist, welches jetzt noch Tausende von Gemeinen und Hunderte von Offizieren im Solde des ausländischen Despotismus stehen hat, welches Hunderte von industriellen und kommerziellen Etablissements im Auslande hat, welches Legionen von Informatoren und Gouvernanten in's Ausland sendet, welches jedes Jahr enorme Summen von fremden Reisenden bezieht. Er sagt ferner: „wir kennen wenig Fremde, die sich in der Schweiz Schätze gesammelt hätten; aber eine seit Jahrhunderten sich tausendfach wiederholende Thatsache ist es, daß Schweizer von den Gütern, die sie im Auslande sammelten, sich in der Heimath gütlich thaten, oder von Pensionen zehrten, die ihnen vom Auslande bezahlt wurden. Nebenan kennen wir kaum etliche schwer mißhandelte, ungerecht verstoßene Lehrer, die von Schweizern etwas bezügen, oder, wie sie sich in pöbelhafter Nothheit ausdrücken, von Schweizern „gefüttert“ würden. Auf ganz ähnliche Weise nahm auch einmal der verstorbene Bürgermeister Hirzel die Fremden in Schutz, als die Gegenpartei über sie herfiel, und überhaupt ist das die Ansicht aller Derer, die keinen Ueberfluß an Galle und keinen allzugroßen Mangel an Einsicht besitzen.

Der neue Vorort Bern hat gut debütirt. Die Gesandten der 3 nordischen Mächte, die in gerechtem Abscheu vor einer „Freischaarenregierung“ von ihrem bisherigen Wohnort Bern nach Zürich übergesiedelt sind, hatten sich die Freiheit genommen, den Vorort an die Unverletzbarkeit des aus den Wiener Verträgen hervorgegangenen Bundesvertrags zu erinnern, und

damit die Drohung zu verbinden, Bern nur so lange als Vorort anzuerkennen, als es seinen Bundespflichten nachkomme. Bern hat darauf, ohne, wie eine Minderheit wollte, an Krakau zu erinnern, würdig und gemessen eine so ungewöhnliche Sprache bedauert, und den Gesandten bedeutet, daß darüber, ob der Vorort bundesgemäß handle oder nicht, einzig der Schweiz selbst ein Urtheil zustehe, und sich deshalb dergleichen Mahnungen bestens verbeten. Diese Antwort wurde durch Kreisschreiben sämtlichen Kantonen mitgetheilt, und erregte bei allen vaterländisch gesinnten Schweizern die entschiedenste Billigung; sollte man es aber für möglich halten? Die Regierung von Schwyz fand in ihrer Erwiderung an Bern nur Worte des Bedauerns, daß man sich eine solche Warnung zugezogen, da gegen kein Wort der Entrüstung über die fremde Anmaßung, über die Einmischung in innere Angelegenheiten. Braucht man noch deutlichere Beweise für die Existenz einer „Partei des Auslands?“

Die beiden Fraktionen der Bernerischen Regierung, Dachsenbein und Stämpfli, gehen nach einer momentanen Reibung wieder Hand in Hand, und das ist ihnen auch sehr anzurathen; denn Bern hat sonst Werg genug an der Kunkel: zuerst das wegen materieller Erleichterungen, Zehntablösung, Beitrag an Armenunterstützung u. s. w. entstandene Deficit von 800,000 (die Konservativen sagen 1,100,000) Schw. Fr., das man durch eine Vermögenssteuer decken muß; dann die Berufung des in keinem belggläubigen Geruche stehenden Prof. Zeller von Tübingen nach Bern — die Konservativen hofften schon auf eine zweite Auflage der Straußiade; — die vielfachen Umtriebe der Konservativen; die Unzufriedenheit in einzelnen Landestheilen, hauptsächlich im Jura; — kurz die Regierung muß vorsichtig, entschieden und fest auftreten, sie muß besonders einig sein; sonst arbeitet sie nur ihren und des Volkes Gegnern in die Hände.

Als Ueberbleibsel einer früheren Ordnung der Dinge hat Bern verträglich noch ein Regiment in Neapel, gegen dessen Obersten, den Hrn. v. Gingins, lezthin im Gr. Rathe die ärgsten Anschuldigungen laut wurden; dem wurde widersprochen; nicht widersprochen aber wurde der von verschiedenen Seiten vorgebrachten Thatsache, daß $\frac{1}{3}$ sämtlicher Sträflinge im St. Bern in jenem Regimente gedient hätten. Der Staat hält sich also selbst gleichsam eine Vorbereitungsschule für seine Zuchthäuser. —

In Freyburg sieht es in Folge jenes unsinnigen Zuges jetzt aus, wie es sich für eine feste Burg der Jesuiten paßt: in Worten und Schreiben predigt man Menschlichkeit und Milde, in der Wirklichkeit füllt man die Gefängnisse, und unterhandelt mit einem Verhörrichter Amman um Führung der Prozesse; der liberale Stadtrath von Freyburg, der sich nicht der mindesten illegalen Handlung schuldig gemacht, wird durch einen Nachspruch des Staatsrathes abgesetzt, sämtliche von ihm abhängige besoldete Stellen — gegen hundert — werden für erledigt erklärt, und dazu durchziehen Haufen von Jesuitenöglingen lärmend die Straßen, stellen sich vor den Gefängnissen auf und singen: „ça ira, ça ira! les radicaux on les pendra.“

Eine wahre Riesenlast hat sich James Fazy in Genf auf seine Schultern geladen; er, ein alter Republikaner und Revolutionair aus der Schule

Carrel's, zur Zeit der Julirevolution Unterredakteur des „National,“ und tapfer damals wie später für die Sache des Volkes kämpfend, will das Volk von Genf nicht um seine blutige Errungenschaft betrügen helfen, er will im Sinne der letzten Revolution Einführung einer konsequenten Demokratie. Der Conseil général — eine Art Landsgemeine — soll nach ihm die Regierung ernennen und über alle Aenderungen in der Verfassung abstimmen; die in Genf niedergelassenen Fremden der zweiten Generation sollen das Bürgerrecht erlangen; die Almosengünstigen sollen — wie in der Waadt — ihr politisches Stimmrecht behalten; die Glaubensfreiheit ist gewährleistet u. s. w. Obige und einige andere Punkte haben J. Fazy die meisten der hochstehenden s. g. Radikalen entfremdet, Einer nach dem Andern zieht sich von ihm zurück, die Angriffe im Gr. Rath mehren sich: er bietet aber Allem Trost, seine Energie und Gewandtheit verläßt ihn nicht, und wird ihn aufrecht halten, so lange er Rückhalt am Volke selbst hat. Bleibt ihm dieses treu, giebt es perfiden Einflüsterungen kein Gehör, so wird sich Genf's Stellung immer mehr konsolidiren; — zeigt es dagegen den geringsten Wankelmuth, so haben Fazy's Gegner Mittel genug in Händen, entstehende Parteien zu benutzen, und ihm die Zügel des Regiments zu entwenden. Ich werde mich freuen, wenn ich Ihnen das nächste Mal schreiben kann, meine Befürchtungen seien unrichtig gewesen.

* * *

(Paris, den 2. Februar 47.) Chronik. Es ist wenig geschehen seit Neujahr, und doch hat sich viel entwickelt — es ist unendlich viel geschrieben und gesprochen worden, aber alle Worte haben an dem kein Jota geändert, was kommen mußte. Frankreich hat es auf jede nur mögliche Weise versucht, in den großen europäischen Areopag einzutreten — es ist ihm nicht geglückt, als gleicher, ebenbürtiger Richter aufgenommen zu werden! Es hat sich durch die Revolution, durch die Propaganda aufdringen wollen, das Wagstück war gefährlich — es mißlang, ehe es noch seinen Höhepunkt erreicht hatte. Die Dynastie Orleans, der es nicht von heute auf morgen zu thun ist, verließ den Weg, auf dem sie so weit gekommen, sie verläugnete die Revolution und versuchte es, sich auf alten bekannten Schleichwegen in das europäische Konzert zu stellen: aber sie ward auf halbem Wege ertappt, und die politischen Folgen an sich schon unbedeutender Familienheirathen wurden im Voraus durch alle möglichen Reserven und Protestationen abgeschnitten. Große Verantwortlichkeit ohne die Hoffnung auf Gegenseitigkeit, dieß war das Resultat der orleanischen Familienpolitik. Da galt es, einen dritten Weg einschlagen: Frankreich konservativ regieren, die herrschende Klasse groß, reich und mächtig machen, alle Parteien vernichten, und ein starkes, beruhigtes, auf alle Fälle gefaßtes Frankreich den Großmächten vorführen! Da galt es, ohne allen Rückhalt die Interessen der reichen Bourgeoisie an die Politik der Dynastie schmieden, die spanische Heirathsfrage zum Probstein dessen zu machen, was man wagen könne! Durch die Einverleibung Krakau's in das Kaiserthum Oestreich haben die drei Großmächte dem konservativen Frankreich geantwortet: sein offener Bruch mit England hat es den drei Großmäch-

ten nicht näher gebracht, die Gleichgültigkeit Englands wegen Krakau's konnte Frankreich ein Fingerzeig sein! Die Isolirung Frankreichs ist das Resultat einer siebenjährigen konservativen Regierung, wie sie das Resultat der schwankenden und der unverhohlenen revolutionairen Politik war. — Mit dem entschiedenen Bewußtsein dieser Lage trat das Ministerium Guizot vor die Kammern: es hatte sich nicht mehr vor Herrn Molé, nicht mehr vor Herrn Thiers zu entschuldigen oder zu rechtfertigen — denn waren auch die Wege verschieden, so kamen doch alle drei Ministerien ohngefähr an demselben Ziele an: Graf Molé hatte die Besatzung aus Ancona zurückgezogen, Herr Thiers die Flotte nach Toulon zurückgerufen, Herr Guizot hatte Pritchard auf dem Gewissen — Die Isolirung Frankreichs vermachte jedes Ministerium dem folgenden. Auch den Parteien hatte Hr. Guizot nicht mehr zu antworten: die Radikalen und die Legitimisten hatten theils durch ihre monströse Allianz die öffentliche Achtung verloren, theils hatte sie der herrschende Egoismus in die Falle gelockt und ihre alten Erinnerungen in goldene Fesseln geschlagen. Die dynastische Opposition, wäre sie auch nicht Kopf für Kopf durch konservative Versprechungen dezimirt worden, erlag der Nichtigkeit ihrer eigenen Grundsätze und der Ambition ihrer Heerführer, die auf diesem Wege zur Herrschaft zu kommen verzweifeln mußten. Was aber schwerer war als selbst eine etwa nothwendige Rechtfertigung vor den abgetretenen Ministern oder den verschiedenen Parteien, das schien Herrn Guizot mit Recht eine Verständigung mit der Majorität, oder was unter den jetzigen Verhältnissen dasselbe ist, mit der Kammer und dem legalen*) Lande. Das Resultat dieser Verständigung war folgendes: Wir haben keine Sympathien bei den übrigen Völkern zu erwarten, aber die Klugheit und ihr eigenes wohlverstandenes Interesse wird sie abhalten, Krieg mit uns zu führen (Worte des Ministers der auswärtigen Angelegenheiten); wir haben Alles mögliche gethan, um Frankreich in sich zu beruhigen, um die Nation an die Dynastie zu knüpfen und alle Parteien sind bereit, ihre Privatpläne zu vergessen, wenn Frankreich von Außen Gefahr droht (Garnier-Pagès', Berryer's Worte). Sollte ein Krieg ausbrechen, so rufen wir den kleinen Staaten Deutschlands, Italiens und der Schweiz zu, daß wir ihre Integrität zu beschützen gesonnen sind (Bilault). Weder werden wir uns besondere Mühe geben, die Entente cordiale wieder herzustellen, noch werden wir wegen Krakau's irgend einen Schritt thun, der mehr sagt, als das, was wir bereits thaten, der über die Grenzen einer juristischen Deduktion hinausgeht. (Sämmtliche Redner der konservativen Majorität.) Die spanische Heirath war eine konservative, die Krakauer Angelegenheit eine absolute Demonstration — so lange Demonstrationen nicht in Eingriffe heutiger empfindlicher Interessen umschlagen, können wir, kann Europa noch ruhig sein; so lange das regelmäßige Spiel der Völkerbeziehungen selbst die heiligsten Interessen Frankreichs verletzt, muß es schweigen, sobald aber nur der allgeringste außerordentliche Akt in seine materiellen Interessen ein- greift — — — — —

*) Das legale Land nennt man in Frankreich die Wahlberechtigten.

Ich breche hier ab: Die politische Wahrsagerei ist ein trauriges Geschäft. Ein einziges unvorhergesehenes Ereigniß wirft die stärkste Konstellation um, ein Dachziegel kann einen Riesen erschlagen. . . wer möchte nun wagen, das vorauszusagen, was zwischen heute und dem Botum der geheimen Fonds, wo alle heute schwebenden Fragen nochmals zum Vorschein kommen werden, geschehen kann? Dieses Botum kann alle vorausgesehenen Komplikationen lösen, oder auf unlösliche Weise schürzen. Der Sommer ist im Anmarsch; wir gehen auf die — Jahreszeit zu, welche den Bataillen günstiger ist, als das Wetter im Argonner Walde anno 1792; . . . aber bekanntlich treibt auch die Julisonne noch andere Streiter auf den Kampfplatz, als uniformirte Soldaten!

Merkwürdiger Weise macht der innere Zustand von Frankreich beide Chancen, die des Krieges wie die des Friedens, gleich möglich, gleich wenig für Frankreich zu fürchten, gleich prompt zu wählen — ja noch ein Lustrumsfriebe „et la france pourra recommencer à oser,“ und Frankreich wird den Handschuh hinwerfen können. Die Befestigung von Paris und der meisten größeren Provinzialstädte ist vollendet; Bourges ist vollgestopft mit Munition und Belagerungsgeschütz für die Pariser Fortifikationen; in den letzten drei Jahren wurde Pulver genug fabrizirt; um 5 volle Jahre Krieg führen zu können, wurden 2000 neue Kanonen gegossen, die Cavallerie um 16,000 Pferde vermehrt, und ein Regiment ums andere nach Algier ins Feuer und in eine höchst beschwerliche Kriegsschule geschickt. Die großen Eisenbahnlinien sind vollendet oder der Vollenbung nahe, um mit Blitzeßschnelle die Heeresmacht an die Landesgrenzen werfen zu können, das Centralisationsystem ist seiner Sache so gewiß, daß drei Wochen, nachdem der Befehl des Kriegsministers sein Kabinet verlassen, neben den präsenten 350,000 Mann geübter Soldaten eine eben so große Masse von Rekruten dasteht, für welche bereits die Flinten und weißen Waffen vorrätzig in den Arsenalen liegen — und französische Rekruten schießen kaum schlechter, als hindostanische Parabetruppen! Aber trotzdem verlangen große Staatsmänner für Frankreich noch volle fünf Jahre den Frieden, um sich mit Sicherheit schlagen zu können — wie hoch schlagen diese Voraussehenden die Kraft des ihnen begegnenden Europa's an — wird man ihnen diese Frist vergönnen? — — —

Die große Theuerung hat im Ganzen wenig (?) Anordnungen hervor gebracht. Wo es der Regierung geglückt ist, die einzelnen Provinzen mit hinein in die allgemeine industrielle Bewegung zu reißen, da hat das Volk die Noth mit großer Resignation getragen*) — denn es begriff, daß auf der Basis der heutigen Gesellschaftszustände wirklich Alles geschehen ist, was geschehen konnte, ja es hat viel mehr gesunden Menschenverstand als alle ideologischen Sozialisten zusammengenommen, indem es vom Bourgeois nichts verlangt, was er nicht geben kann, indem es seine Kraft nicht brechen läßt in einem allzu ungleichen Kampfe, indem es den einzelnen Menschen keine unfruchtbaren Vorwürfe macht, Vorwürfe die auf einem System lasten, Vorwürfe die unzweifelhaft sind, wie das Sonnenlicht, die aber das Individuum nicht

*) Diese Erfahrung ist uns neu und diese ganze Anschauung scheint uns etwas paradox.
D. Red.

zu verantworten hat, sondern die gesammte Weltordnung. Ihr Tag kommt auch: er heißt ihr Zenith. — Jenen Provinzen aber, denen das neue System alle früheren Glaubenströstungen, alle Ideale, die Zufriedenheit in der Sklaverei, das tröstliche Joch des Feudalismus nahm, ohne daß es ihm gelang dieselben der Industrie, dem Aktienwesen, dem Monopol zu gewinnen: jene westlichen Provinzen, die Maine, die Bretagne und Anjou empfinden jedes Unglück, als eine Erinnerung an ihre alten Wunden, als neue Schmerzen alter Narben. Sie bäumen sich daher bei jeder Gelegenheit; der alte Royalismus paart sich mit dem Fanatismus, der Raub organisirt sich unter der Form von Kreuzzügen, der Diebstahl beleuchtet mit brennenden Kerzen seinen Weg und der Lilienstengel absolvirt von jeder Schuld. Auch Berry gehört zu den Provinzen, die der Industrialismus noch nicht in seine Schlingen verflocht, das waldige an Bergströmen und Schluchten reiche Heimathland Georg Sand's. Nur der Gelbwucher allein minirt dort die alten Traditionen, der regelmäßige Vorläufer einer bald beginnenden gefeßlichen, systematischen Ausbeutung, und zerstört nicht nur alle kleineren, sondern auch die mittleren Kapitalisten, Gutsbesitzer und Gewerbetreibende. Aber der Wucher ist klug: er nivellirt das ganze Land auf derselben Stufe des Elends, er läßt kaum merkbare Unterschiede bestehen: die er aber reich gemacht, lockt er zu neuem, größerem Versuch nach Paris und entzieht sie den Blicken der Geplünderten. Nach und nach ist eine ganze Provinz verarmt, sie fühlt ihre Kräfte schwinden, sie weiß, daß sie unter einem dämonischen Einfluß steht, aber sie sieht den Vampyr nicht, dem ihre Rache, dem ihr Haß gelten könnte. . . . sie hat die Kraft des Verstandes verloren, jetzt ist sie auch um die Energie ihrer Leidenschaften betrogen. — — —

Begreiflicher Weise können die eingeführten Getreidemassen die Preise nicht um ein merkliches herabdrücken. . . . es ist Handel im Lande; die Schiffsrheder gewinnen, das Geld wurde einmal auf eine neue Weise herumgeschlagen, das ist wohl der wesentliche Nutzen der Einfuhr! Frankreich bedarf des Jahres ein Minimum von 260 Millionen Hektoliter Weizen, um den Preis auf 20 — 24 Franken per Hektoliter halten zu können. Nun sind im Ganzen, sowohl in den westlichen Häfen (Havre) als den vereinigten Staaten, als auch in den südlichen (Marseille) aus Alexandria, Odessa, Warsa und der Lombardei seit 31. Juli circa 3 Millionen Hektoliter eingegangen, während ganz Frankreich in diesem Jahre nur zwischen 200 und 220 Millionen Hektoliter erzeugte, also gegen ein Normaljahr zum Mindesten mit 40 Millionen Hektoliter im Defizit ist. Es ist nun unzweifelhaft, daß Frankreich (sowohl der Handel, als auch das Gouvernement) das Ausland viel zu spät von seinen Bedürfnissen in Kenntniß gesetzt hat: Amerika, zu rechter Zeit unterrichtet, würde grade 3 mal so viel geschickt haben, und das Zugefrieren der Seehäfen im schwarzen Meer, so wie der amerikanischen Flüsse und Kanäle hätte den Transport bei rechtzeitigem Einkäufen nicht gehindert. Auch ist die Gesetzgebung viel zu spät mit der Bestimmung über die Herabsetzung der Eingangszölle für Getreide auf das Minimum gekommen. Der auswärtige Produzent oder Großhändler konnte nicht wissen, ob er, wenn seine Schiffe in französischen Häfen ankämen, nicht bereits wieder einen höheren

Saß der gleitenden Stala zu bezahlen habe. Aber selbst unter der Voraussetzung, daß alle diese Hindernisse nicht stattgefunden hätten, konnte die gesammte Marine der Welt nach Frankreich und England zumal nicht so viel Getreide einführen, um den enormen Ausfall zu decken . . . es giebt Krankheiten der Völker, die sie überstehen müssen, für die es kein Mittel giebt! — — — —

Der Prozeß Alexander Dumas hat alle Zungen in Paris, von den Boudoirs der Loretten bis hinauf in die Salons des Königs, von dem Barreau bis in die große nationale Schwapanstalt in Bewegung gesetzt. Er zeigte das hiesige Literatenthum unter den gehässigsten Farben des Egoismus, der Wucherei, des Betrugs, der Blaque und der Verwahrlosung. Alexander Dumas nannte seine Produkte selber marchandise, der Deputirte Marquis von Castellana nannte ihn dafür einen Entrepreneur de feuilletons, und Minister, Marine, Deputirte, Gerichte, Alles bis herab zu den königlichen Prinzen ward kompromittirt! Ein Leben wie das von Alexander Dumas können wir draußen in Deutschland kaum begreifen! Eine jährliche Revenüe von mehr als 150,000 Franken; dabei keinen Pfennig Geld im Hause; die herrlichste, feenartig aufgepuppte Landbesitzung in St. Germain — Mohren zur Bedienung, Affen, Papageien, Springbrunnen umwuchert von erotischen Gewächsen, ein Serail von jungen Mädchen — — alles bis heute verdient durch die Feuilletons in einem halben Duzend von Journalen — und morgen in den Händen der Gerichtsdiener, die Häuser und Gärten zwangsweise versteigert, das Mobiliar verzettelt, die Weiber auf die Straßen geworfen, um von einer Hand in die andere geschleudert, in jungen Jahren an insamen Krankheiten zu verenden! Aber während der alte Reichthum in Trümmern ging, sprudelt aus dem Sande heraus eine neue Quelle von Schätzen: Dumas erhält durch prinzliche Bemühungen die Konzession eines neuen dritten lyrischen Theaters in Paris, und es wird in demselben Momente eröffnet, wo die Augen von ganz Paris auf ihn, auf den großen Alexander, auf den Marquis Davy de la Pailletterie, Großkreuz des Ordens Karls III., des tunesischen Micham, auf den Befreier de Cognards und zwölf französische Gefangenen gerichtet sind, auf ihn den Erzblaqueur, aber auch auf ihn den liebenswürdigen Verschwender, den herzlichen Menschenfreund, den wühlenden Maulwurf, der unter dem bürgerlichen Ameisenhaufen mizirt, und die Emsigen mit Geschichtchen und Märchen einschlummert — so daß sie ihn geduldig gewähren lassen! —

Gestern war er ein Bettler, aber ein ingenioser, kühner Bettler — heute ist er ein reicher Verschwender, der nicht daran denkt, daß morgen wieder Alles in die Winde gegangen sein kann: dem es die höchste Wonne ist, das „Einer gegen Alle“ unausgesetzt zu wiederholen — und sich so lange über die Andern lustig zu machen, als es ihm glückt! Das gute Geschick will, daß solche Leute nicht alt werden — sie könnten viel leicht dennoch im Spitale sterben müssen.

(Dresden, Ende Februar.) Die zweite Kammer über den Nothstand. „Es kommt der Deputation nicht bei zu wähen, daß es je möglich sei den Unterschied zwischen Armuth und Reichthum völlig auszugleichen, daß es je möglich sei, philosophischen Spekulationen über das gegenseitige Verhältniß der Arbeit und des Capitals eine Geltung mit solcher Wirkung für das praktische Leben zu verschaffen. Sie wünscht nur, daß man untersuche, ob und in wiefern es möglich sei, Mittel ausfindig zu machen, daß die Armuth bei Anlässen, wie der vorliegende ist, nicht in so beklagenswerther Gestalt hervortrete, — sie wünscht, daß man Mittel ausfindig mache gegen eine gänzliche Verarmung und gegen die Immoralität und die Verbrechen der Armuth.“ So die erste Deputation S. 12. ihres Berichtes über die Mittel zur Abhülfe des Nothstandes. Billig muß ich nach diesem Probestück fragen, ob Sie mir zu weiteren Bemerkungen über die dreitägige Debatte noch Raum gestatten wollen, da man indes während derselben „Sprünge in das Gebiet des Sozialismus und Kommunismus gemacht hat,“ ja diesen „bis in die äußersten Schlupfwinkel, bis über die Milkaterakte hinaus verfolgt hat,“ so ist es doch vielleicht auch für Ihre Leser nicht ohne Interesse, die Entdeckungen der zweiten sächsischen Kammer kennen zu lernen. Die Anträge der Deputation sind theils bloß palliativ, theils wirklich, und das ist ihr Gutes, etwas tiefer in die Sache eingehend, die Kammer dadurch gegen den Wunsch des Ministers v. Falkenstein zwingend ihren Blick einmal ernstlich auf Dinge zu richten, denen sie sonst so gern das Auge verschloß. Dieß war im zweiten Theile des Berichts der Fall, und vorzüglich die Debatte darüber ist es, die ich hier kurz erwähne. Wie gewöhnlich hielten sich die Redner, und es traten ihrer nicht wenige auf, an die von der Deputation gestellten Anträge: Reform des Innungswesens, Fabrik-Unterstützungskassen, Verbot des Trudsystems, beziehungsweise Verhinderung frühzeitigen Heirathens, Anlegung von Bezirks-Arbeitshäusern, Erleichterung der Auswanderung, Anlegung von Magazinen und endlich Einführung des Instituts der Enquêtes; ohne aber, trotz gelegentlich trefflicher Bemerkungen und Kommentare über bestehende Verhältnisse, irgendwie eine innigere Bekanntschaft mit den Strebungen der neueren Zeit zu verrathen. Das Thema, Abhülfe des Nothstandes, war gegeben, es mußte verhandelt werden, Jeder also sprach sich im Allgemeinen für die Beschaffung der dazu nöthigen Mittel aus, nur Wenige aber sprachen über die Quellen des Pauperismus, die Meisten schienen geneigt, die alte Geschichte, daß die Armuth drückend sei, durch die ungünstigen Ernteausfälle momentan im verstärkten Maaße bestätigt zu finden. Unter den Rednern, die tiefer auf die Sache eingingen, ist besonders Ziegler (Fabrikant aus Gleuchau), Bürgermeister Schmidt aus Wurzen, Hensel II., Schaffrath und theilweis Todt, Tzschude und Kewiger zu erwähnen. Der Erstere war es, der von dem Satz ausgehend, Arbeit herbeizuschaffen für die vielen arbeitlustigen Hände, einmal Schutzzölle für die Zollvereinstaaten forderte, dann aber Förderung des Ausfuhrhandels, und dabei die Maaßregeln der Regierungen, weder mit Amerika noch mit Brasilien Handelsverträge abgeschlossen, dagegen durch den Schlag auf Krafau der deutschen Industrie eine tödtliche Wunde beigebracht zu haben, wie den Mangel an Vereinskonsulaten scharf rügte.

Schmidt nahm sich mit großer Wärme des Proletariats an und trat besonders dem Hindern der frühen Heirathen mit den Worten entgegen, „des armen Handarbeiters Capital ist seine Körperkraft, sind seine Arme; das sind seine ganzen Mittel.“ Er erkannte die Bedeutung seiner sozialen Ideen, die so ungeheuren Boden in kurzer Zeit gewonnen, an als „über einstimmend mit den höchsten Geboten des Christenthums“ und erklärte es für ständische Pflicht, „wo jene Menschenfreunde in den von ihnen angegebenen Mitteln gefehlt haben möchten, die zweckentsprechenden Mittel aufzusuchen.“ Er rügte die geringe Obacht, welche die Behörden auf das „schändliche Trucsystem“ richteten, und griff den Regierungskommissar wegen seiner Aeußerung in der Generalversammlung der Aktionaire der sächsischen bairischen Bahn an, daß je ein Verbot gegen das Trucsystem erlassen sei. Und die nachfolgende Vertheidigungsrede des Kommissars Kohlschütter bewies vollständig, daß die Regierung selbst jetzt noch nicht über die Ausübung des Trucsystems unterrichtet war. Todt und Tzschucke hielten sich an praktische Belege aus der Primathsangehörigkeit u., doch meinte Ersterer: „er sei alt geworden, wie man ihm gesagt habe,“ besitze nicht mehr sein früheres Feuer. Als Mitglied der Deputation hat er überdies den Bericht unterschrieben.

Bei weitem die bedeutendsten Reden waren die Hensels aus Bernstadt und Schaffraths. Es war das erste Mal, daß der Kammer Belegenheit geboten war, sich über den Pauperismus und die Mittel zu seiner Bekämpfung auszusprechen, sie mußte dieß thun, und gleichwohl waren ja im Voraus Alle, die sich mit solchen Absichten trugen, als Sozialisten, Kommunisten, kurz als Umwähler aller bestehenden Ordnung erschienen. Mehre Redner hatten bereits auf die tiefer liegenden Wurzeln der Noth hingewiesen, Mittel zur Steuerung vorgeschlagen, die außerhalb des Deputationsberichtes, und daher auch außer dem Horizonte so manches Kammermitgliedes lagen, und Mancher mochte das Gespenst der Gütertheilung doch für etwas Leibliches zu halten beginnen und bedenklich werden, daß Almosen und 10,000 Thlr. für Kommunweggebauten nicht ausreichen möchten. So übernahm es denn Hensel, ohne die bedenklichen Worte selbst zu gebrauchen, den Stand der Frage auseinanderzusetzen, den Begriff des Proletariats, die Art des Nothstandes, die Aufgabe der Regierung und die Wege sie zu lösen festzustellen und zu entwickeln. Klar traten nun die vier Seiten der Noth, der leibliche, Rechts-, Bildungs- und Sittennothstand hervor und die Verpflichtung des Staats, „nach seinen Grundprinzipien: Freiheit, Gleichheit, Humanität, Liebe, alle in seinen Verband Getretenen zur möglichsten Glückseligkeit gelangen zu lassen, das Uebel nicht bloß zu mindern, sondern aufzuheben, nicht bloß die leibliche Noth der untern Klassen zu mildern, sondern in ihnen das Gefühl ihrer Ebenbürtigkeit als Staatsbürger zu erwecken.“ Die Mittel dazu fand er in der Organisation der Erziehung und in Begründung von Vereinen, welche die Erörterung der zur Abhülfe der beklagenswerthen Lage der untern arbeitenden Classen geeigneten Mittel zum Zweck haben, und sich namentlich nicht scheuen, aus diesen Classen selbst Theilnehmer herbeizuziehen. Dieser Antrag ward hinreichend unterstützt. Hatte nun Hensel gewissermaßen den theoretischen Theil der Aufgabe behandelt, so erfaßte Schaffrath, der sich

für Die erhob „welche ihn nicht zum Vertreter wählten, nicht wählen durften, für die Arbeiter, deren ganzes Leben nur im Arbeiten, nie im Genuße besteht“ den praktischen Theil. „Die Humanität fordert die politische und gesellschaftliche Gleichheit und möglichste Aufhebung der gesellschaftlichen Unterschiede zwischen den arbeitenden, aber bestlofen, und den nicht arbeitenden, aber dennoch besitzenden Volksklassen.“ Die Mittel dazu lassen sich aus den Ursachen des Proletariats erkennen. Es sind dieß die Despotie des Capitals und die damit engverbundene Geringschätzung der Arbeit, die durch die Gesetzgebung, durch den in ihr geltenden Censur der Wohlhabenden, noch bestärkt und sanktionirt wird; ferner die Vereinzelnung der Arbeit, die auf den Ruin des Andern, d. h. des Feindes spekulirt; das bestehende Steuersystem, das den Arbeiter schwer trifft, den Capitalisten freiläßt, so lange nicht eine Capitalsteuer eingeführt ist; die Erschwerung der Theilbarkeit des Bodens und das Beibehalten der Domänen, die Anhäufung des Grund und Bodens in todter Hand (Klöstern und Stiftungen), die Rechtsnoth. Alle diese Punkte wurden nur angedeutet, aber es war ein Wetterleuchten in der Kammer, vor dem so Mancher die Augen schloß und sich dann einbildete, es sei nicht so. Als Mittel zur Verbesserung der Arbeiterzustände gedachte der Redner der Creditanstalten nach Art der schottischen Volksbank, zinsbringenden Papiergeldes statt der Sparkassen, das Weitere aber wollte er dem nächsten ordentlichen Landtage vorbehalten, für den die jetzige Debatte nur Vorspiel sein sollte. Deshalb erweiterte er den Deputationsantrag auf Enquête dahin, daß die Regierung nächsten Landtag Vorschläge zu Gunsten der arbeitenden Klassen machen solle, damit „das Volk den Trost habe, daß wir nicht bloß Worte, sondern auch Thaten für dasselbe haben, daß wir nicht nur dem Worte, sondern jenen thatkräftigen Liberalismus huldigen, Reformen nicht nur für uns, sondern auch vorzüglich für die untern arbeitenden Volksklassen wünschen.“ Auch dieser Antrag ward ausreichend unterstützt, am Schlusse aber, wie der Henselsche, abgelehnt, denn so weit mochte die Kammer nicht gehen, selbst Hand anzulegen, sie gab lieber ein Vertrauensvotum und legte die Sache in den Schooß der — Bureaucratie, die von Joseph als so ohnmächtig dargestellt worden war, Gegen den Henselschen Antrag erhob sich — Todt der Führer der Liberalen, und wollte darin „versteckte Absichten“ finden; was das für Absichten seien, scheute man sich jedoch auszusprechen, und Minister v. Falkenstein verhüllte sie nur in den dunkeln Begriff „sozialistischer Bevormundung.“ Mit über 40 Stimmen wurden die Anträge abgelehnt, — die Kammer scheute sich in die Tiefe zu gehen, und es bleibt bei Almosen und Brocken. Wie konnte auch mehr geschehen, das Proletariat ist ja, wie der Rittergutsbesitzer Rittner sagte „etwas ganz Naturgemäßes, denn wo viel reiche und gebildete Leute sind, müssen auch viel arme und ungebildete sein,“ eine vollständige Abhülfe daher undenkbar, trotzdem daß der Abgeordnete „seine Pflicht für jede Classe von Staatsbürgern“ erfüllen will. Lassen Sie mich am Schlusse noch eine kleine Dornenlese halten, die den Standpunkt vieler unserer Abgeordneten charakterisirt. So fand Neuberger ein großes Verberben für den Wohlstand der unteren Classen im Maschinenwesen, dem er ein ceterum censeo zurief, der Amtmann Jani, hinlänglich bekannt durch

seine mehrfach zu Tage gelegte Bibel- und Gesangbuchfestigkeit, verwandte sich eifrig für Werkhäuser und eine religiös-christliche Erziehung, „wodurch allein es dem Menschen einleuchtend wird, daß wer nicht arbeiten will, auch nicht essen soll, daß er für die menschliche Gesellschaft ein dürres Holz ist, das wie der Weltheiland bildlich sagt, in's Feuer geworfen werden muß.“ Fabrikherr Clauff sprach zwar „mit Worten der Wehmuth“ von den Arbeitern, fuhr aber fort „es ist einmal so, meine Herren, daß in unsern Tagen, größere Thätigkeit, Geschick, Credit oder einiges, selbst mäßiges Capital eine größere Rolle spielen, als sonst.“ Wer kann das ändern, es muß also bleiben trotz aller philosophischen Träumereien.“ Und nun gar gleiche politische Rechte für den Besitzlosen; diese Forderung gab sogar dem Bauer Scholze ungewöhnliches Feuer. „Wie sollen die Armen besser vertreten werden, — rief er. Sollen sie selbst, die Unangesehenen, hier erscheinen, hier über die Grundsteuern mit berathen, die Steuern für die Unangesehenen mit aufziehen helfen, sie, die wenn sie in den Keller gehen oder auf's Dach steigen, auf der Erde nichts mehr zu suchen haben? Es würde einen großen Uebelstand herbeiführen, wenn diese Leute die Grundsteuern mit auslegen sollten.“ Da haben Sie's, es wäre entsetzlich, und ein Abgeordneter, der solchen staatsgefährlichen Unsinn vorschlagen kann, sollte eigentlich sein Mandat sofort verlieren, wenigstens würde Hr. Scholze ohne besondere Schwierigkeiten die Abg. Hensel und Schaffrath zum Saale hinausvotiren. Der Refer. Scheibner endlich macht sogar einen Ausfall auf Engels, daß er die Lage der arbeitenden Classen Englands „so recht geflissentlich schreckhaft dargestellt habe.“ Hat er aus eigener Beobachtung diese gegentheilige Ueberzeugung? Bewahre! Er „hat nur mit Leuten, die lange in England gelebt haben und dieß Verhältniß keineswegs so entsetzlich finden, gesprochen,“ aber das genügt ihm vollkommen, Engels der Uebertreibung zu beschuldigen, abgesehen davon, daß er ihn möglicherweise nur aus Rezensionen kennt. Minister v. Falkenstein endlich stand der zu verhandelnden Frage sehr fern, pries sich glücklich, daß Sachsen gegen Irland paradiesisch lebe, und dankte zum Schluß der Kammer für „die lehrreiche und interessante Debatte.“ Nur eine Bemerkung (S. 100 der Mitth.) hebe ich heraus, die, wenn ich sie recht deute, einen bedeutenden Umschwung im Ministerium selbst anzeigen würde. „Das einzige Universalmittel, sagte er, ist die Selbstentwicklung des Menschen zur wahren (religiösen?) Sittlichkeit.“ Dagegen stellte bei der denkwürdigen Verhandlung der zweiten Kammer am 9. Mai 1843 der Kultminister v. Wietersheim die praktische Aufgabe Ruges hin: die Kirche in die Schule zu verwandeln und eine wirkliche, allen Pöbel absorbirende Volkserziehung daraus zu organisiren, und übersetzte dieß, wie er sagte, in einfachem Deutsch so: die Religion, Kirche und deren Diener sollen aufgehoben und abgeschafft, und das gesammte Volk für die alleinseligmachende Kirche der freien Menschheit erzogen werden. Diese Staatsumwälzung könne das Ministerium nicht dulden. — Nun glaube ich gern, daß Falkenstein und Wietersheim ganz einig sind, des Ersteren Satz aber ist vollkommen die Förderung der Humanität, Entwicklung des Menschen zur wahren Sittlichkeit durch Organisation der Erziehung. — Was nun geschehen wird, nachdem die Kam-

mer in ihrer gewöhnlichen Weise, Alles in die Hände des Ministeriums gelegt hat, wissen die Götter; viel gewiß nicht, wenn nicht die Verhandlung der sozialen Frage ihr thätige Freunde und Anhänger erworben hat.

Weltbegebenheiten.

Februar.

Preußen. Als ich im vorigen Hefte unseren Lesern kurz die am 3. Februar publicirten Bestimmungen über die Zusammensetzung und die Befugnisse des Vereinigten Landtages, der vereinigten ständischen Ausschüsse und der Deputation für das Staatsschuldenwesen mittheilte, hoffte ich, denselben im vorliegenden Hefte eine kritische Besprechung der betreffenden Verordnungen liefern zu können, weil ich aus den halboffiziellen Andeutungen schließen zu dürfen glaubte, daß man keinerlei Beschränkung der kritischen Diskussion über diese Gesetze beabsichtige. Ich hoffe, daß die Entscheidung des Obergerichtes meine Meinung bestätigen werde; denn wenn ich auch die Freude des Redakteurs der „Köln. Ztg.“ Hr. Brüggemanns, über die Anerkennung, welche die „Allgem. Preuß. Ztg.“ der Haltung der vaterländischen Presse in der Verfassungs-Angelegenheit zollt, nicht ganz theile, so glaube ich mich doch da, wo ich einzelne Bestimmungen des Patents für zu beschränkend, unbestimmt, einer verschiedenen Auslegung fähig ansah, durchaus in den Schranken eines „anständigen, wohlmeinenden und bescheidenen Tadel“ gehalten zu haben, welcher bekanntlich nach der Censur-Instruktion nicht verwehrt werden soll. Vorläufig nur so viel, daß es meiner Ansicht nach allerdings weniger auf die Bestimmungen der einzelnen Paragraphen des eben erlassenen Gesetzes ankommt, als auf die Haltung der Deputirten und des Volkes. Die Hauptsache ist, daß die Entwicklung überhaupt begonnen hat; wie klein der Punkt auch sei, von dem sie ausgeht, sie dehnt sich stetig in konzentrischen Kreisen weiter aus. So weit theile ich also die Hoffnungen unserer Patrioten, welche vom 3. Februar eine neue Aera Preußen datiren. Der Vereinigte Landtag ist auf den 11. April nach Berlin einberufen, wo ihn der König in Person eröffnen wird. Wir werden also bald statt spekulativer Vermuthungen reale Thatsachen melden können. Von den Gesetzbvorlagen, welche dem Landtag Seitens der Regierung gemacht werden sollen, verlautet noch nichts Bestimmtes. Finanzverlegenheit, sagt die betreffende Kab.=Ordre ausdrücklich, sei nicht das Motiv der Einberufung; die Finanzen wären in Folge des langen Friedens in sehr blühendem Zustande. Darnach müssen also Manche ihre Ansichten und Vermuthungen berichtigen. —

Der Deputirte der Stadt Raumburg, welche bekanntlich sich erst zur Beschickung des Landtages bequeme, als sie mit Verlust der Städteordnung bedroht wurde, der liberale Kaufmann Schwarzbach hat nun doch die Wahl abgelehnt; an seine Stelle ist der Bürgermeister Rasch, der frühere Deputirte, getreten, dessen politische Farbe mir unbekannt ist. Herr Schwarzbach scheint also trotz der Einberufung des Vereinigten Landtages

bei der früheren Ansicht der Stadt zu beharren, den Landtag nicht zu beschicken, „weil das Wahlgesetz zu enge sei und ein wesentliches Bedürfnis des Staatslebens durch den Landtag weder angeregt, noch befriedigt werden könne.“ Dieses Verfahren, diese desperate Unthätigkeit, dieses Aufgeben des Kampfes ist ein unverzeihlicher politischer Fehler. — Dagegen ist Seitens der Regierung die Wahl des radikalen schlesischen Grafen Reichenbach zum Stellvertreter annullirt, weil gegen ihn eine Untersuchung wegen Verbreitung eines verbotenen Buches, welches er einem Schulzen auf der Eisenbahn gegeben haben soll, eingeleitet sei. Von mehreren Wählern wurde gegen die Erneuerung der Wahl protestirt. Hier will einer nicht zum Landtage, dort soll ein anderer nicht hin, — unser Staatsleben zeigt auch noch kuriose Abnormitäten. —

Die neue preussische Verfassung hat dem Berliner Handwerkervereine wieder einige Unannehmlichkeiten zugezogen. Einer der Lehrer, Dr. Curtius, verlas das Patent vom 3. Februar und hielt einen Vortrag darüber, worauf die Handwerker ein enthusiastisches Hoch auf die Verfassung ausbrachten. Seltsamer Weise wurde dieses Hoch mißfällig bemerkt, da der Gesellenverein nur nützliche Kenntnisse verbreiten sollte. Rechnet eine hohe Polizeistelle etwa die Kenntniß der so wichtigen Gesetze über die Landesvertretung zu den schädlichen oder wenigstens überflüssigen Kenntnissen? Man muß es fast vermuthen; auch scheint man zu befürchten, daß der Austritt des Dr. Curtius verlangt werden würde. Auch sind neuerdings Nachforschungen nach den Urhebern einiger swizer Fragen im Fragetasten über den Nutzen der neuen Verfassung angestellt. Unter solchen Umständen wird der Verein bald die lebendige Theilnahme verlieren, welche er sich Anfangs durch seinen fröhlichen Aufschwung erwarb. — Die Anklage gegen den noch immer inhaftirten Dr. Meyen lautet auf Majestätsbeleidigung, deren er sich durch Vorlesen einer anstößigen Stelle aus einer Druckschrift in jenem öffentlichen Lokale schuldig gemacht haben soll, in welchem die früher gemeldeten zahlreichen Verhaftungen (Fräling, Büh-ring ic.) vorgenommen wurden. Es ist kaum glaublich, daß sich ein so besonnener Mann, wie Dr. Meyen, in einem öffentlichen Lokale, dessen Besucher ihm gewiß nicht alle bekannt waren, zu einer solchen strafbaren Aeußerung, deren Denunziation zu erwarten war, hat hinreißen lassen. — Die Zeugenaussagen waren widersprechend. Und doch ist Dr. Meyen wegen Majestäts-Beleidigung zu 2 Jahre Festung und Verlust der Nationalfahnde verurtheilt. Er hat appellirt; die Oeffentlichkeit wurde bei diesem Prozesse ausgeschlossen. — Dagegen ist Dr. Jakoby in Königsberg nach heftigen Debatten in II. Instanz völlig freigesprochen. Auch er war wegen Majestäts-Beleidigung zu 2 Jahr Festung verurtheilt. — Die Freilassung Dronke's, welche man schon nahe glaubte, soll wieder aufgeschoben sein, weil der bekannte Polizeimann, Hr. Dunker, wegen angeblicher Beleidigungen, welche ihn in den „Polizeigeschichten“ durch Dronke zugefügt wären, mit einer Klage gegen denselben aufgetreten sei. So meldeten die Zeitungen. Die Klage des Hrn. Dunker mag angestellt sein, obwohl Dronke gewiß nicht an persönliche Beleidigung dieses Herren gedacht hat, weil es ihm in jenem Buche nur darauf ankam, zu zeigen, wie leicht und unschuldig man bei unseren sozialen Verhältnissen mit den Polizeigesetzen

in Konflikt gerathen kann. Aber daß die Injurienklage eines Polizeirathes oder sonst irgend Jemandes zu einer Verlängerung der Haft, zur Vererbung der persönlichen Freiheit überhaupt vor dem Urtheil Anlaß geben könnte, das scheint mir doch etwas unwahrscheinlich, namentlich, wenn bereits ein richterliches Verfahren eingeleitet ist. Mit polizeilichen Verhaftungen ist das etwas Anderes; dabei fallen wohl einmal Abnormitäten vor. In Folge der Verhaftungen in Berlin wurde in Königsberg unter Anderen auch der Lehrer Birnwald eingezogen; der Polizeipräsident, Hr. Lauterbach, hielt ihn lange in Haft und schien ihn fast für einen Hochverräther anzusehen. Sein Verbrechen war: Verkauf verbotener Bücher und diese Klage machte Hr. v. Lauterbach beim Königsberger Inquisitoriat anhängig. Dieses aber wies die Klage ab, „weil hier nur eine einfache Polizeikontravention gegen die Gewerbeordnung vorliege, die nur Gegenstand eines polizeilichen Verfahrens sein könne.“ — Dabei muß ich auch des hoffentlich unverbürgten Gerüchts erwähnen, daß Walesrode aus Preußen ausgewiesen werden sollte, weil bei der Verleihung des Bürgerrechts der Stadt Königsberg an ihn ich weiß nicht, was für ein Versehen gemacht sei. Jedenfalls widerlegt dieses Gerücht wohl das andere schlimmere, „Walesrode sei seit seiner Freilassung ein ganz verwandelter Mensch und halte sich von allem politischen Leben fern.“ Das hat schwerlich viel Glauben gefunden; solche Insinuationen kennt man. — Der Lehrer Wander in Hirschberg ist zwar nach seiner völligen Freisprechung wieder in sein Amt eingeführt, doch ist ihm nachträglich untersagt, Religionsunterricht zu erteilen. — In den letzten Tagen hat denn auch der Centralverein mit seinen revidirten Statuten endlich die Bestätigung erhalten, die ihm freilich schwerlich neues Leben in die erstarrten Glieder hauchen wird. Er will zu Lokalvereinen, mit denen er sich stets in Verbindung halten würde, anregen, dieselben, so weit es thunlich ist, aus seinen Geldmitteln unterstützen und hauptsächlich Spar- und Prämienkassen befördern. Der jährliche Beitrag ist mindestens 4 Thlr. Seine Wirksamkeit wird gering sein; das Feuer ist verbraucht, seit man sich den schönen Ideen, welche man früher durch diese Vereine fördern zu können glaubte, von verschiedenen Seiten her schroff entgegenstellte. Zu Sparkassen und gelegentlichen Wohlthätigkeits-Anstalten bedarf es so großer Zurüstungen nicht; die kommen von selbst. Es wäre aber allerdings sehr nöthig, daß etwas Durchgreifendes für die arbeitenden Klassen geschähe. Daß die Kornzufuhr in Preußen auch von der See her freigegeben ist, scheint zu beweisen, daß die dortigen Vorräthe nicht für ausreichend gehalten werden. Gleichzeitig hat Rußland die Ausfuhr aus Polen und den Ostseeprovinzen verboten, auch vom 19. März ab das Branntweimbrennen untersagt. Die Noth der Ackerbaudistrikte ist zwar auch groß genug, aber sie fällt doch nicht so in die Augen, wie die der Fabrikdistrikte. — Im schlesischen Gebirge scheint wieder eine verzweifelte Stimmung zu herrschen und der Graf Sandrezki soll für Reichenbach eine Garnison verlangt haben, um den zu befürchtenden Webererzessen vorzubeugen. Es ist dieß derselbe Graf, welcher bei dem Weberaufstande die Verzweifelden „um der Liebe zu ihrer angestammten Grundherrschaft willen“ beschwor, sich ruhig zu verhalten und mit Anstand und Bescheidenheit zu hungern. Uebrigens bin ich der

unvorgefichtlichen Ansicht, daß eine Zufuhr von Lebensmitteln die Ruhe besser aufrecht erhalten würden, als eine Garnison. Eine Kugel im Bauche macht zwar einen still, aber die Anderen nicht satt. — Auch die rheinische und bergische Industrie ist augenblicklich sehr gedrückt; der bekannte philanthropische Geheime Kommerzienrath Diergardt machte sich daher auf nach Berlin, um Maafregeln zu Gunsten der Industrie zu erwirken und damit den Arbeitern Verdienst und den Fabrikherrn Ruhe und Ordnung zu verschaffen. Bei dem unausbleiblichen Festessen sagte er, er „lehre befriedigt zurück, er habe wieder Muth dem Elend gegenüber, weil ihm sein edler König Förderung des Gewerbleißes versprochen habe. Für die Arbeiterfamilien, die ihm von der Vorsehung anvertraut seien, sorge er natürlich selbst.“ Spricht dieser Geldmann nicht wie ein souverainer König? Die Vorsehung hat also die und die Arbeiterfamilien Hr. Diergardt anvertraut, sie können also ganz ruhig sein. In Folge der prästabilirten Harmonie hat also die Vorsehung von Ewigkeit her bestimmt, daß der und der Geheime Kommerzienrath in Bierßen und der und jener sein Arbeiter werden soll. Bei dem Festmahl, an welchem 360 Personen theilnahmen, denen wahrscheinlich meistens ebenfalls verschiedene Familien von der Vorsehung anvertraut waren, wurde auch für die Armen gesammelt und es ergab sich die enorme Summe von 129 Thlr. unter 360 Personen! — Wir haben noch einige Militaria zu berichten. Nachdem die Freunde Annete's nach allen 4 Winden hin zerstreut und den betreffenden Festungskommandanten zu spezieller Beaufsichtigung empfohlen waren, sind auch der Brigadier Schlemmer zu Münster und der Oberstlieutenant Balette zu Wesel zur Disposition gestellt. Ich glaube, daß das eher wegen zu großen, als wegen zu geringen loyalen Eifers geschehen ist; denn man kann des Guten auch zu viel thun, wie der Churfürst von Hessen sagte, als ein Soldat sich 2 Zöpfe angehängt hatte. — In Bielefeld sind die 3 Landwehroffiziere, welche ein neues Ehrengericht verlangten, weil sie nur „verwarnt“ waren, während 2 ihrer Kameraden, deren Gesinnungen sie theilten, „aus dem Dienst entlassen“ wurden, durch eine Kab.-Ordre ihres Offizier=Patentes verlustig erklärt und als gemeine Wehrmänner eingestellt. — In Köln hat der Schneider Boldermann den Obersten v. Wondtke wegen einer schweren Verletzung verklagt, welche ihm derselbe in den Augusttagen beigebracht hätte, obgleich er durchaus bei dem Tumult nicht theilhaftig gewesen wäre. Der Oberst bestritt die Kompetenz des Civilgerichts und nach seiner Anwesenheit in Berlin erklärte Minister Uhden den Kompetenzkonflikt für zulässig und verfügte, daß das gerichtliche Verfahren bis zur Erklärung der Militärbehörden sistirt werden sollte. Das Landgericht aber hat die von Wondtke eingelegte Opposition verworfen und den Kompetenzkonflikt für nicht zulässig erachtet. — Die Hauptleute zu Köln bedrohen die Unteroffiziere mit den schärfsten Strafen, wenn sie sich irgend einem Vereine, welches seine Tendenz auch sei, anschließen.“ Das heißt doch, das Militair zwangsweise isoliren und aus aller Verbindung mit dem Bürgerstande gewaltsam herausreißen. Und doch soll das preussische Wehrsystem wesentlich auf dem Volke ruhen und Bürger und Soldaten innigst verschmelzen! —

In Posen wurde kürzlich ein Emissair des demokratischen Vereins zu

Paris, Anton v. Babynski nach dem Standrechte erschossen, weil er einen Gensdarmen, der ihn verhaften wollte, niederschoss. Die Trauer der Polen war groß; die Seelenmessen „für Anton“ waren so zahlreich und pomphaft, daß der Oberpräsident den Erzbischof bewog, sie als politische Demonstrationen zu untersagen. Ich begreife das nicht recht; eine Seelenmesse ist ein religiöser Akt, eine Fürbitte für die Seele des Verstorbenen, die sogar für Verbrecher gehalten werden kann, ohne daß dadurch ein Gutheißes ihres Verbrechen ausgesprochen wird. Es wäre besser gewesen, die Sache zu ignoriren, als diesen Eingriff in die Kultusfreiheit sich zu gestatten. Neuerdings sind sogar 3 junge Mädchen, die in einer Pension waren, aus Posen verwiesen, weil sie bei den Seelenmessen gesungen hatten. Wie mag man doch nur mit Polizeimaafregeln gegen die Gefühlsäußerungen junger Mädchen zu Felde ziehen! So etwas muß die Erbitterung steigern.

Der „liberale“ Hr. v. Raumer hatte bekanntlich neulich in der Akademie eine Rede gehalten, in welcher er den Satz Friedrichs II.: „In meinen Staaten kann Jeder nach seiner Façon selig werden“ vertheidigte und sich einige Anspielungen auf den gegenwärtigen Pietismus erlaubte, welche höheren und höchsten Orts sehr ungnädig vermerkt wurden. Hr. v. Raumer und die Akademie der Wissenschaften waren darob in großer Sorge und Trübsal. „Hr. v. Raumer, sagt die Akademie in ihrer Eingabe an den König, habe nur durch Unvorsichtigkeit gefehlt, er beklage auf's Tiefste den unglücklichen Erfolg und werde jede Zurechtweisung, wie es einem Vater, einem Könige gegenüber sich ziemt, ohne Widerrede hinnehmen. Die wir in tiefster Unterwürfigkeit ersterben Ew. Königl. Majestät allerunterthänigste und allergetreueste Akademie der Wissenschaften.“ Ich hoffe aber nicht, daß die Akademie wirklich gestorben ist; wo sollte Hr. v. Raumer sonst künftig seine Reden halten, die er von jetzt an übrigens dem Ausschusse der Akademie vorlegen wird, damit er vor etwa zu befürchtendem Erfolge bewahrt bleibe? —

Bremen. Die Dänen versuchten in Bremen dasselbe, was ihnen in Hamburg gelungen war, nämlich die freimüthige Besprechung der schleswig-holstein'schen Zustände im Auslande zu unterdrücken. Der Gesandte v. Bülow protestirte also bei'm Senate gegen die „auschweifende Presse“ Bremens. Dieser Protest ist um so anmaßender, als in Dänemark bekanntlich Pressfreiheit besteht. Der Senat wies auch die „unaufhörlichen dänischen Einsprachen“ lebhaft zurück. —

Sachsen. Die Verhandlungen der zweiten Kammer über den gegenwärtigen Nothstand mögen die Leser in der vorstehenden Korrespondenz aus Dresden nachlesen. Es ist nicht viel dabei herausgekommen, wie das zu erwarten war. Der Minister Falkenstein hielt besondere Kommissionen, um sich genaue Kenntniß von den Zuständen im Lande zu verschaffen, für überflüssig; er erführe das Alles durch die Kreisdirectionen, Ortsbehörden und namentlich durch die Gensdarmen, welche so viel mit dem Volke in Berührung kämen. Wir haben also zu erwarten, daß nächstens dem statistischen Journal des Hrn. v. Reden sehr werthvolle Beiträge von den sächsischen Gensdarmen zugehen. Die Kammer hat aber doch beschlossen, das Institut der Enquêtes einzu-

führen, um solche zur Erörterung der von der Deputation in Anregung gebrachten und anderer auf allgemeine Zustände des Landes sich beziehender Fragen zu benutzen und über die gefaßten Entschliessungen nächster ordentlicher Ständeversammlung Mittheilung zu machen, d. h. vorläufig geschieht gar Nichts und Alles ist dem Ministerium überlassen. Angeregt wurde die soziale Frage besonders durch Schaffrath und Hensel II.; die von diesen vorgeschlagenen Vereine hielt Hr. v. Falkenstein für wenig nützlich und fürchtete, daß sie sich als eine sozialistische Bevormundung herausstellen würden. Bei bürokratischen Bevormundungen hat man solche Aengstlichkeit nie an dem Hrn. Minister bemerkt. Im Verlauf der Debatte erklärte der Abg. Heuberger es für Sophisterei und Hohn des menschlichen Verstandes, wenn man die Maschinen für nützlich hielte. Welch' urweltliche ländliche Phantasie! Sollte man nicht lieber die Verkehrsverhältnisse ändern, statt die Maschinen zu zerschlagen, welche dem Menschen die Herrschaft über die Natur sichern?

Der von 800 Leipzigern unterschriebene Protest gegen die Kompetenz des Landtages, weil das Mandat vieler Abgeordneten bereits abgelaufen und mancher Bezirk gar nicht vertreten wäre, ist in der Kammer nicht sehr freundlich aufgenommen, namentlich von den Deputirten Leipzig's. Und obgleich man in Leipzig auch eine Adresse gegen den Protest verbreitete, so wäre es doch leicht möglich, daß die jetzigen Deputirten nächstens nicht wieder gewählt würden. — Außerdem hat die Regierung durch ein Circular sämmtlichen Kreis- und Justizämtern befohlen, keine Beamten mit verwerflichen politischen Gesinnungen anzustellen, ohne aber diese Verwerflichkeit näher zu definiren.

Hessen-Kassel. Fast in keinem Lande tritt die Reaktion so ungenirt auf, als in Hessen. Neuerdings sind wieder bei dem Abg. Lederer, dem Professor Bayrholfer, dem Gründer der „freien Gemeinde“ zu Marburg und dem dortigen Stadtrath Müller Haussuchungen gehalten, um der Konzepte der Dankadressen an die Abg. Hensel und Sunkel habhaft zu werden. Der freisinnige Professor Hildebrandt zu Marburg ist suspendirt, worauf ihm die Studenten ein Vivat brachten. Es wird dort bald mehr suspendirte, als aktive Professoren geben.

Baiern. Bekanntlich wird die Kunst nirgends so gehegt, als in Baiern, und ihre Macht hat sich in diesen Tagen wieder glänzend bewährt. Was den Anstrengungen der Kammeropposition nicht gelang, das Ministerium Abel zu stürzen, einer Künstlerin ist es mit leichter Mühe gelungen. Die bekannte schlagfertige spanische Tänzerin Lola Montez hat das ganze Ministerium gesprengt. Der König wollte sie zur Gräfin erheben, die Minister wollten das nicht kontrahiren und reichten in Masse ihre Entlassung ein, welche der König annahm. Auch der Polizeipräsident v. Hörmann und ein Professor Lassaulx wurden entlassen. Die klerikale Partei hat mit einem Male in den höchsten Regionen allen Halt verloren. Das Land wird freilich Hrn. v. Abel, die Stütze der Hierarchie und des Jesuitismus, gern ziehen lassen; aber die Ursache seiner Entlassung war doch so angethan, daß er fast noch populär geworden wäre; wenigstens machte sich zu München der Unwille des Volkes in Ausläufen und Vereats für die mannhafte Schöne Lust. Der ganze hohe Adel hat beschlossen,

sein Portefeuille anzunehmen, um nicht in die Verlegenheit zu kommen, die Tänzerin unter die edlen Geschlechter einzurangiren. So sind denn einige Regierungs-Präsidenten (Zenetti, Maurer) und ein General zu Ministern ernannt — und die Sache ist wieder in schönster Ordnung. So geschehen im Jahre der Gnade 1847.

Hessen-Darmstadt. Der Kommunismus in der Schweiz, welcher den Schweizern selbst so viel Sorge macht, hat auch die darmstädtische Regierung in Unruhe versetzt. Um ihre Unterthanen vor diesem Gifte zu bewahren, hat sie dekretirt, daß alle darmstädtischen Handwerksburschen sofort die Schweiz verlassen sollten. Wer erst nach dem 1. Mai zurückkehrt, wird an der Gränze verhaftet, zur Untersuchung gezogen, unter polizeiliche Aufsicht gestellt und kann nicht Meister werden. Auswärtige Gesellen, welche seit 1844 die Schweiz betraten, werden im Großherzogthume nicht zur Arbeit zugelassen, damit sie Niemanden infiziren. Das hilft sicher ebenso viel, als weiland der Kordon gegen die Cholera. — Der Buchhändler Leske, der als Verleger der „Rheinischen Jahrbücher“ der „Religionsverspottung und des Angriffes auf die zu Recht bestehenden Verhältnisse“ angeklagt war, ist freigesprochen. Er trat auf die Anklage ein und berief sich nicht darauf, daß der Verleger den Inhalt seines Verlags nicht kenne, wie das auch wohl geschieht. Uebrigens wurden trotz der Freisprechung 250 konfiszirte Exemplare eingestampft. Alles von Rechts wegen. —

Württemberg. Die Regierung hat die „beruhigende Erklärung“ über die Censurverhältnisse erlassen, welche die Kammer, wie ich im vorigen Hefte meldete, zu haben wünschte. Das heißt, sie hat die Aufhebung der Censur unter Berufung auf die Bundesgesetze abgeschlagen und erklärt, sie würde die Anträge, welche sie selbst bei'm Bunde in Bezug auf die Preßverhältnisse gestellt hätte, dem nächsten Landtage vorlegen. Wer das durch nun nicht „beruhigt“ ist, der mag sehen, wie er mit sich fertig wird. Die Regierung sagt wie Luther: Hier stehe ich und kann nicht anders; Gott helfe mir! —

Baden. Das „Mannheimer Journal“ hat, seit es von Strube an Obermüller überging, schon mancherlei Wandlungen erlebt. Erst sollte es das Organ der Kammerlinken werden, denn das des Juste Milieu, welches sich der Leitung des redseligen Pastor Zittel und des eben durch die Radikalen in Heidelberg zum Rücktritt gezwungenen Bürgermeisters Bissing erfreut. Hr. Obermüller hatte aber viele Anfechtungen zu erleiden, namentlich als er, der biderben, schwarz-roth-goldenen Altdeutschen Einer, einen Studenten, einen früheren Mitarbeiter Strube's, wegen eines ihm eingesandten Artikels denunzirte. Er wollte sich zwar dadurch rechtfertigen, daß er behauptete, man müsse im Interesse der „guten Sache“ solche revolutionaire Extravaganzen, solche wühlerische Tendenzen unterdrücken; aber es mochte doch Niemand gern mehr mit ihm zu schaffen haben, weil nur Wenige in einer Denunziation ein passendes und ehrenvolles Mittel zu dieser Unterdrückung sehen. Nach mancherlei vergeblichen Anläufen zu einem Programm hat er jetzt erklärt, das „Mannheimer Journal“ sei nur ein Organ zur Verbreitung von List's Ideen; Alles andere sei Nebensache. Nun weiß man doch, wie man daran ist.

Ein furchtbares Unglück, fast ebenso schauerhaft, als das bei Versailles, wird so eben aus Karlsruhe gemeldet. Kurz vor Beginn der Vorstellung gerieth das Theater in Brand, wie es scheint, durch die Unvorsichtigkeit eines Lampenanzünders. Das Feuer griff furchtbar rasch um sich, das ausströmende Gas und der aufwirbelnde Dampf betäubte Viele, die sich sonst wohl trotz des entsetzlichen Gedränges gerettet hätten — kurz, es sind über 100 Personen in den Flammen umgekommen trotz der aufopferndsten Anstrengungen Einzelner zur Rettung der Unglücklichen.

Schweiz. James Fazy, das Haupt der Genfer Regierung, ist ein ganzer Mann, der fest an seinen früheren Grundsätzen hält und sie nicht verläugnet, wie so viele Andere, wenn sie sich glücklich in die Regierungsfessel hincingeputscht haben. Der alte Kampfgenosse Armand Carrel's hat jene eiserne Charakterfestigkeit, wie sie sich in den französischen Republikanern durch die Bluttaufe der Revolution entwickelte. Fast alle seine „vornehmen“ Freunde sind von ihm abgefallen; er aber geht unbesümmert konsequent auf sein Ziel los, gestützt auf das Volk, welches ihn nicht verläßt, wie es auch am Tage des blutigen Kampfes ihm treu zur Seite stand. So hat er jetzt, nachdem bereits Pressfreiheit, Abschaffung des Stempels für politische Journale, Kultusfreiheit dekretirt waren, die Einführung des Generalrathes (Landsgemeinde) durchgesetzt trotz des Widerstandes der konservativen und liberalen Bourgeoisie. James Fazy ist ein aufrechtiger, konsequenter Republikaner und ein entschiedener Demokrat.

Die Regierung von Bern hat sowohl als Vorort, wie zu Hause eine schwierige Stellung. Als Vorort mußte sie Notiz nehmen von den herausfordernden Rüstungen des Sonderbundes und wird wahrscheinlich auf ihre Anfrage von Luzern eine impertinente Antwort erhalten. Von der auswärtigen Politik wurde sie auch nicht mit günstigen Augen betrachtet und deshalb mit etwas zudringlichen Rathschlägen und Ermahnungen überhäuft, welche sie jedoch würdig zurückwies. Zu Haus hat die gestürzte Aristokratie eine mächtige Waffe gegen die Regierung dadurch erhalten, daß dieselbe grade jetzt eine Vermögenssteuer von 600,000 Frs. ausschreiben mußte. „So etwas empört, so etwas greift an,“ wie der Oberst Abyberg sagte, als man ihm zur Strafe für Landfriedensbruch eine Kompagnie Soldaten mit trefflichem Appetite in's Haus legte. —

Belgien. Bei den Verhandlungen der Kammer über den Nothstand und seine Vinderung durch Landesklulturen, Unterstützungen der Industrie etc., wurde auch die freie Einfuhr von Vieh vorgeschlagen, um das Fleisch wohlfeiler zu machen. Der Minister de Theux erklärte aber: das sei unnöthig, weil das Volk auf Fleisshessen keinen Anspruch machen könne!

Frankreich. Die Debatten über die Adresse auf die Thronrede sind vorüber und haben, wie zu erwarten war, stets eine bedeutende Majorität für das Ministerium ergeben. Die Differenz zwischen Frankreich und England konzentrirte sich am Ende in dem persönlichen Streit zwischen Guizot und Normanby, dem englischen Gesandten in Paris, wobei die Höflichkeit wie gewöhnlich nicht auf Seiten des Engländers war. Guizot bezweifelte auf der Tribune, daß Normanby den Inhalt einer Unterredung mit ihm seinem Minister getreu mitgetheilt habe. Der Engländer

fand darin einen Zweifel an seiner Wahrhaftigkeit, obwohl Hr. Guizot privatim erklärte, er habe nicht an seine bonne foi zweifeln wollen. Normanby schrieb darüber an Palmerston und dieser ließ ihm sogleich durch ein in allen Journalen abgedrucktes Schreiben versichern, daß er das vollste Vertrauen in die Richtigkeit seiner Depeschen setze. Nun wollte Guizot sich zu keiner Erklärung von der Tribüne mehr verstehen. Kurz darauf erhielt Guizot die Einladung zu einem Balle bei Lord Normanby und gleich hinterher die Anzeige, die Einladung beruhe auf ein Versehen. Nun öffnete auch Hr. Guizot seine Salons und setzte durch diese Konkurrenz Viele in Verlegenheit; die Diplomaten besuchten beide Salons; von französischen Notabilitäten waren Thiers und Molé bei Normanby, was im Ganzen sehr ungünstig aufgenommen wurde, weil man die Grobheit des englischen Gesandten gegen den französischen Minister für eine Beleidigung Frankreichs ansah. Jetzt, wo sich Guizot und Normanby durch die Vermittlung des Grafen Appony versöhnt d. h. ohne weitere Erklärung die Hand gereicht haben, wird Hr. Thiers jener Ballbesuch vollends fatal sein, wie eine Karrikatur sehr ergötzlich zeigt. Mit der Beseitigung dieses persönlichen Zwistes ist aber natürlich die entente cordiale mit England noch keineswegs hergestellt. Ein Bündniß mit Deutschland, namentlich auch mit Preußen, seit dieses die Bahn des Konstitutionalismus betreten hat, wird immer populärer. Nur hat der Protest Preußens gegen die spanischen Heirathen wieder einige Bitterkeit erregt und es wäre auch wohl besser gewesen, wenn Preußen die eben entstehende Annäherung nicht auf diese Weise gestört hätte, da ihm die spanischen Heirathen im Grunde sehr gleichgültig sein können. Denn Frankreich ist für jetzt Deutschlands und besonders Preußens natürlichster Mittler; den Vortheilen dieses Bündnisses können wir ruhig die russische Freundschaft opfern.

Man hat um der Theuerung abzuhelfen und Vorräthe zu beschaffen, die Korneinfuhr freigegeben. Es wurde auch der Vorschlag gemacht, die Salzsteuer zu ermäßigen oder aufzuheben, dem sich aber das Ministerium widersetzt. Vielleicht wird die Kammer auch eine Summe zu Unterstützungen öffentlicher Bauten und dgl. bewilligen; vorläufig hat sie die Aushebung von 10,000 Mann gutgeheißen, weil der Kriegsminister ohne dieselben nicht für die innere Ruhe bei der gegenwärtigen Noth bürgen zu können erklärte. Seltsames Mittel! Das Volk schreit nach Brod und man hält ihm 10,000 neue Bajonette entgegen. Aber freilich beruhigt sich die Bourgeoisie leicht, wenn nur die Ordnung auf der Straße herrscht; Alles übrige läßt sie passiren.

Die Aufstände und Tumulte aus Noth kehren übrigens noch immer an allen Orten des Landes wieder. Zu Buzancais wurde kürzlich ein Prozeß wegen solcher Getreideunruhen verhandelt. Der Generalprokurator bezeichnete sie als „Ausfluß des Kommunismus;“ die Bauern der Departements, die nicht einmal lesen können, sollen sämmtlich von der Presse zu Kommunisten gemacht sein. Der Generalprokurator scheint Jeden, der hungert, für einen Kommunisten zu halten und nach seiner Rechnung würde Irland 7 Millionen Kommunisten zählen. Uebrigens hat das öffentliche

Ministerium dieses System des Generalisirens schon lange bei seinen Anklagen befolgt. Aus einer Masse vereinzelter Diebe und Räuber macht der Bericht durch geschickte Gruppierung eine Räuberbande, die dann das ganze besitzende Paris in Schrecken setzt. Neulich verhaftete man einige Republikaner und Kommunisten, warf sie mit einigen zufällig zu gleicher Zeit verhafteten Verbrechern zusammen — und die Anklage gegen die Gesellschaft der Materialisten ist fertig. Das macht Eindruck auf die Bourgeoisie und die Jury ist dann stets zu Verurtheilungen geneigt. Charakteristisch sind die folgenden Urtheile in Prozeßprozessen. Ein früherer Abbé Constant, Verfasser der Bible de la liberté, wurde wegen einer Broschüre „die Stimme des Hungers“ angeklagt. Die Jury sprach ihn frei von der Erregung von Haß gegen die Regierung, verurtheilte ihn aber wegen Erregung von Haß zwischen den verschiedenen Klassen der Gesellschaft. Der republikanische (nicht kommunistische) „National“ war angeklagt, den König beleidigend in die Debatte gezogen und zum Umsturz der bestehenden Verfassung aufgefordert zu haben. Die Sache war klar, nur hatte der „National“ bei seinen unverholenen Angriffen statt des Wortes „König“ immer „das System“ gesagt, was übrigens Jedermann versteht. Sein Verteidiger, Hr. Marin, machte auch gar keine Ausflüchte oder Konzessionen, wie sich denn überhaupt die französischen Republikaner durch Offenherzigkeit und Konsequenz auszeichnen. Er fragte die Geschworenen einfach: „Wollen Sie sich mit dem Angeklagten in das wahrhaft konstitutionelle Recht stellen oder einer reaktionären Politik dienen?“ Die Jury sprach ihn frei. Die Bourgeoisie nimmt es mit Angriffen auf das Königthum so genau nicht, damit dieses ihr nicht über den Kopf wachse; sie ist aber unerbittlich bei Angriffen, welche ihre eigene Macht zu untergraben drohen.

Die Literatur ist wie Alles in Frankreich zum Handelsartikel herabgesunken. Alexander Dumas, der große Feuilletonist, der seine Schöpfungen nach Zeilen abmißt und verkauft, nannte sie neulich in dem von Hr. von Girardin gegen ihn geführten Prozesse, weil er einen Roman für das Feuilleton der Presse nicht zu rechter Zeit geliefert hatte, ganz naïv eine Waare. Als er verurtheilt war, monatlich einen Band zu so und so viel tausend Zeilen zu liefern, trat auch der „Konstitutionel“ mit einer Klage gegen Eugen Sue wegen ähnlicher Dinge hervor. Es scheint, als wollten die großen Journale durch solche Skandale das Feuilleton bei ihren Abonnenten discrediren, um sich diese große Ausgabe zu sparen. Uebrigens verschwinden nach und nach immer mehr große Journale vom Markte und verschmelzen sich mit anderen; sie können sonst die Konkurrenz nicht aushalten. Es werden bald nur etwa 5 übrig bleiben. Dabei geht es denn oft seltsam zu. So kaufte neulich Hr. v. Girardin, einer der größten Handelsjuden der Journalistik, unter der Hand ohne Wissen der Aktionaire die „Epoque“ von deren Geranten um 50,000 Frs. und ließ das Redaktionsmaterial bei nächtlicher Weile in die Bureaux der „Presse“ transportiren. Die Abonnenten der „Epoque“ sollten fortan mit der „Presse“ bedient werden, die ja an Druck und Papier der „Epoque“ nicht nachsteht, und Hr. v. Girardin war um 50,000 Frs. einen Konkurrenten los. Die „Epoque“ ist nun zwar wieder erschienen, wird sich aber nicht halten kön-

nen, weil ihre Fonds erschöpft sind. Natürlich sind aus dieser Geschichte eine ganze Menge von Prozessen zwischen Aktionären, Geranten und Redakteuren entstanden, die den Scandal vollständig machen.

England. Lord Bentinck, der Führer der Protektionisten im Unterhause, wollte, um der Noth in Irland abzuhelfen und dem Kabinett Russell Schwierigkeiten zu erregen, in Irland umfassende Eisenbahnbauten angeordnet wissen. Dazu sollten Irland 16 Millionen Pfund, in 30 Jahren rückzahlbar, vorgeschossen werden. Der Wunsch, das Kabinett in Verlegenheit zu setzen, war die Hauptursache dieses sonst nicht sehr ernstlich gemeinten Vorschlages; denn mit der Rückzahlung dieses bedeutenden Vorschusses sah es allerdings sehr bedenklich aus. Indessen hätten die Protektionisten in Verbindung mit den irischen Mitgliedern doch vielleicht die Majorität erhalten, wenn nicht Russell erklärt hätte, er träte ab, wenn diese Bill, welche die Finanzen in die größte Verwirrung bringen und die Pläne des Ministeriums stören würde, durchginge. Die irischen Mitglieder mochten die bei einem Kabinettswechsel unvermeidliche Verzögerung der Hülfe für Irland nicht auf sich laden und so wurde denn die Bill verworfen, namentlich auch, weil jetzt keine Partei entschieden die Majorität hat und deshalb das Uebergangs-Ministerium Russell unvermeidlich ist. Dagegen wurden die 3 vom Ministerium eingebrachten Bills über Irland wegen Ausdehnung der Arbeiten, wegen temporärer Armenunterstützung und wegen Hülfe auch außerhalb der Arbeitshäuser angenommen und dazu eine Anleihe von 8 Mill. Pfund bewilligt, die auch bereits mit Rothschild und Bering zu 89 $\frac{1}{2}$ abgeschlossen ist. Eine neue Auflage sei für den Augenblick eben so unmöglich, als die Einführung eines neuen Armengesetzes für Irland; man dürfe nicht alle Mittel erschöpfen, weil man doch auf die Möglichkeit einer nochmaligen Missernte gefaßt sein müßte. Uebrigens haben die bedeutenden Summen, welche England in Irland verwendet, nicht verhindern können, daß nach einer mäßigen Berechnung bereits 36,000 Menschen vor Hunger und an den durch das Elend entstandenen Seuchen gestorben sind. Die einzelnen Details z. B. aus Skibbereen übersteigen alle Begriffe; nicht einmal der „schwarze Tod“ hat so gewüthet.

Die Fielden'sche Zehnstundenbill, welche die Arbeitszeit in den Fabriken für Weiber und junge Leute unter 16 Jahren auf 10 Stunden festsetzen will, ist zum zweiten Mal verlesen. Es ist möglich, daß sie durchgeht, wie heftig sich auch die Bourgeoise dagegen sträubt; wenigstens wird man wohl die Arbeit auf 11 Stunden herabsetzen. Das Ministerium hat die Bill für eine „offene Frage“ erklärt. Die „Times“ spricht für die Zehnstundenbill, vielleicht in der stillen Hoffnung, daß sich dieses Gesetz, wie so manches andere, handhaben ließe; für den Augenblick ist aber die Agitation der Arbeiter für die Bill zu gewaltig. Wie klein übrigens das Zugeständniß auch zu sein scheint — denn 10 Stunden ist doch immer noch eine hübsche Arbeitszeit — die Herren Peel, Hume, Bright &c. sprechen es offen aus, daß damit die Suprematie der englischen Industrie zu Grunde ginge, weil dem Auslande die Konkurrenz erleichtert und weil dann die Industrie eine Masse von Kapitalien verlieren würde. „Jede neue gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit in den Fabriken sei der Gerechtigkeit und einer guten Politik (d. h. den Interessen der Bourgeoise) zuwider.“

sagt Sir Robert Peel, der von Arbeitern ersucht war, für die Bill zu stimmen. „Wenn man den gegenwärtigen Zustand erhalten wolle, sagt, Hume, so müßte man die Bestimmung über Lohn und Arbeitszeit einzig den Fabrikanten und Arbeitern überlassen“ d. h. England kann seine industrielle Herrschaft nicht behaupten, wenn die Arbeit nicht ohne Widerstand vom Kapital ausgebeutet werden darf. Die Arbeiter werden aber nicht ruhen, bis sie diese Forderung durchgesetzt haben und dann zu neuen übergehen. Vorläufig hat das Haus die von Duncombe, dem Vertreter der Chartisten, eingebrachte Bill: „die Klauseln der Reformbill aufzuheben, daß Jemand 12 Monate an einem Orte gelebt und 6 Monate Steuern bezahlt haben müsse, um Stimmrecht zu haben,“ verworfen. Die Agitation für diese Bill wird aber im Lande mit Energie fortgesetzt; von da geht es denn zu dem von den Chartisten geforderten allgemeinen Stimmrecht.

Uebrigens wächst die Noth in den Fabrikdistrikten Englands von Tage zu Tage. Die Fabriken stehen still oder arbeiten nur halbe Zeit. In jeder Stadt müssen viele Tausende unterstützt werden, die zahllosen Schaaren von Bettlern ungerchnet. Die „Manchester Times“ klagt bitter über die Flaueheit des Handels und die immer mehr die Mittelklassen ergreifende Armuth. „Bei längerer Fortdauer eines Zustandes der Dinge, gleich den jetzigen, stehen fürchterliche Resultate zu erwarten, sagt sie. Gewährten die ausgedehnten Eisenbahn-Unternehmungen nicht so Vielen Beschäftigung, so hätte der ruhige Fortbestand des Reiches wohl schon in Gefahr kommen können.“ So spricht ein Organ der bestehenden Bourgeoisie.

Schweden. Die Zünfte und Innungen sind aufgehoben und die Gewerbefreiheit ist dekretirt. So beginnt auch im Norden die von der Civilisation vorgeschriebene industrielle Entwicklung. —

Rheda, den 8. März.

Dr. Otto Lüning.







